

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis dreimonatlich: 1,10 Mark, monatlich 35 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Bestellungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 12. Mai 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Die nächste Nummer unseres Blattes erscheint des Feiertags wegen am Sonntagabend.**

### Der Mantuffel Himmelfahrt.

Das preussische Herrenhaus, dieses lebendig gewordene Phantasiegemälde eines geisteskranken Königs, hat den Ehrentitel in die deutsche Geschichte entscheidend einzugreifen. Es ist nicht nur die geborene und erblich belastete Vertretung der herrschenden Macht Deutschlands, der ostelbischen Gutsbezirke, die durch Verwaltung und Armee Staat und Reich zu dauernden Hand- und Spanndiensten zwingen, diese Vertretung einer Klasse will auch wirkliches Parlament spielen, es will ein Oberhaus sein nicht nur über dem preussischen Abgeordnetenhaus, sondern auch über dem Reichstag.

Feierliche Ankündigungen ließen schon seit längerer Zeit darauf schließen, daß die „Herren“ des preussisch-deutschen Volkes diesmal einen besonders hohen Schatz nehmen würden. Die preussische Staatsberatung sollte den Vorwand bieten zu einer Generalabrechnung über die deutsche Gesamtpolitik. Die „Herren“ haben ihre Ankündigung wahr gemacht und am Mittwoch in einer langen Debatte, die von 12—6 Uhr währte und am Freitag noch fortgesetzt wird, die Diktatur der geborenen Befehlshaber Preußens über die erwählten Volksvertreter des Reiches proklamiert. Ihre angebliche preussische Staatsdebatte war in Wirklichkeit eine einzige dreifache Einmischung der starken Ostelbiens in Reichsangelegenheiten. Derselbe Graf Bülow aber, der soeben erst abgelehnt hatte, wegen des preussischen Einbruchs ins Reichsrecht — den das Kontraktbruch-Gesetz darstellt — als ausschließlich zur Kompetenz Preußens gehörig Rede zu stehen, verantwortete sich sonst und sah im preussischen Herrenhause, als man ihn wegen seiner Reichspolitik — Jesuitengesetz, Handelsverträge, Kampf gegen die Sozialdemokratie, Reichstags-Wahlrecht, Sozialistengesetz — hart angriff.

Der preussische Partikularismus ist die größte Gefahr für eine gedeihliche Entwicklung der deutschen Verhältnisse, er ist der Umsturz aller Kultur, der unablässige Staatsstreik wider die Verfassung — und das Herrenhaus ist der Generalfeld und die Garde dieser Revolution von oben. Kaum jemals hat das preussische Junkertum mit so gemüthlicher Brutalität seine letzten Ziele erhofft, kaum jemals hat die Regierung so demütig mit diesem Umsturz fraternisiert, wie das in dieser Sitzung des Herrenhauses geschah. In keinem zivilisierten Staate der Welt würde eine Partei es noch wagen, die nationalen Grundrechte des Volkes zu bestreiten und ihre Befähigung zu fordern, keine Regierung würde nur eine Stunde am Ruder bleiben, die solchen Anarchisten der Reaktion zärtlich zureden würde — in Preußen werden diese Ungeheuerlichkeiten offen erörtert, als seien sie das selbstverständliche Ding der Welt. Auf Preußen-Deutschland lastet eben noch die junkerliche Leibesgenossenschaft, und ehe diese nicht für immer beseitigt wird, ist kein Raum für freie Kultur-entwicklung. Gewiß, diese Herrenhäuser sind — an der Logik der Geschichte gemessen — närrische Gespenster einer längst verjunkteten Feudalzeit, aber für die gegenwärtige Politik sind diese Toten von gefährlichster Bedeutung. Die Leichname des nicht überwandenen Feudalismus verpesteten die freie Luft, daß die Zukunft nicht zu atmen vermöge.

Am Tage vor dem christlichen Himmelfahrtstages sind die christlichen Herren Preußens, die Mantuffel und Mirbach, in ihrer Weise gen Himmel gefahren. Sie ließen sich sogar gleich zwei Himmelfahrten, gewissermaßen eine geistliche und weltliche. In der ersten Hälfte der Sitzung schweiften sie in das Himmelreich der Kirche, in der zweiten erhob sich ihr Flug zum Paradies Ostelbiens, also die Seele des Junkertums befreit von aller Pein moderner Ideen der Freiheit und Gleichheit kräftig und siegesgewiß die Raubflügel breitet.

Die Scene ging in glänzender Ausstattung vor sich. Die Regierungsbank voll von Ministern und Geheimräten. Auf den Tribünen bekannte Erscheinungen der besseren Gesellschaft. Einige Spaffensprüche. Auch ein viel genannter Arzt betrat sich das Spektakel, offenbar aber mit den Augen des Mediziners.

Nach einem kurzen Resümee des Generaldirektors Grafen v. Königsberg begann als erste Abtheilung eine Diskussion über die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes. Graf von v. Bartenburg verteidigte das evangelische Gewissen gegen Rom und äußerte schwere Verurtheilungen wegen der wachsenden Macht der katholischen Kirche. Wie man es im Herrenhause liebt, brachte er sehr viel historische Weisheit und gründliche Gelehrsamkeit vor. Darauf hielt Professor Loening-Halle gleichsam in lauter wissenschaftlichen Fußnoten einen langen Vortrag über die jetzt wieder zugelassenen Marianischen Kongregationen, von denen er nachwies, daß sie lediglich ein Surrogat des Jesuitenordens sind für die Länder, wo die Jesuiten unmittelbar keine Ordensfähigkeit entfalten dürfen.

Dann erhob sich unter großer Spannung der Fürstbischof von Breslau Kopp. Herr Kopp gehört nicht zu dem Typus der hierischen Casaren. Er ist weich, ja weicheich, steht aus wie ein ärmlicher Kirchendiener — ganz Sanftmut und Demut. Er spricht durch die Nase, mit milder, klagernder, halbungsvoller Stimme — die Augen fast geschlossen. Er ist ganz Frieden, Patriotismus, Hohenzollernium. Er beruft sich auf Bismarck, den großen Staatsmann, den großen Friedrich und den großen Wilhelm. Die Auf-

hebung des § 2 nennt er eine Halbheit, mit der sich aber die Katholiken vorläufig begnügen. Nur dürfe man von ihnen nicht verlangen, daß sie für immer auf weitere Ansprüche verzichten. „Die sind ja alle mehr oder minder Anhänger der Entwicklungstheorie“, meint Herr Kopp zur großen Ueberraschung des Hauses. Er ruft die Entwicklungstheorie aber nur zur Hilfe, um die völlige Merkantilisierung des Staates als Ziel zu beweisen. Er ist also offenbar ein Anhänger der umgekehrten Entwicklungslehre. Seine Eminenz, wie ihn die Redner respektvoll nennen, leugnet entschieden, daß die Marianischen Kongregationen dem Jesuitenorden affiliiert wären; Kopp verliest einen Brief des römischen Jesuitengenerals, der diesen Zusammenhang erstens und zweitens leugnet, ihn aber drittens in unklarer Weise doch wieder zugiebt. Prof. Loening stellt Herrn Kopp noch einmal direkt vor die Frage, ob die alten Erbteile, die die Marianischen Kongregationen unter die Obhut des Jesuitenordens stellen, noch zu Recht bestehen. Die leugnende Antwort Kopp's ist wieder unklar, sie wird mit so leiser Stimme gegeben, daß selbst die amtlichen Stenographen den Wortlaut nicht aufnehmen konnten.

Nachdem so die „Herren“ dem lieben Gott den gebührenden Zoll abgetragen, erhoben sie den gebührenden Zoll zum lieben Gott. Zunächst stimmte Graf Hohenthal, ein recht ungewandter Edelherr, die Klage der Landwirtschaft an: Kündigung der Handelsverträge und Niederbrennung der Sozialdemokratie. Dann aber kam der Herr v. Mantuffel und redete „Programm“. Höchst jovial, als ob er einen Weinspruch auf die edle Weiblichkeit scherzte, forderte er Proklamierung des absoluten Junkerstaats auf den Trümmern des Proletariats und der Industrie. Die Regierung behandelte der Vizepräsident des Herrenhauses ebenso wohlwollend wie von oben herab. Er sprach mit allem Selbstbewußtsein des Junkertums, ganz starker Mann, und wenn er ein Kollisionsblatt erledigt hätte, riß er es gemächlich in kleine Stücke, bis er neben sich einen ganzen Haufen von Papierschnitzeln hatte.

Herr v. Mantuffel malte die Stimmung auf dem Lande in düsteren Farben. Bereits haben wegen der Unzufriedenheit mit der Regierung viele kleine Besitzher sozialdemokratisch gewählt. Nur die Kündigung der Handelsverträge könne helfen. Bevor neue Handelsverträge geschaffen oder die alten wenigstens gekündigt seien, müssen alle andern positiven Aufgaben zurückgestellt werden, und diese leise angedrohte Obstruktion zielte offenbar nicht nur auf die Kanalvorlage in Preußen, sondern auch auf die Marinepläne im Reich. Dann folgte der Ansturm auf die Sozialdemokratie, von der Herr v. Mantuffel noch weniger weiß als das elendeste Kreisblatt. Warum nur gegen die Polen so mutig? Man sollte endlich gegen die Sozialdemokratie mit Ausnahmegeetzen vorgehen. Wenn man den Cholera bacillus vernichten will, kann man sich nicht darum kümmern, ob die Desinfektion schlecht riecht. Und indem dieser von Geburtswegen gebildete Staatsmann die Sozialdemokratie verbandelte, daß sie sich mit Mühen an die niedrigen Instinkte wendete, leg er, daß die Sozialdemokratie gegen alle sozialpolitischen Gesetze gestimmt hätte. Weder der Dresdener Parteitag noch Bülow's Reden würden das Wachstum der Sozialdemokratie hemmen, es gebe nur ein Mittel: die Gewalt.

Herr v. Mantuffel übermanteuffelte noch der elegante Salonbauer Graf Mirbach. Auch er gab sofort eine Probe junkerlicher Erbschweißheit. Während als erhabenes Ziel der agrarischen Volkspolitik der Anschluß aller fremden Nahrungsmittel bezeichnet wurde, meinte Graf Mirbach, daß in dieser Volkspolitik zugleich das einzige Mittel liege, die zerrütteten Reichsfinanzen zu sanieren. Erhöhte Einkommen, wenn nichts mehr eingeführt wird — das Wunder bringen nur die Mantuffel und Mirbach in ihrer Gottbegnadung zuwege. Im übrigen ist das Programm des Grafen kurz und schneidig: Obwohl er doch in seinem eignen Interesse diesen glücklichen Zustand preisen sollte, forderte er die Befestigung des Reichstags-Wahlrechts, das jedem Kreise so viel Recht gäbe wie dem Gebildetsten! Statt dessen das preussische Wahlrecht, das keinen Revolutionär ins Parlament lasse, ein wenigstens öffentliches Wahlrecht. Weiter: Fort mit der Sozialpolitik. Durch das Unfallgesetz werde das Land ohnehin unerträglich belastet. Endlich: Ausnahmegeetze gegen den Umsturz. Von einem Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten erhofft er gar nichts. Nur die Faust kann helfen!

Nach diesen Provokationen erhob sich endlich Graf Bülow. Im Herrenhause fühlte er sich wohler als im Reichstag. So war seine Rede friher als in der letzten Zeit. Am so ärger war ihr Inhalt. Zwar will er zur Zeit auf die Wünsche der Mantuffel und Mirbach nicht eingehen. Aber im Prinzip bekannte er sich zu ihnen. Einstweilen soll mit dem gemeinen Recht streng gegen die Sozialdemokratie eingeschritten werden; er sprach sogar etwas von „blutigen Köpfen“. Aber die weitere Förderung der Sozialpolitik berechtige dann auch andere Maßnahmen zu ergreifen. Zwar soll das Wahlrecht erhalten bleiben, aber wenn es auch fernherhin von dem Volke „falsch“ angewendet werden sollte, dann erhebe sich das Dilemma, sich entweder in den sozialistischen Zustand zu fügen, oder dieses Wahlrecht zu ändern. Er schloß mit dem üblichen Sammelruf, indem er am Horizont der inneren und äußeren Politik düstere Zeichen aufsteigen sah.

Einer von den Bürgermeistern, Herr Becker-Röll, sollte in ein paar unbedeutenden Worten der Auffassung des Ministerpräsidenten weichen. Prof. Schmalzer erklärte kurz, daß die Professoren bei der Landtagswahl in Teltow-Deesow-Charlottenburg nicht mit dem Umsturz kompromittiert hätten. Am Freitag will dann der Herr Professor weiter „Stellung nehmen“.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Mai.

#### Der Reichstag

Legte am Mittwoch die dritte Lesung des Etats beim Militär-Etat fort. Dem Kriegsminister hatte ein guter Geist geraten, sich mit dienstlichen Geschäften zu entschuldigen. Viel Ehre hätte er auch nicht einlegen können, wenn er der Beratung beigewohnt hätte.

Zunächst wies Genosse Gradnauer auf die Beeinflussung von Militärärditern durch die Gerichtsherren und andre Borgefetzte hin; daß Richter, die nach bestem Wissen und Gewissen urteilen, wegen ihres Spruches verabschiedet werden, wie es im Wilsch-Prozess geschehen ist, müsse die Unabhängigkeit der Militärgerichte auf das schwerste gefährden. Der Vertreter des Kriegsministers verweigerte über die Verabschiedung der Wilsch-Richter jede Auskunft, weil sie Sache des Kaisers sei. Er bestätigte damit lediglich die Richtigkeit der behaupteten Thatsachen. In einem andern Falle zog er sich hinter den Vorwand zurück, daß ein „Erlaß“ des Corpskommandeurs in Koblenz, der die Offiziere beeinflussen sollte, nicht bestände. Offenbar hält man sich lediglich an das Wort „Erlaß“, denn diese Art der Ablehnung scheint jetzt bei der Militärverwaltung Sitte werden zu wollen.

Genosse Vebel wies dem Kriegsminister heute nach, daß ein Erlaß, der den inaktiven Offizieren die schriftstellerische und journalistische Thätigkeit untersagt, in der That seit dem 1. Januar d. J. besteht.

Generalmajor Gallowitz, der hier den Kriegsminister vertrat, suchte seinen Chef dadurch herauszureden, daß er behauptete, dieser hätte nur abgelehnt, daß in diesem Erlaß die Entziehung der Uniform für den Fall des Zuwiderhandelns angedroht sei. Den Eindruck hatte nun die Erklärung des Herrn v. Einem ganz und gar nicht gemacht. Vebel konnte befriedigt feststellen, daß der Erlaß in der That existiert und daß insolge dessen fast nichts mehr über militärische Verhältnisse durch ehemalige Offiziere bekannt wird. Das ganze Verhalten der Militärverwaltung in diesen Dingen erinnert lebhaft an das Verfahren des Kriegsministers im Falle Arenberg, da er sich tagelang unwissend stellte, bis der Zufall herausbrachte, daß gerade er als Regimentskommandeur den Prinzen in die aktive Armee ausgenommen hatte. Gewiß konnten sich die Herren Militärs in dieser Taktik des Schwiegens und josphitischen Abstreitens sehr flug vor. In Wahrheit wirkt aber dies Verhalten, wenn die Wahrheit doch endlich an den Tag kommt, geradezu blamabel.

In der Spezialdiskussion wiederholten sich zwei Debatten aus der zweiten Lesung. In der einen zwischen dem Konservativen v. Trensefels und den Freisinnigen Dr. Bachmide und Gothein über eine angebliche Verkürzung Dr. Bachmides im letzten Reichstagswahlkampf konnte die Rede wieder einmal nach Herzenslust lachen und loben; in der andern mußte sich die Militärverwaltung durch Genossen Zubeil nachweisen lassen, in wie oberflächlicher Weise die „Revisions“ veranstaltet werden, bei denen die Angaben sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneter über die Zustände in den Militärverhältnissen als „gänzlich unwichtig und unbegründet“ festgestellt werden sollten.

Beim Marine-Etat verlangte Abg. v. Kardorff einen gänzlichen Umsturz des Flottengesetzes von 1900, das ihnen und andren Marinechwärmern schon lange nicht mehr genügt. Herr v. Kardorff hat trübe Todesahnungen; aber er will nicht eher sterben, ehe der Reichstag nicht nochmals einige Schlachtgeschwader und eine große Zahl von Unterseebooten bewilligt hat. Staatssekretär v. Tirpitz äußerte sich vorläufig skeptisch. Zu den Forderungen Kardorff's nach neuen Schlachtschiffbauten sagte er nichts — das Schweigen freudiger Zustimmung!

Beim Reichs-Eisenbahnamt hielt Genosse Stolle den Bundesratsmitgliedern ein Privatgespräch über Betriebsicherheit und Arbeiterpolitik. — Beim Postetat richtete der Abg. v. Gerlach (fr. Bg.) eine Anfrage über die Gründe des Erlasses, der Postbeamten und Arbeitern die Mitgliedschaft in Konsumvereinen Magdeburg verbietet. Herr Krätke antwortete im schneidigsten Tone eines Polizeiministers, daß es für die Regierung selbstverständlich sei, daß „ihre“ Arbeiter einem „sozialdemokratischen“ Konsumverein nicht angehören dürfen. Die Genossen v. Elm und Peus wiesen das Unsinntige dieser schneidigen Politik nach und verlangten, daß man wenigstens den Beamten und Arbeitern den durch das Verbot entstehenden Schaden von jährlich 30 bis 50 Mark durch eine entsprechende Gehaltsaufbesserung ersetzen sollte. Der Staatssekretär hielt es nun für das Klügste, sich über diese Frage auszusprechen und holte sich lieber mit der Wiederholung der Forderung nach Ostmarkenzulagen eine weitere Niederlage.

Erst nach 7 Uhr schloß die Sitzung. Es besteht offenbar die Absicht, in der Freitagsung den heute zurückgestellten Justizetat mit unsrer Resolution über den Strafvollzug und die übrigen Reste des Etats zu erledigen.

#### Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beschloß am Mittwoch zunächst, einem Antrage des Staatsanwalts auf strafrechtliche Verfolgung des Redakteurs Mehrlein in Breslau keine Folge zu geben.

Sodann beendete das Haus die erste Lesung des Gesetzesentwurfes betreffend die Gründung neuer Ansiedlungen. In scharfer Weise bekämpften die Abg. Traeger (fr. Rp.) und v. Dzierzowski-Pomian (Pole) dies verfassungswidrige Ausnahmegesetz gegen die Polen, das von den Ministern Schöndt und Hammerstein nochmals so umgedeutet wie möglich verteidigt wurde. Die belanglose Debatte endete mit der Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Gleichfalls kommissarische Beratung beschloß das Haus nach kurzer Debatte über den Gesetzesentwurf betreffend die Dienstbezüge der Kreis-Tierärzte und betreffend die Gebühren der Medizinalbeamten. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, am Freitag, stehen Initiativanträge und Petitionen.

### Die Gemeinde-Wahlwahlen in Frankreich.

Paris, 9. Mai. (Sig. Ver.) Die bisher bekannten Ergebnisse machen einen gemischten Eindruck, insofern die größten Städte in Betracht kommen. Der nationalisistische Niederlage in Paris stehen gegenüber melinistisch-reaktionäre Siege bzw. Gewinne in Lille, Marseille, Bordeaux, Roubaix und anderwärts. Umgekehrt wie 1900 und allen Erwartungen entgegen sind diesmal die großen Provinzstädte hinter der Hauptstadt zurückgeblieben.

Beginnen wir mit Paris.

In der Stichwahl handelte es sich um 26 Siege. Davon haben die Linksparteien zusammen 17 und die Nationalisten 9 Siege erhalten. Das bedeutet einen nationalisistischen Verlust von 7 Sitzen, darunter 4 zu Gunsten der Radikalen und drei zu Gunsten der Sozialisten. Die Linksparteien verloren keinen einzigen Sitz. Gesamtergebnis der beiden Wahlgänge: Sozialisten 24 (17+7) — darunter 9 Jaurèsisten, 8 Unabhängige, 4 Allemanisten und 3 revolutionäre Sozialisten —, Radikale und sozialistische Radikale 20 (10+10), Nationalisten 26 (27+9). Die Einkommensfreiheit besitzt also 44, die nationalisistische Minderheit 26 Mandate.

Diese trockenen Zahlen geben jedoch keinen richtigen Begriff von der inneren Bedeutung der nationalisistischen Niederlage. Die buntsfarbige Demagogie ist schwerer getroffen, als jenes Zahlenverhältnis ahnen läßt. Zunächst ist der linksdemagogische Nationalist Grébaud, ein Visheriger, nur mit acht Stimmen Mehrheit der Niederlage entkommen; der antimilitarische Nationalist Monard rettet ein altes Mandat mit nur 31 Stimmen Mehrheit. Noch wichtiger ist der zersetzende Einfluß der Niederlage auf den demagogischen Mischmasch. 1900 zog er an sich die gesinnungslosen Mandatsjäger aus allen Richtungen. Er begann sodann, wie bereits ausgeführt, seine Anziehungskraft schon im Laufe der Gemeinderats-tagung zu verlieren in dem Maße, wie der Nationalismus im ganzen Lande an Boden verlor. Jetzt aber, da er in seiner Pariser „Hochburg“ niedergeworfen worden ist, droht ihm die Auflösung in seine ursprünglichen Bestandteile, wie man das bereits an der boulangistischen Demagogie erlebt hat. Eine Anzahl wiedergewählter Nationalisten bourgeois-republikanischen Ursprungs haben schon vor den Stichwahlen der „nationalistischen Einigung“ den Rücken gekehrt, indem sie die vormalige Gruppe der „municipalen Republikaner“ wieder aufzuerstehen ließen.

Ein weiterer Faktor der nationalisistischen Zersetzung ist die innerhalb des Mischmasches eingetretene offensündige Verschiebung nach rechts. Die reaktionäre Führerschaft hatte richtig erkannt, daß das Lieblingsspiel mit der Arbeiterschaft nicht der Maße wert ist, daß die von demokratischen Wählerkreisen abhängigen „Patrioten“ in dem Kernpunkt, d. i. in der Begünstigung kirchlicher und großbürgerlicher Interessen ganz unzuverlässig sind. Danach war auch die Kandidatenliste eingerichtet. Das Resultat waren rebelle Kandidaturen und schließlich die mit knapper Not erreichte Ersetzung nach links schiebender Ratsmitglieder durch offene clerikale-Monarchisten. So wurde namentlich der bürgerliche konservative Captain, ein Visheriger, ersetzt durch einen clerikal-monarchistischen Grafen d'Audigné, den direktesten Nachkommen eines konterrevolutionären adligen Emigranten, und der auch-republikanische Großindustrielle Fortin, ebenfalls ein Visheriger, durch den boupartistischen Grafen d'Aulan.

Die Klassenzusammenfassung der einzelnen Stadtbezirke in Verbindung mit den Stimmzahlen zeigt, daß nicht nur ein bedeutender Teil des Kleinbürgertums dem Nationalismus den Rücken gekehrt hat, sondern daß auch gewisse Schichten der Bourgeoisie den Glauben an die sozialistischen und demokratentöterische Kraft der neuesten Form der reaktionären Demagogie verloren hat. Was speziell die Pariser Kleinbürger betrifft, so sind sie in ihrer Masse bei aller politischen Halklosigkeit, bei aller Vereinfachung, jedem demagogischen Reiter auf den Leim zu gehen, doch traditionell republikanisch und antiklerikal. Daher ihre merkliche Abwendung vom Nationalismus, nachdem er ihnen die versprochene wirtschaftliche Rettung nicht gebracht und dafür sein wahres clerikal-monarchistisches Gesicht immer deutlicher hat durchblicken lassen.

Der nationalisistische Sieg von 1900 war vor allem eine der periodisch fälligen Stundgebungen der blöden Unzufriedenheit des Pariser Kleinbürgertums, eine ebenso ephemerere Erscheinung wie die übrigens glänzenderen Erfolge des boulangistischen Ende der 90er Jahre. Die nationalisistische Niederlage von 1904 ist kein vorübergehender Rückschlag, sondern der Beginn der völligen Auflösung des nationalisistischen Mischmaschs. Paris hat entschieden kein Zeug, ein zweites Wien zu werden. Davon selbst ganz abgesehen, daß der Nationalismus seinen Sieg von 1900 und seine unverhältnismäßig geringen Verluste von 1904 lediglich der ungerechten Wahlbezirk-einteilung verdankt.

Kun zu den großen Provinzstädten.

Lyon bleibt in radikalem und sozialistischem Besitz mit einem Gewinn von sechs Mandaten: nach den bisherigen Angaben 19 Sozialisten, 19 sozialistische Radikale, 13 Radikale und 3 Katholiken. Marseille ist von den ministeriellen Sozialisten doch nicht widererobert worden. Die unter „republikanisch-sozialistischer“ (!) Maske aufgetretenen Melinisten und Allemanisten siegten mit etwa 600 Stimmen Mehrheit. Es wird aber bereits ein Wahlsycofant angekündigt wegen vielfacher Betrugsereien. Bordeaux ist von antimilitaristischen Republikanern neu gewonnen worden, ebenso Le Havre.

Am schmerzlichsten ist der Sieg des clerikal-melinistischen Ordnungsparteis in Lille, einer Stadt, die 1896 von den Guesdisten mit Hilfe der Radikalen erobert und 1900 behauptet wurde. Die aller Ergebnisse sind: 21 Melinisten („Progressisten“), 2 Radikale und 13 Sozialisten. Der bisherige Maire und der bisherige Adjunkt, die Genossen Delory und Chesquière, sind unterlegen, ebenso wie Dellefalle, ein ehemaliger Guesdist, der an der Spitze der „autonomen“, ministeriell-sozialistischen Gruppe steht. Die vor den Stichwahlen zu stande gekommene Einigung der Guesdisten mit den „Autonomen“ und den Radikalen hat also nicht mehr vermocht, die gemeinsame Niederlage abzuwenden. Ein Urteil über die Ursachen derselben wäre verfrüht. Vorderhand und von Paris aus läßt sich nur sagen, daß Dellefalle und seine Anhänger durch ihren rücksichtslosen Kampf gegen die guesdistische Stadtverwaltung jedenfalls viel zum Erfolg des Ordnungsparteis, daß ja in dieselbe

Arbeite hatte beigetragen haben. Das in erster Stunde abgeschlossene Stichwahlbündnis war dann natürlich nicht mehr geeignet, die Wahl-situation zu ändern.

Lille, die schönste Perle im Kranze der sozialistischen Gemeinde-räte, ist verloren gegangen. Roubaix, eine frühere Hochburg der Guesdisten (1892-1902), ist nicht zurückgewonnen worden, wenn auch der Textilkönig Motte acht Mandate einbüßt. Gesamtergebnisse: 21 Melinisten (Motte und Anhänger), 13 Sozialisten und zwei Radikale. Auch in Roubaix hat das Stichwahlbündnis zwischen Guesdisten, ehemaligen Guesdisten (den Anhängern des früheren Maires Carrette) und Radikalen den Erfolg nicht gebracht.

Ferner ist in demselben hochindustriellen Norddepartement die proletarische Stadt Armentières den Sozialisten (bis zum Herbstzeit Guesdisten) verloren gegangen ebenfalls zu Gunsten des Ordnungsparteis. So wenigstens nach den vorliegenden Meldungen. Das Wahlergebnis konnte nämlich nicht proklamiert werden, da in einem Bureau die Stimmzettelurne (angeblich von Sozialisten) durch das Fenster hinausgeworfen wurde im Laufe eines entstandenen Handgemenges. Das Wahllokal wurde hierauf vom Militär gesäubert. Journies, bekannt durch das Erste Mattemehl von 1891, geht von ministeriell-sozialistischen in radikale Hände über. Das Norddepartement hat überhaupt dem clerikal-republikanischen Ordnungsparteis bedeutende Erfolge gebracht.

Einige weitere Ergebnisse: Dijon wird von den ministeriellen Sozialisten neu gewonnen (war schon sozialistisch 1896 bis 1900). Saint Etienne wird von ihnen behauptet im Bunde mit den Radikalen. Lorient wird von den Radikalen und Sozialisten zurückgewonnen (war früher sozialistisch), Vrest und Trones neugewonnen und Toulouse behauptet. Die Guesdisten behaupten Jffoudun und Jdry (bei Paris). — Umfassende Angaben über sozialistische Ergebnisse nach Veröffentlichung der parteiamtlichen Zusammenstellung. —

### Deutsches Reich.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich am Mittwoch mit den vielfachen behördlichen Eingriffen in die Selbstverwaltung der Krankenkassen, wie sie in Köln, Leipzig, Solingen &c. geschehen sind, beschäftigt. Es wurde eine Kommission von sieben Mitgliedern gewählt, welche Maßnahmen der Fraktion zur Abwehr jener Eingriffe vorbereiten soll.

Ferner beschloß die Fraktion, eine Interpellation wegen des preussischen Kontraktbruch-Gesetzes einzubringen.

Von den seitens der Hamburgisch-Amerikanischen Packerfahrt-Gesellschaft dem Reichstage zur Verfügung gestellten Votets für eine Nordlandfahrt auf dem neuen Schiff „Meteor“ würden sechs auf die sozialdemokratische Fraktion entfallen. Ohne Debatte erklärte die Fraktion, keinen Gebrauch von den Votets machen zu wollen. —

Kanzler-Wahlbeeinflussung. Im Herrenhause hat am Mittwoch Graf Bülow die Wahl im Kreise Frankfurt-Lebus berührt und, daß er es mit seinen Vorkämpfern gut zu machen gedachte, hat er ihnen einen bösen Dienst erwiesen. Er behauptete laut, daß der Bund der Landwirte die Bilanz der bürgerlichen Parteien löre, er feierte die Kandidatur Wassermann. Sollte Herr Wassermann siegen, so ist, gemäß dem neuen Verfahren der Wahlprüfungs-Kommission, sein Mandat istgeborn. Die Sozialdemokratie wird jedoch gewiß dafür sorgen, daß die Wahlprüfungs-Kommission nicht in die Verlegenheit kommt, ein Mandat des nationalliberalen Führers zu lassen, weil der höchste Beamte des Reichs ungegesetzliche Wahlbeeinflussung betreibt. —

### Die Togobahn des Centrums.

Dank der unentwegten Nachgiebigkeit des Centrums wird die Togobahn gebaut werden; Herr Spahn erlebt die Genehmigung, daß man sein „Experiment“ anstellen wird. Der Konsequenzen wegen kann dieses Experiment eine recht kostspielige Sache werden. Wie das Centrum die Togo-Gesellschafts-Bahn bewilligte, mag man aus dem uns mitgeteilten Kommissionsbericht ersehen.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde am Mittwoch die Beratung über die Togo-(Gesellschafts-) Bahn fortgesetzt. Abg. Müller-Julda veränderte mit einem Antrage den ganzen Charakter der Vorlage: er schlug vor, daß das Reich eine Anleihe aufnehmen und daraus dem Schutzgebiete Togo ein entsprechendes Darlehen gewähren solle. Der Schatzsekretär v. Stengel erklärte, daß er persönlich im Bundesrat einen solchen Votbas befürworten werde. Aus der Kommission heraus wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß die Form der Reichs-Anleihe der der Kolonial-Anleihe vorzuziehen sei. Dieser Ansicht gab auch, unter ausdrücklicher Ablehnung des Zweckes der Anleihe, Abg. Dr. Südekum im Namen unsrer Fraktionsvertreter Ausdruck. Da Abg. Graf v. Arnim daraus eine Zustimmung zu der Gesamtvorlage herauszufiltern wollte, so sah sich Abg. Ledebour zu einer scharfen Abgabe veranlaßt; er erklärte zugleich, daß die Erklärung des Schatzsekretärs im Gegensatz zu der früheren Empfehlung einer Kolonialanleihe durch Ministerialdirektor Tzwele stehe. Direktor Tzwele bestritt die Verechtigung dieses Vorwurfs, denn das Schutzgebiet bleibe nach wie vor der Kreditnehmer und den Vorschriften des Gesetzes von 1892 werde entsprechen.

In Eventualabstimmung beschloß die Kommission einstimmig, eine Reichsanleihe vor einer Kolonialanleihe zu bevorzugen.

Den weiteren Beratungen der Kommission wurde nunmehr der Antrag Müller-Julda zu Grunde gelegt. Abg. Müller-Julda wünschte zwar die Leistung von Beiträgen der Interessenten, will aber der Verwaltung in deren Bemessung ganz freie Hand lassen. Abg. Dr. Südekum protestierte dagegen und legte dar, daß man an eine Bewilligung des Reichskredits doch erst denken könne, wenn die Höhe der zu leistenden Interessentenbeiträge feststehe. Bis dahin solle man die ganze Vorlage vertragen. Kolonialdirektor Stäbel erklärte, daß außer der Togogesellschaft nur 6-8 von den ca. 30 Firmen des Schutzgebietes zur Beitragsleistung herangezogen werden könnten. Als Landbesitzer komme allein die Togogesellschaft in Betracht. Diese habe bereits die früher geschätzten Anerbietungen gemacht, also den Bedingungen entsprochen. Herr Stäbel schlug dann eine Fassung des entscheidenden Paragraphen des Antrags Müller vor, die der Kolonialverwaltung ganz freie Hand giebt.

Abg. Sped meinte, wenn die Regierung verspreche, im Sinne des ersten Antrages zu handeln, dann — werde das Centrum vertrauensvoll dem Bahnbau zustimmen. Die Absicht des Antrages Müller könne man vielleicht am besten durch eine Wertzuwachssteuer erreichen. Abg. Singer bestritt, daß es auf Grund des vorgeschlagenen Paragraphen möglich sein werde, künftig sich bildende Gesellschaften zu den Kosten der Bahn heranzuziehen. Festgestellt müsse werden, ob und welche Beiträge der Interessenten sicher seien. Ueber die Höhe der Zuschüsse müsse unbedingt Klarheit geschaffen werden, sonst bleibe die ganze Vorchrift Dekoration. Auch den Antragstellern liege doch wohl an einer Erleichterung der finanziellen Lage des Reiches; deshalb müsse man eine bestimmte Summe für die Interessentenbeiträge einstellen. Die Wertzuwachs-

steuer sei ja an sich ganz diskutabel, aber sie müßte im Gesetz festgelegt werden. Abg. Ledebour wies darauf hin, daß der Kolonialdirektor früher schon erklärt habe, die Togo-Gesellschaft habe genug angeboten; das sei aber nicht der Fall, um so weniger, als der „Kauf“ des Landes rechtlich ganz unhaltbar sei. Es sei besser, von der Togo-Gesellschaft kein Geld, sondern vielleicht die Hälfte des Landes als Beitrag zu nehmen. Abg. Dr. Spahn meinte, der Reichstag habe es, da die Summe in Raten bewilligt werden müsse, jederzeit in der Hand, die Beitragsleistungen zu kontrollieren und danach die Bewilligungen zu bemessen. Abg. Dr. Südekum erklärte die prinzipielle Wichtigkeit des Gedankens einer Wertzuwachs-Steuer an, wies aber auf die Schwierigkeiten ihrer Erhebung hin. Jedenfalls müsse die Bewilligung der für die Bahn verlangten Summe so lange vertagt werden, bis diese Wertzuwachs-Steuer eingeführt sei. Abg. Gröber trat entschieden dafür ein, die Frage der Beitragsleistung vertrauensvoll der Verwaltung in die Hand zu legen. Abg. Richter wollte die Bedingung aufrecht erhalten sehen, daß das Darlehen erst gewährt werde, wenn die Frage der Beiträge geregelt worden sei. Es bedürfe keines Wertzuwachs-Steuergesetzes, sondern man könne das dem Bundesrat für den Berordnungsweg überlassen. Abg. Müller-Julda meinte, wenn man die Togo-Gesellschaft mit ihren jetzigen Angeboten laufen lasse, dann sei das einfach ein Skandal und würde die Bedingung seines Antrages nicht erfüllen. Die Gesellschaft müsse mindestens 10 000 Hektar hergeben.

Der Antrag Müller-Julda wurde mit der von Herrn Stäbel vorgeschlagenen und vom Grafen Oriola als Antrag ausgenommenen Veränderung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

### Ueber die Kriegsführung in Südwestafrika

veröffentlicht die „Kreuzzeitung“ interessante Privatkorrespondenzen vom Kriegsschauplatz, denen wir folgende Stellen entnehmen:

„Mächtig ist der Trok, den eine Truppe hier mit sich führt. Für die rund 500 Mann der Abteilung v. Glasenapp waren 22 große afrikanische Wagen und 2 Karren gestellt, die der Truppe überall hin folgten und hinter ihr einen Wandwurm von 2 Kilometer Länge bildeten.

Man braucht hier so viel Wagen, weil das Land selbst gar nichts bietet außer Viehfutter und Wasser (letzteres sehr spärlich). Die Eingeborenen nähren sich zwar lange Zeit von „Feldkost“ (hauptsächlich Dorsch, einer kleinen trockenen Zwiebelart, die da und dort gefunden wird), aber der Weize muß alles, wovon er leben will, mit sich führen. Dann und wann findet man in einem Garten Mais, Melonen, Kürbis, Tomaten, auch wohl Kartoffeln, aber das ist selten, und immer ist es nur wenig, für einzelne Leute ausreichend.

Die Entfernungen, die man zurücklegt, hängen in erster Linie von den Ochsenwagen ab, dann vom Wasser. Man treibt bis zu 4 Stunden in einer Tour mit einer Geschwindigkeit von 4-5 Kilometern; die Truppe marschirt etwas rascher. Einzelne leichte Wagen haben jedoch eine bedeutend größere Geschwindigkeit. Man macht am Tage meist 2 Trecks und ruht über Mittag. Die frühen Morgen- und späten Nachmittagsstunden sind am geeignetsten. Kurz nach Sonnenaufgang um 6, später um 6 Uhr zogen wir morgens los; abends wurde bis zum Einbruch der Dunkelheit getreckt.

Wasserstellen spielen im Feldzuge hierzulande „Orlog“ genannt eine sehr wichtige Rolle. Der Vieh wegtreibende Gegner ist von ihnen ebenso abhängig, wie der verfolgende Weize. Zwar hat jeder Wagen Wasserkübel und jeder Mann einen Wasserfaß und zwei Feldflaschen, aber zu mehr als einmaligem Abholen reicht das meistens nicht. Die Ochsen müssen täglich einmal getränkt werden, um leistungsfähig zu bleiben. Danach richtet man seine Trecks ein; im allgemeinen geht man lieber mittags als abends an das Wasser wegen Mücken, und da die Ochsen mittags besser laufen.

Das Wasser ist nur selten klar und meist nur gekocht genießbar; oft ist es graubraun aus wie Tee mit Milch, und damit wurde alles gekocht!

Alle Kamele, die Ihr auf der Karte seht, sind Wasserstellen und lange nicht immer sind Ansiedelungen damit verbunden.

Ueber alle unsere Bewegungen und unsere Stärke ist der Gegner stets mit genauen Nachrichten versehen. Man ist andauernd von einzelnen Spionen umgeben, die seitwärts im Busch liegen. Der Versuch, diese abzufangen, ist aussichtslos; dann und wann wird durch Zufall einer ergriffen. Erst am 30. März bei unfrem Eintreffen in Seeis wurden zwei nur 300 Meter von der besetzten Station gesehen und einer davon erschossen.

Die Nacht fürchtet der Herero. Er schläft dann, greift aber nie an, und das ist ein großer Vorteil. Durch nächtliche Ueberfälle könnte der Truppe leicht großer Schaden zugefügt werden. Eine hermetische Abschließung des Lagers durch Posten ist im Busch einfach unmöglich, man müßte denn alle Leute jede Nacht auf Wache schicken!

Das Erkennen der Gegner ist sehr schwer, da sie fast durcheinander erbeutete (aus Magazinen geraubte) Schutztruppen-Uniform tragen. Es ist größte Vorsicht stets geboten, will man nicht eigene Leute erschließen und andererseits den Gegner rechtzeitig erkennen.

Der Kampf in den Bergen und im dichten Busch wird noch schwerer werden, und es ist fraglich, ob er eine Entscheidung bringt. Denn Einschliefen und alle Auswege verlegen ist nicht möglich. Der Schwarze schlüpfst doch irgendwo durch, wenn auch unter Juridifikation eines Teiles seines Viehes. Dann geht die Jagd auf die einzelnen Teile los und das kann eine Fußtruppe nicht leisten und auch mit Vertrieben dauert die Verfolgung wahrscheinlich lange. Vor Sommer glaube ich kaum, daß man der Herero völlig Herr werden wird, und dann kommt hoffentlich der Ovambo-Feldzug und noch ein Zug nach dem Süden, schließlich muß das ganze Land von den herumziehenden Räuberbanden usw. geäubert werden.“

Diese Schilderung eröffnet eine erbauliche Perspektive für den ferneren Feldzug und dessen Dauer! —

### Zur Pädagogik der Klassenjustiz.

Nach § 55 des Gewerbegerichts-Gesetzes ist Verurteilung gegen die Urteile der Gewerbegerichte nur zulässig, wenn der Wert des Streitgegenstandes 100 M. übersteigt. Das hiesige Landgericht I nahm gegen an, daß die Verurteilung unzulässig sei, wenn mehrere (z. B. 6) Arbeiter in einer Klage einen Arbeitgeber auf zusammen über 100 M. (z. B. 6 × 20 = 120 M.) belangen. Es ging davon aus, daß mehrere in einer Klage verbundene Ansprüche bei Ermittlung der Verurteilung nicht zusammen zu rechnen seien, und ließ sich durch die entgegengegesetzte Ansicht zahlreicher Gerichte und Kommentare und durch alle Veredsamkeit der Welt in seiner Auffassung nicht beirren.

Vor wenigen Tagen ist in dieser Rechtsprechung plötzlich ein Umschwung eingetreten und die Veranlassung dieses Umschwunges ist so charakteristisch, daß wir darüber berichten müssen. In früheren Fällen richtete sich die Verurteilung regelmäßig gegen ein die Klage gegen den Unternehmer abweisendes Urteil des Gewerbegerichts; sie war von den abgewiesenen Arbeitern eingelegt. Nun lag der umgekehrte Fall vor. Der Unternehmer (Architekt Lorenz) war auf die Klage von 21ägern vom hiesigen Gewerbegericht zu infolgeamt 879,19 M. verurteilt worden und hatte seinerseits gegen dieses Urteil Verurteilung eingelegt. Dieses Mal bedurfte es keiner Veredsamkeit, um das Richterkollegium von der rechtlichen Unhaltbarkeit seines bisherigen Standpunktes zu überzeugen; ja, alle Hinweise auf die stets Rechtsprechung des Landgerichts I, die

trotz lebhafter Anfechtung unerschütterlich geblieben war, konnten den Umsturz der Judikatur nicht verhindern. Die Einheit des Klageobjekts, das sich aus mehreren Einzelansprüchen zusammensetzt, ist dem Gericht mit einem Male einleuchtend verständlich geworden an der Einheit des Unternehmers-Interesses, die bei der Vertiefung des Unternehmens in die Augen springt. — Die Richter der entscheidenden Kammer sind gewiß durchaus wohlwollende Herren, die sich offenbar der größten Objektivität befleißigen haben; und dennoch mühte ihnen der zu beurteilende Sachverhalt erst in einer Beleuchtung entgegenzutreten, für die ihr Auge bei ihrer allgemeinen gesellschaftlichen Lage naturgemäß besonders geschärft war, ehe sie den gegenüber den Arbeitern bisher beharrlich verkommenen Sinn des Gesetzes zu ergründen vermochten.

Man sieht an diesem Beispiel, wie nützlich es ist, wenn die Gerichte genötigt werden, die Gesetzesauslegung, zu der sie gegenüber der Arbeiterschaft gelangt sind, nun auch gegenüber den Unternehmern anzuwenden. Dann stellen sich auf einmal tausend Bedenken und neue Gesichtspunkte ein, die bis dahin nicht im entferntesten aufgetaucht waren.

Die Arbeiterschaft sollte sich diese Erfahrung zu Nutzen machen. Man denke z. B. an den Fall der Erpressung. Wenn die Arbeiter einer Fabrik vom Arbeitgeber eine Lohnherabsetzung verlangen und für den Fall der Ablehnung ihrer Forderung die — ordnungsmäßige — Kündigung ihres Arbeitsverhältnisses androhen, so ist das — nach der vom Reichsgericht gebilligten Rechtsprechung — ein Erpressungsversuch, sofern nur dem Arbeitgeber die Beschaffung anderer Arbeitskräfte Schwierigkeiten machen, also die Niederlegung der Arbeit ein „Uebel“ sein würde. Diese Rechtsprechung ist logisch unumgänglich und führt praktisch zu wohntwichtigen Ergebnissen. Ihre notwendige Folge ist, daß sich auch derjenige Unternehmer der verführten Erpressung schuldig macht, der seinen Arbeitern für die Zukunft einen geringeren Lohn als bisher anbietet und sich weigert, die mit dieser Lohnkürzung nicht einverstanden Arbeiter zum alten Lohn weiter zu beschäftigen. Denn zweifellos ist die drohende Arbeitslosigkeit für den Arbeiter ein „Uebel“.

Wir raten unseren Genossen aufs dringendste, Fälle dieser Art von „Unternehmerterrorismus“ zur Anzeige zu bringen. Nicht als ob wir für möglich hielten, daß ein Unternehmer aus einem solchen Zuchtbestand wegen verführter Erpressung bestraft werden würde. Wohl aber in der Hoffnung, daß unsere Gerichte die Unstimmigkeit ihrer bisherigen Rechtsprechung gegenüber den Arbeitern dann einsehen werden, wenn es um Kopf und Kragen von Unternehmern geht. Der Klassenjustiz sollte allenthalben dies Ultimatum gesetzt werden. Vielleicht, daß sie in gewissen Grenzen erziehungsfähig ist.

Sehr lehrreich ist hier auch ein Blick auf den Kampf zwischen Ärzten und Krankenlaffen, in dem die Ärzte täglich Duhende von „Erpressungsversuchen“ im Sinne des Reichsgerichts begangen haben und begehen: fordern sie doch Arzthonorare, auf die sie „keinen Rechtsanspruch besitzen“ und zwar unter Androhung der Arbeitsentziehung, die viele Laffen schon in die böseste Zwangslage gebracht hat.

Und doch hat noch kein Staatsanwalt und kein Gericht auch nur Miene gemacht, die Reule des § 253 des Strafgesetzbuches gegen sie zu schwingen: „Ja, Arbeiter, das ist ganz was andres!“

Ungefähr 40 Mißhandlungen, die der Unteroffizier Hermann Schmidt vom Feldartillerie-Regiment in Spottau verübt hat, standen zur Aburteilung vor dem Kriegsgericht in Glogau. Der Vorgesetzte schlug seine Untergebenen mit Ledergürteln, traktierte sie mit Faustschlägen, Fußtritten, „Aniebnen“ und „Knicken“, einem Mann schlug er auch die Peitsche um die Ohren. Eine Anzeige, die ein Kanonier erstattete, wurde vom Wachmeister nicht weiter gegeben, deshalb schrieb der Mißhandelte an den Regiments-Kommandeur. Die Folge war, daß nicht nur der Unteroffizier, sondern auch der Wachmeister, aber auch der beschwerdeführende Kanonier auf der Anklagebank erschienen. Der Unteroffizier erhielt für 29 Mißhandlungen und 10 Fälle vorchriftswidriger Behandlung acht Monate Gefängnis und Degradation, der Wachmeister vierzehn Tage Gefängnis, der Kanonier, weil er den Brief an den Regiments-Kommandeur geschrieben, wurde ebenfalls bestraft, die Höhe der Strafe ist leider nicht bekannt geworden.

Wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahr Gefängnis wurde ein Korner von der Glogauer Strafkammer verurteilt. Derselbe war wegen Landfriedens vier Wochen eingesperrt worden. Nach seiner Entlassung kam er nach Beuthen a. O., und hier machte er sich in angebrunkenem Zustande in einem Gasthause einer schweren Majestätsbeleidigung schuldig.

Die staatsgefährlichen Wienenzüchter. Die oberösterreichische Polenbekämpfung zeitigt immer seltsamere Blüten. In Laband wurden die Sitzungen des Wienenzüchter-Vereins polizeilich beaufsichtigt, da er im Verdacht stand, „politisch“ zu sein. Wichtig fand auch die Polizei die „polnische Agitation“ heraus und verhängte 15 Mark Geldstrafe über den Vorsitzenden, der zur Zeit dagegen rekuriert.

## Ausland.

### Der Fall Rasi vor dem Parlament.

Rom, den 7. Mai. (Fig. Ver.)

Wie wir voraussehen, ist die Kammer sehr schnell mit dem Fall Rasi fertig geworden. Von Rettungsvorwürfen keine Rede, es sei denn, man wolle den Antrag Rasiatti hierherrechnen, der Rasi vom Senat ansatz von den gewöhnlichen Gerichten abgeteilt werden wollte. Für den Vorschlag, der übrigens einige juristische Autoritäten für sich hatte, stimmten nur 7 Abgeordnete, unter ihnen ein Sozialist, Cesare Cicotti. Die Autorisation zur Strafverfolgung wurde einstimmig, die zur sofortigen Verhaftung mit großer Mehrheit erteilt.

Gleich nach dem Votum ging ein Polizeiwachmeister, um die sofortige Hausdurchsuchung in der Wohnung des Exministers zu veranlassen.

Es bestätigt sich, daß Rasi, begleitet von dem Bildhauer Jimenes und einem Abgeordneten — man glaubt Luigi di Sala, Abgeordneter von Vercelli —, Rom verlassen hat. Die einen sagen, er sei über Mailand in die Schweiz, die andern, er sei zu Schiff über Ghibta vecchia nach Griechenland gegangen. Natürlich würde Rasi, als gemeiner Verbrecher, ausgeliefert werden.

Da der Exminister noch gestern an den Minister Orlando 2000 Lire schickte, um damit einen Teil (er hatte schon vorher einmal 2000 Lire geschickt) des Wertes der gestohlenen Möbel zu vergüten, nimmt man an, er werde sich nach Abschluß der Voruntersuchung den Gerichten stellen und rechne auf die Strafverminderung, die im Falle des vor der Anzeige erfolgten Schadensersatzes eintritt. Obwohl man mit Bestimmtheit weiß, daß Rasi über alle Verge ist, ließ die Censur gestern ein Telegramm aufhalten, das die Flucht bestätigte. An das Aufhalten des freisenden Ministers hatte sie nicht gedacht.

## Schweiz.

### Kein Stimmzwang.

Basel, 9. Mai. (Fig. Ver.) Die Stimmberechtigten des Kantons Baselstadt hatten gestern über das Gesetz betreffend die obligatorische Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen zu entscheiden und das Resultat war dessen Verwerfung mit 6917 gegen 4092 Stimmen, also mit fast 2000 Stimmen Mehrheit. Die Verwerfung bedeutet einen Erfolg der Konservativen und aller andern Reaktionsäre, die mit den verlogensten und verwegendsten Behauptungen die Vorlage bekämpften. Unverkoren erklärten sie den Stimmzwang als einen „Mißschritt“, sie, die Rückwärts, die sonst jeden Fortschritt bekämpften und auch den Stimmzwang nur deswegen nicht unterführten, weil er ein Fortschritt ist. Der Stimmzwang würde vor allem die tausende Arbeiter-Wähler, die gleichgültig sind und von ihrem wichtigsten

Rechte, dem Stimmrecht, keinen Gebrauch machen, an die Urne bringen und die sozialdemokratischen Stimmzahlen vermehren. Die Befürworter machen von ihrem Stimmzettel auch ohne Stimmzwang fleißig Gebrauch, sie hatten also die Mobilmachung der Arbeiterbataillone und die Stärkung der Sozialdemokratie zu beabsichtigt und darum bekämpften sie diesen Fortschritt. Darum stimmten aber auch die freisinnigen Bourgeois, deren Partei öffentlich für den Stimmzwang eintrat, dagegen und blieben schließlich die Sozialdemokraten die einzigen, die ehrlich und konsequent ihr Ja in die Urne legten, denn die über-große Mehrzahl der 4092 Ja rührten zweifellos von den sozialdemokratischen Stimmberechtigten her. Bemerkenswert für die Politik und Taktik der Freisinnigen ist noch, daß sie vor Jahren die Proportionalwahl ablehnten, weil nicht gleichzeitig auch der Stimmzwang eingeführt werde. Jetzt versagten die freisinnigen „Männer“ ihrer Parteileitung die Gefolgschaft, als es sich um die Einführung des Stimmzwangs handelte. Diese „Freisinnigen“ sind konservativ und reaktionär bis auf die Knochen, sie wollen an dem Bestehenden nichts geändert wissen und verwerfen daher alles, aber jedesmal mit andern faulen Phrasen.

## Schweden.

Staatskredit zur Schaffung kleinbäuerlicher Betriebe und eigener Heimstätten. Die „Eigene Heimts-Frage“, das Bestreben, Arbeitern und unabhängigen Personen durch Gewährung von Darlehen die Gründung eigener Heimstätten und die Erringung einer selbständigen Existenz möglich zu machen, hat am Samstag beide Kammern des Reichstags beschäftigt und zu wichtigen Beschlüssen geführt. Im allgemeinen wurde der teilweise Verbesserung der Regierungsvorlage enthaltende Vorschlag des Reichstags-Ausschusses in beiden Kammern angenommen; hinsichtlich der Maximalsummen der Darlehen für landwirtschaftliche Grundstücke stimmte jedoch die Erste Kammer für 4500 Kronen, die Zweite dem Regierungsvorschlag entsprechend für 6000 Kr. Bei gemeinsamer Abstimmung beider Kammern wird die Summe wahrscheinlich auf 5000 Kr. festgelegt werden, dieselbe Summe, die in Dänemark für derartige Darlehen gewährt wird. Den Agrariern, denen daran liegt, durch Schaffung kleiner Landstellen abhängig, an die Ställe gefesselte Landarbeiter zu gewinnen, wären selbstverständlich die geringer bemessenen Maximaldarlehen viel angenehmer. In dieser Beziehung erklärte der Landwirtschaftsminister: „Ich untersteh mich nicht das Streben, der Landwirtschaft Arbeiter zu schaffen und zu erhalten, aber es wäre hart, wenn denjenigen, die nach Höherem streben als bei andern zu arbeiten, nicht Gelegenheit gegeben würde, sich eine selbständige Stellung zu schaffen. Das ist das, was die Auswanderer sich zum Ziel gesetzt haben, und man kann deshalb der Auswanderung nicht mit solchen Maßregeln entgegenarbeiten, wie sie der Ausschuss vorschlägt.“ (Der Ausschuss hatte nämlich die Herabsetzung des Darlehnsmaximums auf 4500 Kronen, also in diesem Punkte eine Verschlechterung vorge schlagen.) — Einen grundsätzlich bedeutungsvollen Antrag, der leider nicht das nötige Interesse fand, hatte unser Parteigenosse Rils Person zu dem Gesetzentwurf gestellt. Er verlangte, daß Grundstücke aus Staats Eigentum nicht von den Empfängern der Staatsdarlehen als ihr eigenes, freies Eigentum erworben werden, sondern daß ihnen das Nutzungsrecht gegen eine geringe Abgabe und unter Bedingungen, bei denen ihre Erbschaft ebenso gesichert wäre, als wenn sie selbst die Eigentümer wären, übertragen werden sollte. Der Antrag wurde von den übrigen drei sozialdemokratischen und außerdem von zwei bürgerlichen Abgeordneten unterstützt. — Durch die Kammerbeschlüsse wird jedoch der Zustand geschaffen, daß der Staat Darlehen gewährt, um Einzelnen den Erwerb von Grund und Boden des Staates möglich zu machen.

## Rußland.

### Ein englischer Korrespondent über die Warschauer Misere.

London, 6. Mai. Die „Morning Post“, die sonst in Arbeiterfragen sehr reaktionär ist, brachte von ihrem Warschauer Korrespondenten S. H. Munro einen ausführlichen Bericht über die Warschauer Misere. Der Korrespondent sah u. a. folgende Szenen: ... Die Polizei besetzte einen Hof, wohin sie von Zeit zu Zeit einzelne Manifestanten brachte. So oft einer hereingedrückt wurde, griff ihn ein Polizist bei den Haaren und vier Polizisten stießen und schlugen ihn. Diese Prozedur dauerte etwa zwei Minuten. Ein Offizier stand in der Nähe, andre Offiziere gingen auf und ab, ohne auch nur die geringste Absicht zu zeigen, ihren Untergebenen ein Halt zu gebieten. Das Opfer wurde gestoßen und geschlagen, bis es im Polizeibureau verschwand. ... Ein anderer Mann wurde in halb ohnmächtigen Zustande in den Hof geschleppt und seine Scherzen schlugen und stießen ihn, so lange sie nur wollten. ... Drei Polizisten brachten einen kleinen, etwa zehnjährigen Zeitungsjungen in den Hof und unterwarfen ihn derselben brutalen Prozedur; der Anabe wurde dann zur Strafe hinausgeschleift. ... Ein Polizist schlug zwei Frauen, da sie nicht schnell genug die Straße räumten. ... Genau vor zwölf Monaten war ich in Salonika, als die Australischen durch ihre Vombardement die Stadt in eine Panik versetzten. Trotz der großen Erbitterung der Bevölkerung haben die türkischen Offiziere alles ausgeboten, ihre Mannschaften unter Disziplin zu halten und sie zu zügeln. Und hier in Warschau gab es keine Attentate, sondern eine stille, ruhige Demonstration. Wäre es nicht an der Zeit, daß fremde Gendarmerie-Offiziere ernannt werden, um hier, wie in Macedonien, europäische Disziplinarmethoden einzuführen?

London, 7. Mai. Auch die heutige „Morning Post“ hat eine Warschauer Korrespondenz von Munro, der von der schweren Geschäftskrise berichtet, ebenso von der Stärke und dem revolutionären Geiste der dortigen Sozialdemokratie. Dagegen hält er die P. P. S. (Sozialistische Partei Polens) für nichtrevolutionär und deshalb weniger von der Regierung gefürchtet. Die P. P. S. verweise sich unmerklich mit der nationalistischen Partei Polens.

## Vom ostasiatischen Kriegsjahnpfah.

### Neue japanische Siege.

die allerdings eine amtliche Bestätigung noch von keiner der beiden Seiten erfahren haben, werden in ziemlich bestimmter Form gemeldet. Die betreffenden Nachrichten lauten:

Paris, 11. Mai. Dem „Matin“ wird von seinem Korrespondenten aus Petersburg gemeldet, es gehe dort das Gerücht, bei dem Motien-Pass habe eine Schlacht zwischen den Russen und General Kurakis stattgefunden. Die Russen hätten abermals eine Niederlage erlitten und schwere Verluste gehabt. General Sosulitsch sei unter den Toten.

Ferner wird aus Paris gemeldet: „Alle Petersburger Privatmeldungen zeugen übereinstimmend von schwerer Besorgnis, die durch die vorläufig mündlich überlieferten Berichte über die Situation der Hauptmacht Kurapkins hervorgerufen worden ist. Man kennt zur Stunde noch nicht die Stärke der Kolonne, welche zur Verteidigung des Motien-Passes ausgesandt wurde und aus Infanterie und Kavallerie bestand. Man weiß nur, daß die Infanterie durch die japanische Gebirgsartillerie sehr erhebliche Verluste erlitt. Die Russen hatten entweder ungenügende Gebirgsartillerie, oder sie kamen nicht in die Lage, sie günstig zu placieren.“

Das Gerücht, daß General Sasulitsch in der Nähe des Motien-Passes gefallen sei, ist noch unbestätigt. In-gestanden wird, daß der Mangel an Artillerie es unmöglich machte, den Vormarsch Kurakis durch die beiden Pässe zwischen Fongwang-tscheng und Langtzeichau aufzuhalten; doch zählt man in russischen Hauptquartier stark an die Kavallerie, um den Japanern in der Liau-Obene bei ihrer Entladung zu der erwarteten Schlacht bei Liaujiang Verluste beizubringen.

Gleichzeitig mit dieser Nachricht ist die Meldung über eine schwere Niederlage russischer Truppen bei Wafangtien (70 Kilometer südwestlich von Fongwang-tscheng) eingetroffen. Der Sieg soll von einem japanischen Corps erfochten worden sein, das bei Takuschan (60 Kilometer westlich von der Jalu-Mündung) gelandet worden sei und den Vormarsch gegen Fongwang-tscheng resp. Liaujiang angetreten habe. Die Nachricht lautet: London, 11. Mai. Dem „Daily Chronicle“ wird aus Schanghai telegraphiert, die erste japanische Armee bedrohe bereits die Russen in Hailsheng. Die zweite Armee, die in drei Divisionen marschiert, drang schnell vorwärts, um mit Kurakis Armee zu kooperieren, und schlug die Russen mit schweren Verlusten bei Wafangtien. Die japanische Artillerie wurde vorzüglich geleitet.

Die Nachricht klingt recht unwahrscheinlich, da das Auftauchen japanischer Truppen nördlich von Takuschan, also in der Gegend Wafangtiens bereits durch folgende offizielle russische Meldung signalisiert worden ist:

Petersburg, 10. Mai. Einem Telegramm des Generalmajors Charlewitsch an den Generalstab von gestern lautet: Am 4. Mai bemerkte eine russische Streifwache bei Saogapinka, etwa 20 Werst nördlich von Takuschan auf dem linken Ufer des Tjangho eine japanische Abteilung, die etwa ein Regiment stark war. In dem Gefecht mit einer japanischen Feldwache fiel ein Kosak. Bei Luaoanman, etwa 12 Werst nördlich von Takuschan, ebenfalls auf dem linken Ufer des Tjangho, wurde eine russische Streifwache vom linken Ufer aus beschossen. Am 5. Mai begegnete eine russische Streifwache auf dem großen Wege nach Fongwang-tscheng, 6 Werst von Salibaiupudja am Tjangho, 30 Werst nördlich von Takuschan, Vertretern einer feindlichen Streifwache, die sich in den Bergen versteckt hielt. Außerdem zeigten sich am 6. Mai japanische Streifwachen bei Sandagou, 8 Werst südlich von Salibaiupudja und im Thale des Sedzije. Nördlich vom Sedzije, bei der Mündung dieses Flusses, befinden sich nach Ausgehen von Chinesen in den Bergen, 20 bis 30 Werst vom Tjangho, japanische Truppenabteilungen, die zusammen gegen drei Regimenter Infanterie stark sind.

### Vernichtung der Port Arthur-Flotte?

Tokio, 11. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Admiral Togo berichtet, seit dem 6. Mai höre man von Port Arthur her viele Explosionen; die Ursache derselben sei nicht festgestellt. Hier in Tokio neigt man der Ansicht zu, daß die Russen, am Erfolge der Verteidigung von Port Arthur verzweifelt, ihre Kriegsschiffe zerstören, um dann die Festung zu räumen.

Von russischer Seite werden die Detonationen damit erklärt, daß mehrere Torpedoboote unvermittelt aus Port Arthur ausgelaufen seien und ein japanisches Transportschiff Pitsewo in die Luft gesprengt hätten.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Amgend.

#### Achtung, Metallarbeiter!

In der Sechsmaschinenfabrik Monoline sind Differenzen ausgebrochen.

In der Beleuchtungsindustrie in Mainz sind ernsthafte Differenzen ausgebrochen.

Wir ersuchen dringend, bis zur Erledigung der Differenzen den Zugang dahin streng fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Streit der Militärkattler. Gestern abend beschloß eine Versammlung der Militärkattler, daß am Freitag die Arbeit niedergelegt wird in denjenigen Fabriken, welche den von den Arbeitern aufgestellten Tarif nicht anerkennen. Dieser Tarif, über den bisher vergebens mit den Unternehmern verhandelt wurde, fordert keine Lohn-erhöhung, sondern er verlangt nur, daß die gegenwärtig gezahlten höchsten Akkordlöhne in allen Fabriken, welche dieselben Artikel anfertigen, bewilligt werden. Diese Höchstlöhne sind jedoch noch niedriger wie diejenigen, welche im Jahre 1900 vor dem Berliner Einigungsamt vereinbart worden sind. Der jetzt aufgestellte Tarif soll bis zum 31. Dezember d. J. gelten. Ferner wird die Anerkennung der in verschiedenen Fabriken schon bestehenden neunstündigen Arbeitszeit gefordert, sowie die Einsetzung einer paritätischen Kommission, welche bis zum 1. Juli einen den heutigen Verhältnissen entsprechenden Tarif ausarbeitet, der am 1. Januar 1905 in Kraft treten soll.

Der Streit der Kupferhämmer bei Schering, Müllerstr. 170/171, und Charlottenburg, Ziegler Weg, dauert unverändert fort. Ein vom Streit der Kupferhämmer in Kopenhagen bekannter Kupferhämmer Namens Robert Heise aus Charlottenburg hat sich am Ziegler Weg als Arbeitswilliger angeboten. Die Kohlegeger, Klempner und Bleilötter, die als Erlaß der Kupferhämmer Arbeit genommen hatten, haben wieder aufgehört. Fortgesetzt ist die Betriebsleitung bemüht, ihre Arbeiten in andern Fabriken fertig stellen zu lassen. So soll die Firma Christ u. Co., Fürstentstraße, Kessel und einen Heißerum-Apparat für Schering zu liefern haben. Ein Jungieher, namens Kranz, Brandenburgstr. 62, hat ein eisernes Reservoir für Schering zu plattieren bekommen. Da er selbst in dieser Arbeit nicht geübt ist, so hat er sich an den Kupferhämmermeister Gente, Sebastianstraße, um Hilfe gewandt. Dieser schickte ihm auch einen Gesellen, welcher aber sah, daß es sich um Schering'sche Arbeit handele und sofort die Werkstatt verließ. Der Jungieher wird sich nun anderweitig um Arbeitskräfte bemühen. Die Verbandsleitung der Kupferhämmer macht deshalb die Kollegen auf diese Firma besonders aufmerksam. Die Desillierschlange, welche die Firma Neumann, Chausseestr. 112, von der Firma Kimer für Schering zu liefern bekommen hat, ist noch nicht in Arbeit genommen. Es wird von den Streikenden befürchtet, daß diese Arbeit auch von der Firma Neumann weitergegeben worden ist. Alle Kupferhämmer werden ersucht, sobald ihnen verdächtige Arbeit übertragen wird, dies sofort dem Vorsitzenden des Verbandes mitzuteilen. In der Fabrik am Ziegler Weg ist eine Abteilung für Kampferfabrikation abgetrennt. Durch den Brand benötigt die Betriebsleitung noch eine größere Anzahl von Kupferhämmer als vor dem Streit. Die vier Arbeitswilligen, die sich bis jetzt in beiden Fabriken angefinden haben, erziehen nach Ansicht der Streikenden nicht einen der alten, geübten Arbeiter. Es wird ersucht, nach wie vor den Zugang von Kupferhämmer, Kohlegeger, Klempnern und Bleilöttern fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Zeitungen werden um Abdruck gebeten.

### Deutsches Reich.

Die Zahl der freisenden Brauerei-Arbeiter in Hamburg beträgt jetzt 1800. In den Brauereien noch tätig sind 330 Personen, darunter 110 sogenannte „Drubergesellen“. In den Wirtschaften ist das Bier ausgegangen und die Arbeiterschaft hat zu andern Getränken gegriffen.

## Der Bäckerstreik.

### Die Reihen der Meister wanken.

Das Kom der Herren der Backstube unerwartet, daß ihre Gesellen sich auch einmal aufrufen, um in ernstem Kampf zu er-zurren, was ihnen, so lange sie es auf friedlichem Wege zu erreichen suchten, hartnäckig verweigert wurde. Pochend auf ihr wirtschaftliches Übergewicht, aufgebracht und scharf gemacht durch ebenso engherzige wie jeder sozialen Verbesserung gemaßigte Zunungs-sührer, glaubten die behäbigen Bäckermeister, die Gesellen, welche sich so lange ohne Widerstand die rückwärtslose Ausbeutung gefallen ließen, würden auch jetzt nicht Ernst machen mit dem Streit. Die Friedfertigkeit, welche die Leistung der Arbeiterorganisation be-

wlesen hat, indem sie sich wochenlang von den Innungsvorständen hinhalten ließ, die von der Organisation fortgesetzt unternommenen Verträge, ohne Kampf zu einer Verständigung mit den Arbeitgeber zu kommen, erschienen der kurzfristigen Meisterschaft als Schwäche der Arbeiter. „Streik nur“, höhnten die Meister, wenn die Gesellen ihre Forderungen präsentierten. Man hielt es eben für gänzlich ausgeschlossen, daß die auf einer tiefen Stufe sozialen Glanzes stehenden Bäckergehilfen einen ernsthaften Kampf um die Verbesserung ihrer traurigen Lage führen würden. Als aber am Dienstagabend, nachdem der Streik proklamiert war, die Backstuben verwaist waren und die Meister vergebens auf die sonst so fleißigen Gesellen warteten, da ging manchem verblendeten Bäckermeister ein Licht auf, und da erst kam ihm der Ernst der Situation zum Bewußtsein.

Während dessen verteilten die Streikenden, in froher Kampfesstimmung der Dinge wartend, die da kommen würden, im großen Saale der Neuen Welt. Es wäre nicht lange, da kamen auch die Meister, welche sich inzwischen besonnen hatten, daß es nunmehr wohl das Beste sei, nachzugeben und die Forderungen zu bewilligen. In größter Eile kam einer nach dem andern, unterzeichnete die Forderungen und ging mit seinen Gesellen an die Arbeit. Andre erklärten ihre Bewilligung telegraphisch, und es wäre nicht lange, da war die Zahl der Bewilligungen, welche vor dem Streikbeschluss 95 betrug, auf mehr als 130 angewachsen.

Mancher Bäckermeister, der wohl gern bewilligt hätte, aber nicht wollte, wußte er sich in dieser Angelegenheit zu wenden hatte, blieb für die erste Nacht des Streiks ohne Arbeitskräfte. Eine Meisterei, die sich ihre Vorstellung von einem Streik wahrscheinlich nach den Artikeln der Innungsblätter gebildet hat, und die deshalb annahm, die braven Gesellen würden gegen ihren eignen Willen von den „Bauern und Aufwieglern“ von der Arbeit zurückgehalten, kam händeringend in das Verbandsbureau in der Rosenthalerstraße und bat die dort anwesenden Vorstandsmitglieder, man möge ihr doch ihre Gesellen wiedergeben. Der Meisterin wurde bedeutet, daß ihre Gesellen nicht hier, sondern in der „Neuen Welt“ seien; wenn sie dochhin ginge und die Forderungen anerkenne, könne sie ihre Gesellen mitnehmen. Aber die Frau ließ sich nicht befehren. Angeschämt glaubte sie, der Vorstandsmitglied habe die Gesellen eingesperrt. Immer wieder trat die Meisterin dem Vorstand mit den Worten entgegen: „Sie haben meine Gesellen hier, geben Sie sie mir doch.“ — Es ist nicht bekannt geworden, ob die Meisterin an jenem Abend noch zu ihren Gesellen gefunden hat oder ob sie in dem Glauben nach Hause gegangen ist, der Vorstandsmitglied halte die Gesellen in Gewahrsam.

#### Nachquartiere der Streikenden.

Mit der Arbeitsniederlegung haben die Streikenden auch dem Haupte des Meisters den Rücken gekehrt. Wer die Backstube nicht aufsuchte, blieb natürlich auch der — wenn man so sagen darf — Schlafstube im meisteilichen Haushalt fern. Die Streikleitung hatte dafür gesorgt, daß eine große Zahl privater Schlafstellen den Streikenden zur Verfügung standen. Tempweise zogen die Bäckergehilfen von der Neuen Welt in die ihnen zugewiesenen Nachquartiere. Ein großer Teil der Streikenden verzichtete aber auf die Nachstraße. Von jeder an Nacharbeit gewöhnt, zogen sie es vor, auch diese Nacht zu arbeiten, zwar nicht am Backofen, sondern am Schreibtisch. In den Sälen des „Rosenthaler Hof“, dem Hauptquartier der Streikleitung, verbrachten viele der Ausständigen die Nacht mit dem Ausschreiben von Streikarten und sonstigen Arbeiten, welche für die geregelte Durchführung des Streiks unerlässlich sind.

#### Im Streikbureau

herrschte am Mittwochvormittag eine eifrige Tätigkeit. Die Ausständigen meldeten sich zur Kontrolle, erhielten ihre Legitimationen, nahmen ihre Verhaltungsmahregeln entgegen und verrichteten die ihnen von der Leitung zugewiesenen Kontrollarbeiten. Zwischen durch kamen Meister, welche die Forderungen unterschrieben und sich so die Arbeitskräfte für die folgende Nacht sicherten. Alle diese Geschäfte wickelten sich in der größten Ordnung ab und die Polizei, welche durch einen Hauptmeister sowie mehrere uniformierte und nicht uniformierte Schutzleute am Eingang des Lokals vertreten war, hatte nichts zu thun, als dem ununterbrochenen Kommen und Gehen müßig zuzuschauen.

#### Streikbrecher werden gesucht.

Gestern früh prangte an den Anschlagtafeln ein großes Plakat, durch das die Vorstände der beiden Bäcker-Innungen bekannt machen, daß sie arbeitswillige Bäckergehilfen unter den von den Meistern aufgestellten Bedingungen suchen. Was für Bedingungen das sind, war natürlich nicht gesagt. Den Uneingeweihten dünkte es scheinen, als ob die Bäckermeister den Gesellen irgendwelche von diesen nicht angenommene Zugeständnisse gemacht hätten. Das ist aber keineswegs der Fall. Die Bedingungen der Meister sind die, daß die hauptsächlichsten Forderungen der Gesellen nicht erfüllt werden, daß im wesentlichen alles beim alten bleibt und an dem rücksichtslos patriarchalischen Verhältnis, welches dem Gesellen als Entgelt für schwere Arbeit geringen Lohn, mangelhafte Kost und schlechtes Logis bietet, nichts geändert wird. — Der Ruf nach arbeitswilligen hat wenig Gehör gefunden. Die Meldestellen wurden bisher nicht in Anspruch genommen.

#### Der „seine Ton“ bei den Bäckermeistern.

Die Forderung der Gesellen, daß sie nicht mehr im Haushalt des Meisters essen und wohnen wollen, wird mit der Begründung zurückgewiesen: Die Gesellen würden sich einem sitten- und zügellosen Lebenswandel ergeben, wenn sie aus dem Haushalt des Meisters ausziehen und dem moralischen Einfluß des natürlichen in jedem Falle hochmoralischen Meisters entzogen werden. Wie es mit den guten Sitten und dem Anstand steht, der in Bäckermeisterkreisen herrscht, dafür bieten die mit unsäglichem Bemerkens versehenen ablehnenden Antworten, welche ein Teil der Bäckermeister der Verbandsleitung sandten, ein drastisches Beispiel. Die betreffenden Meister haben ihre Kippselten zwar anonym verfaßt, man hat aber ihre Namen doch festgestellt. Wir illustrieren den „seinen Ton“ in Bäckermeisterkreisen an einigen Proben: Obermeister Pzenowst, Charlottenburg, Osnoheiderstraße 31, läßt seinen Kram in diesem Erguß aus: „Streik nur feste, damit erst das Geld alle wird, eher ist keine Ruhe, wollen doch wieder ein paar selbständig werden von den Streikgeldern. Nach dem Streik werden wir Euch schon was erzählen, dann kommen wir mit Forderungen. Vertippt nicht das ganze Geld, dann werdet Ihr auch selbständig werden können, Ihr Heier.“

Bäckermeister Schmidt, Hohenstaufenstr. 11, beantwortet die Forderungen so: „Nach Durchlesen des Ferkels nehme ich an, daß die Aufsteller vorstehenden Paragraphen im Oberstübchen nicht ganz in Ordnung sind.“

Herr Keller, Friedenau, Rheinstr. 7, ist beim Empfang der Forderungen wahrscheinlich soeben vom Spieltisch gekommen, denn er übersendet das Formular mit den fleißigen Worten: „Tippel 17 und 4 ist 21. Meine Tante, deine Tante.“ Die Forderungen selbst beantwortet der biedere Meister kurz und bündig: „Quatsch mit Sauce.“

Aus der Bäckerei von Prossig, Pappel-Allee 14, erfolgte die Antwort: „Meine Gesellen werden ihn was schei... sie Käse.“ Der Schreiber dieser Antwort hat gewiß eine hohe Auffassung über Ehe und Familie. Auf die Forderung, den Gesellen an den hohen Festen je eine Freinacht zu gewähren, bemerkte er: „Bei die Frau Meistern“, und an die Stelle, wo der Name des Meisters unterzeichnet werden sollte, schreibt derselbe Herr: „A... Lochshausen.“

Herr Richter, Reichstr. 1, weist die Forderungen mit den Worten zurück: „Vest mich in A... A... Lochshausen.“

Herr Rindermann, Reichenstr. 6, sendet der Verbandsleitung diesen Wunsch: „Meist noch Herzberge, Ihr blödsinnigen Aufwieglern.“

Herr Hein, Jagowstr. 10, bezeichnet die Frage nach dem Namen des Arbeitgebers als Nebenfrage und schreibt: „Ihr Schafköpfe seid wohl verrückt.“

Ein Bäckermeister, dessen Firma nicht ermittelt ist, legt sich in der Unterschicht den Namen „Arschlowst“ bei und antwortet auf die Forderungen: „Ihr Scheißer, lernt man erst eine ordentliche Schippe baden. A... löcher, Ihr seid ja zu nichts zu gebrauchen. Große Schnauze haben, keine Station und dem Meister nachher Duttter und Eier auffressen. Laßt Euch allesamt besch...“

Herr Kienitz, Kochstraße 38, sendet der Streikleitung das Kompliment: „Ihr seid Quatschöpfe, Heuschold ist der größte Duffel. A... wisch.“

Den Rekord in der Unfähigkeit aber erreichte ein Subjekt, das mit dem Herrn Bäckermeister Bienele in Pantow, Kaiser Friedrichstr. 67 überlieferten Fragebogen der Lohnkommission Unzufrieden. Dieser anonyme Schweinigel legte in dem ihm überlieferten Schriftstück etwas „Menschliches“ nieder, was man sonst durch das Konversationsnetz den Rieselkellern zuzuführen pflegt. Und die so bestimmten abelstufenden Voten sandte der anständige Mann der Verbandsleitung zu.

Herr Bienele erschien gestern vormittag auf unrer Redaktion und teilte uns mit, daß ihm selbst eine Besichtigung des Fragebogens ferngelegen habe. Die Sendung der Lohnkommission sei gar nicht in seine Hände gelangt und offenbar von ihm unbekannter Seite damit ein Unfug getrieben, den auch er verurteile. Wir setzen in Herrn Bieneles Angaben keinen Zweifel, namentlich, da er sich unserer Berichterstattung der Sache anschließt, haben dem Herrn aber den guten Rat gegeben, die Empfangnahme seiner Postsendungen derart zu regeln, daß nicht von Fremden mit denselben Unfug getrieben werden kann.

Das sind Antworten auf die bescheidenen Forderungen, welche die Gesellen in der anständigsten Form vortragen, die sie in der sachlichsten Weise begründeten und über die sie eine friedliche Einigung mit den Meistern anstrebten. Mit Leuten, die solche Antworten erstellen, kann man allerdings nicht verhandeln. Gewiß stehen nicht alle Bäckermeister mit Anstand und Sitte auf einem so feindlichen Fuße, wie die vorstehend gekennzeichneten. Die Mißachtung des Arbeiters, aus der heraus solche rohen Auslassungen zu erklären sind, ist aber bei fast allen Meistern die gleiche, wenn sie sich auch nicht in einer Anstand und Sitte höflichsprachenden Weise äußert. Wenn durch den Streik nur das eine erreicht würde, daß auch die Bäckermeister die von ihnen beschäftigten Arbeiter als gleichwertige und gleichberechtigte Menschen zu achten genötigt werden, so wäre das schon ein nicht zu unterschätzender Fortschritt.

#### Eine öffentliche Bäckerversammlung

wurde gestern nachmittag wieder in Kellers Saal abgehalten. Die Streikenden waren natürlich vollständig erschienen, Saal und Galerien reichten kaum aus, um die Menge zu fassen. Aus dem Vorstandsitzungssaal lagen einige Bäckerprodukte, die in der ersten Streiknacht entstanden sind, zur Ansicht aus. Es sollten Schrippen sein, sie waren jedoch unter den Händen von Arbeitswilligen so mißraten, daß sie nur eine entfernte Ähnlichkeit mit dem bekannten Berliner Gebäck hatten.

Die Stimmung der Versammlung war eine sehr zuberstehliche. Der Vorstandsvorsitzende Kilmann führte aus, daß der Erfolg des Streiks bis jetzt ein durchaus befriedigender ist. Bis zum Beginn der Versammlung hatten

195 Bäckereien mit mehr als 800 Gesellen bewilligt,

und fortwährend laufen noch neue Bewilligungen ein. — Vor dem Streik prahlten die Innungsvorstände, sie wären in der Lage, ganze Extrazüge voll Arbeitswillige nach Berlin kommen zu lassen. Diese Extrazüge haben den Weg nach Berlin noch nicht gefunden, und es ist auch nicht zu befürchten, daß die Meister Arbeitswillige in nennenswerter Zahl finden. Man verjagt zwar in auswärtigen Städten Streikbrecher zu gewinnen, man scheut sich nicht, mit terroristischen Mitteln auf die Bäckergehilfen einzuwirken, so drohte man den Gästen der Bäderherberge in Hamburg mit der Entziehung des Logis, wenn sie nicht als Arbeitswillige nach Berlin gehen wollten, aber alles das hilft nicht, die gesuchten Streikbrecher zu finden. Die Zeiten sind vorüber, wo es den Lodungen der Meister gelang, Leute zu finden, die bereit sind, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen. — Einige Meister weigern sich, den Streikenden ihre Sachen und den rückständigen Lohn herauszugeben, sie müssen erst im Klagewege veranlaßt werden, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. — Die Situation ist dem Streik günstig und die Erwartung des Sieges durchaus berechtigt.

Heuschold, der die Lage des Streiks im einzelnen beleuchtete, führte unter anderem aus, daß sich der Streik in vollkommen ruhiger Weise abspiele. Dafür spreche schon der Umstand, daß nur zwei Sittierungen vorgekommen sind. In dem einen Falle handelte es sich um einen Streikenden, der ein Plakat der Meister von einer Schule abgerissen hat. In dem andern ist ein Grund der Sittierung nicht zu erkennen. Die Polizei begehrt Einlass in eine Schlafstube und nahm sechs Streikende, die hier ein Nachtlager gefunden hatten, mit nach der Wache, wo sie aber auf Veranlassung des Lieutenants bald wieder entlassen wurden.

Weiter bemerkte der Redner, daß unter den Bäckereien, die bewilligt haben, sich die größten Betriebe befinden. Nur die Großbäckereien von Gary und Schindler sowie die Großfabrik Verollina haben noch nicht bewilligt. — Zum Schluss gab der Redner unter großem Beifall der Erwartung Ausdruck, daß, wenn die Bewegung so weiter geht wie bisher, es gelingen muß, den elenden Verhältnissen der Berliner Bäckergehilfen ein Ende zu machen und menschenwürdige Zustände herbeizuführen.

#### Au das konsumierende Publikum

wendet sich ein Flugblatt, welches gestern abend in ganz Berlin verbreitet ist und die Bevölkerung über den Streik unterrichtet. Die Bäckereien, welche die Forderungen bewilligt haben, sind kenntlich gemacht durch weiße Plakate mit rotem Rande, welche den Stempel des Bäckerverbandes tragen. Mögen diese Plakate den Käufern von Backwaren den Weg weisen, auf dem sie an ihrem Teil den Kampf der Bäckergehilfen als Konsumenten unterstützen können.

Die streikenden Bäcker erhielten im Laufe des gestrigen Abends noch 25 neue Bewilligungen, so daß bis dahin 220 Bäckereien die Forderungen bewilligt haben.

## Verfammlungen.

Centralverband der Fleischer. In der am Mittwoch abgehaltenen Mitgliederversammlung sprach der Vorstandsvorsitzende Hensel über das Verhalten der Fleischergehilfen-Brüderschaft gegenüber den Verbandenmitgliedern. Er führte aus, daß sich die Brüderschaft von jeder in Quartierbereien gegen die gewerkschaftliche Organisation der Fleischer gefallen habe, daß sie in gefährlicher und feindseliger Weise gegen die Verbandenmitglieder vorgehe, diese bei den Meistern denunziere und aus der Arbeit bringe, und überhaupt in jeder Weise bemüht sei, dem Verbands Hindernisse zu bereiten. Wegen der Unterwerfungsklasse, welche die Brüderschaft hat, gehörten ihr auch eine Anzahl Verbandenmitglieder an, die aber nach einem neuerdings gefaßten Beschluß der Brüderschaft aus diesem Verein ausgeschlossen werden sollen. Durch diesen Beschluß habe die Brüderschaft den Verband zum Kampf herausgefordert, der bis zur Vernichtung der Brüderschaft geführt werden müsse. — Nach kurzer Diskussion wurde in dieser Angelegenheit folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung betrachtet das Vorgehen der Berliner Fleischergehilfen-Brüderschaft gegen den Centralverband, bezw. dessen Mitglieder gegenüber als ein sehr unwürdiges. Der Centralverband hat begründete Ursache, gegen das Verhalten der Brüderschaft Stellung zu nehmen. Die Versammlung sehen im Centralverband die einzige Organisation, welche die Interessen der Fleischergehilfen vertritt und verpflichtet sind, die weitgehende Propaganda für den Centralverband zu machen.“ — Hierauf wurde die Neuwahl des Hauptvorstandes vorgenommen.

Der Vorsitzende Hensel ist bereits vom Verbandstage gewählt. Neuer wurden gewählt: Anoop, 2. Vorsitzender; Jakob, Kassierer; Knorr, Schriftführer; Kälte, Kasse; Hensel, Beisitzer. Als Revisoren wurden Kofchwig, Mattner und Glöbel gewählt. — Nachdem die Wahl erledigt war, gab Hensel einen kurzen Bericht über die Lohnbewegung der Bäcker. Hierzu wurde eine Resolution angenommen, durch welche die Fleischer ihre volle Sympathie mit dieser erklären, und den Bäckern, falls es zum Streik kommen sollte, die weitgehendste Unterstützung zusagen.

Generalversammlung der Freien Vereinigung der Berliner Bleigläser, Glasmacher usw. Der Geschäftsbericht vom letzten Halbjahr, welchen der 1. Vorsitzende des Vereins, Kästch, gab, zeigte, daß sich die Mitgliederzahl im letzten Halbjahr um vier Kollegen vermindert hat, so daß die Zahl der Mitglieder von 90 auf 86 gefallen ist. Der Kassierenbericht des Kassierers Kieras ergab eine Gesamtsumme von 315,63 M. und eine Gesamtansgabe von 255,94 M.; bleibt ein Bestand von 59,69 M. vom 1. Quartal dieses Jahres. Der Kassierenbericht vom 1. Quartal vorigen Jahres betrug 100,38 M., zusammen 160,07 M. Außerdem besitzt der Verein ein Bankguthaben von 82 M. Darauf wird zur Vorstandswahl geschritten. Als 1. Vorsitzender wird Kästch, als 2. Vorsitzender Grabau, als 1. Kassierer Kieras, als 2. Kassierer Streicher wiedergewählt. Als 1. Schriftführer wird Kademacher neugewählt. Wiedergewählt werden außerdem als 2. Schriftführer Rudolf, als 1. Kartelldelegierter Glei und als 2. Kartelldelegierter Grabau. Für den ausscheidenden Revisor Kündig wird Kaulamp gewählt. Die Schlichtungskommission bleibt bestehen. Die Mitgliederversammlungen werden auf den 1. und 3. Mittwoch jeden Monats festgelegt. Den Schluß der Versammlung bilden einige treffliche Ausführungen Kündigs. Er lenkte seine Ausführungen auf den kürzlich zusammengekommenen Unternehmerverband hin, dessen Wirkungen alle Arbeiterorganisationen in Bälde verspüren werden. Dem sollte Rechner den kolossalen Indifferentismus der Arbeiter gegenüber, welcher hauptsächlich durch die Unwissenheit gefördert wird. Die Hauptursache daran giebt er der Lethargie, welche die betreffenden Arbeiter halten. Es müsse Sache des Vereins und aller Kollegen sein, dahin zu arbeiten, daß die sogenannten unparteiischen Richter immer mehr aus den Händen der organisierten Kollegen verschwinden und an ihre Stelle eine Leistung tritt, welche sich die Aufklärung und das Wohl der Arbeiterschaft zum Prinzip gemacht hat. Diese Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen.

Die bei der Herstellung von wasserbindernden Plänen und Besten beschäftigten Arbeiter erleiden am Sonntag in einer vom Sattlerverband einberufenen Versammlung über die Durchführung ihres im Jahre 1903 abgeschlossenen Tarifvertrags. Wie der Referent Wehner ausführte und die Diskussionen vollstänndig bestätigten, wird dieser vor dem Einigungsamt festgelegte Tarif keineswegs überall eingehalten, sondern einerseits als ein Vertragsbruch der Unternehmer erscheint, andererseits eine Folge davon ist, daß die Arbeiter es unterlassen, die Unternehmer zur Anerkennung des Tarifs zu zwingen, daß sich Arbeiter bereit finden, die anstrengende Arbeit zu erbärmlichen Wochenlöhnen von 19, 20 und 21 M. auszuführen — trotz der in diesem Herbstjahre herrschenden guten Konjunktur im Sattlergewerbe — und dann durch unbegrenzte Ueberzeitarbeit das Fehlende zu ersetzen und dadurch ihre Gesundheit ruinieren. Wie diese Ueberzeitarbeit die Arbeiter angeht, das zeigte sich besonders kraft im Jahre 1902, wo gleich nach Schluß der Saison von den alles in allem etwa 200 in der Branche thätigen Arbeitern sich 40 krank melden, von denen 35 vom Arzt als erkrankt befunden wurden. Kein Wunder, daß, wenn solche Anbrottschicht mit Leben und Gesundheit der Arbeiter getrieben wird, der Wochenbeitrag zur Ortskrankenkasse im Sattlergewerbe die Höhe von 84 M. erreicht hat! Die traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen um so verberberlicher wirken, als es sich um eine Saisonbranche handelt, die nur einem Teil der darin thätigen Arbeiter dauernde Beschäftigung bietet. — Da die Saison nun bereits vorüber ist, mußte von einem allgemeinen Vorgehen zur Durchführung des Tarifs Abstand genommen werden. Die Versammlung sah den Beschluß, dafür zu sorgen, daß kein Arbeiter in der Branche der „Wasserbüchsen“ unter 24 M. Wochenlohn in Arbeit tritt; andernfalls soll er als Streikbrecher angesehen werden. Dieser Beschluß wird der Ortsverwaltung des Sattlerverbandes zur Genehmigung unterbreitet werden.

## Eingegangene Druckschriften.

Die neue Frauenrecht Nr. 8. Mitteilungen der Freien Vereinigung für Verbesserung der Frauenarbeit. Preis für das Halbjahr 1,50 M. Monatlich ein Heft. Verlag Georg Callwey, München.

Bericht über das zehnte Geschäftsjahr der Großkaufmann-Gesellschaft deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung Hamburg. 1. Januar bis 31. Dezember 1903. 32 Seiten. Selbstverlag.

Protokoll des zweiten ordentlichen Verbandstages des Centralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, abgehalten in Hamburg am 3. und 4. April 1904. Preis 10 Pf. Verlag Paul Hensel, Dragonerstr. 15.

Protokoll über die Verhandlungen der Landesversammlungen der sozialdemokratischen Partei Sachsens, abgehalten in Mittweida am 15. und 16. März 1903, Chemnitz am 5. und 6. April 1904. Preis 60 Pf. Verlag Raben u. Co., Dresden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Berlin, 11. Mai. (B. T. V.) Gouverneur Leutwein meldet unter dem 10. Mai: Feld aus Linie Oshikara-Oshikoro im allgemeinen in nordöstlicher, nördlicher und nordwestlicher Richtung in Abzug. Starke Kräfte Richtung Waterberg. Samuel soll 4 Lagerstätten Ostlich Omaruru sitzen. Bei Nauas, 5 Kilometer östlich Oujjo, gestern Patrouillengefecht; bei Einbruch der Dunkelheit Oujjo bestig von Hereros beschossen, dieselben zogen auf Vorelsberg zurück. Diefelb tot; Obermatrose Swanne von der Maschinen-gemeinschaft, vermisst 2, verwundet Landwehrmann Paulus Witt. Nordabteilung heute abgehandelt. Stoff ist in Onjatu.

#### Neue Kriegsanleihe.

Tokio, 11. Mai. (B. T. V.) Der Ministerrat beschloß gestern, eine neue Volksanleihe im Betrage von 100 Millionen Yen auszugeben. Der Emissionskurs soll 95 und die Anleihe in 5 Jahren tilgbar sein, verzinst wird sie mit 5 Prozent.

Söul, 10. Mai. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Die Russen, deren Zahl auf 200 geschätzt wird, greifen Andschu an, die japanische Garnison verteidigt die Stadt hartnäckig.

Tokio, 11. Mai. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Der gestrige Angriff von 200 Kosaken auf Andschu ist zurückge-schlagen worden.

London, 11. Mai. (B. T. V.) „Daily Chronicle“ berichtet aus Tokio: Die Japaner beschäftigen sich damit, schwere Geschütze nach Port Arthur zu bringen, um die Stadt zu beschützen.

London, 11. Mai. (B. T. V.) Die hier zur Ausgabe gelangende, fünf Millionen Pfund Sterling betragende Hälfte der neuen 5prozentigen japanischen Anleihe ist heute nachmittag zum Kurse von 93 Prozent emittiert worden. Die Emittion der andern Hälfte der Anleihe erfolgt in New York zu gleicher Zeit und unter den gleichen Bedingungen.

Petersburg, 11. Mai. (B. T. V.) In Jekaterin ist ein großer Skandal entdeckt worden. Es hat sich herausgestellt, daß für 10 000 Rubel Militärpatente, die von Warschau geliefert worden sind, nicht gekauft, sondern nur geleimt waren. Ein ähnlicher Schwundel soll auch im türkischen Kriege vorgekommen sein.

Reichstag.

89. Sitzung. Mittwoch, den 11. Mai 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Rieberding, Frhr. v. Stengel. Die dritte Lesung des Etats wird beim Militär-Etat fortgesetzt.

Abg. Dr. Janney (Lothr.) ersucht um Erleichterung der Einquartierungslasten und bittet bei Schachschießübungen mehr Rücksicht auf den Reserve zu nehmen.

General v. Tappelkirch: Die Beschlüsse, die der Herr Vorredner vorgebracht hat, hängen damit zusammen, daß wir keinen genügenden Truppen-Übungsplatz für das dortige Armee-corps zur Verfügung haben. Die Militärverwaltung wird aber die Angelegenheit im Auge behalten und hofft, daß das hohe Haus seiner Zeit auch in finanzieller Beziehung uns behilflich sein wird.

Auf Anfrage des Abg. Dr. Gradnauer (Soc.) teilt Präsident Graf Ballestrin mit, daß der Herr Kriegsminister sich aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat.

Abg. Dr. Gradnauer (Soc.):

Ich möchte eine Angelegenheit zur Sprache bringen, die sich an den belannten Wisse-Prozess anschließt. Es ist ohne Widerspruch gemeldet worden, daß 3 Offiziere aus Veranlassung des Wisse-Prozesses aus dem Heere ausgeschieden sind, die als Richter fungieren haben. Es hat verlautet, daß damals die Nichtausweisung der Öffentlichkeit oben sehr unangenehm berührt hat. Die Vermutung, daß zwischen der Verabschiedung jener Offiziere und der Nichtausweisung der Öffentlichkeit ein kausaler Zusammenhang besteht, ist allmählich zur Gewißheit geworden, weil deutlich dahingehende Erörterungen in der Presse nicht dementiert worden sind. Jedenfalls verlangen wir eine Aufklärung in dieser Sache. Bereits Ende April hat die „Vossische Zeitung“ darauf hingewiesen, daß eine Gefahr besteht für die Offiziere, daß sie unter Umständen durch ihre Tätigkeit als Militärrichter ihrer Verabschiedung risikieren. Auf diese Weise würden auch diejenigen Kreise im Volke, die bisher noch Vertrauen zur Militär-Gerichtsbarkeit besaßen, darin erschüttert werden. Ferner ist neuerdings die öffentliche Meinung ziemlich stark beunruhigt, daß bei einer größeren Anzahl von Militärprozessen die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist, namentlich wenn Offiziere auf der Anklagebank gestanden haben. Dies ist sogar geschehen bei der Beweisaufnahme und bei der Verkündung der Urteilsbegründung. Aus Magdeburg verlautet, daß dort das Kriegsgericht dem Publikum in der Presse sogar die Termine verheimlicht. Die Terminlisten sind dort gar nicht mehr ausgehängt; für die Journalisten sind aber diese Terminlisten ein unbedingtes Erfordernis. Bei den Zivilgerichten ist auch das Aushängen solcher Terminlisten ganz selbstverständlich. Die Vertreter der Presse haben die Vorsitzenden der Militärgerichte auf die Notwendigkeit des Aushängens solcher Terminlisten aufmerksam gemacht und darauf die Antwort erhalten, davon stünde nichts im Befehle. Das Auffällige dabei ist, daß die Terminlisten nur dann fehlen, wenn gegen Offiziere verhandelt wurde. Aus alledem haben wir das Recht, zu vermuten, daß Verfügungen oder Erlasse von höchster Stelle ausgegangen sein müssen, die Öffentlichkeit bei den Militärgerichten häufiger als früher auszuschließen. Nach dem Befehle hat ja auch der oberste Kriegsherr dazu ein Recht, sobald die Disziplin gefährdet ist. Andererseits hat das Volk ein Recht zu erfahren, ob solche Erlasse ergangen sind und aus welchen Gründen. Wenn die Militärrichter auf Grund ihrer Urteile oder der Handhabung ihrer Rechtsprechung Tadel oder gar Verabschiedung erfahren, so ist das Mindestmaß von richterlicher Unabhängigkeit für die Offiziere nicht gewahrt. Ist die Gefahr, daß Offiziere dem Wunsche ihrer Vorgesetzten nachgeben, schon an und für sich groß, da sie gewohnt sind, ihnen in allen Beziehungen zu gehorchen, wo soll dann in aller Welt die Unabhängigkeit der Militärrichter herkommen, wenn noch solche Beeinträchtigungen hinzutreten, wenn sie fürchten müssen, wegen ihres Urteilspruches getadelt zu werden, ihre Laufbahn beenden zu müssen, um ihre Zukunft gebracht zu werden! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wo soll eine objektive Rechtsprechung herkommen, wenn die Richter nichts weiter sind als ein Spielball in den Händen ihrer Vorgesetzten! Dabei sagt § 18 der Militärstrafgesetzbuch ausdrücklich, die erkennenden Gerichte sind unabhängig und nur den Befehlen unterworfen.

Ich will noch einen anderen Fall vortragen, über den ich dem Kriegsminister bereits habe Mitteilung gegeben lassen, über den er sich also äußern können. Der Kommandeur des VIII. Armee-corps, General v. Deines in Koblenz, hat sich ebenfalls einer schweren Beeinträchtigung der Offiziere seines Regiments als Militärrichter schuldig gemacht. In seinem Corps passierte es Offizieren, daß Militärgefangene und Soldaten der Arbeitsabteilung sich Majestätsbeleidigungen zu Schulden kommen ließen in der Annahme, dann aus dem Militärgefängnis heraus und ins Zuchthaus zu kommen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Diese Thatsache hätte den Corpskommandeur betreffen sollen, die Zustände im Gefängnis einer gründlichen Revision zu unterziehen, die zu dem merkwürdigen Wunsche veranlassen, die entbehrende und wahrhaft schwere Zuchthausstrafe zu erreichen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Statt dessen erließ er einen Erlaß an die Offiziere, den ich hier wörtlich mitteile: „Es wurde gefordert, daß einer aus solchen Verweigerungen begangenen Majestätsbeleidigung nicht die ganze Schwere des Vergehens anzurechnen ist. Ich bringe diese Auffassung zur Kenntnis aller Offiziere des Armee-corps und brauche nur darauf hinzuweisen, daß sie nur als durchaus unzureichend zu bezeichnen ist.“ In der That haben im Corpsbereich des Herrn v. Deines solche Prozesse stattgefunden, und es sind außerordentlich schwere Strafen ausgesprochen worden. Aber abgesehen von den Folgen ist ein solcher Erlaß eine schwere Ungerechtigkeit. Nach § 24 der Militärstrafgesetzbuch darf der Richter in keiner Weise in den Gang der Untersuchung eingreifen, darf auch nicht Offizieren, die Militärrichter sind, oder als solche fungieren sollen, vertrauliche Mittheilungen über die Würdigung des Motivs des Angeklagten und die Höhe des Strafmaßes geben. Das Urtheil hierüber ist ausschließlich Sache des erkennenden Gerichts und es ist geradezu unerhört, wenn ein Gerichtsherr in dieser Art und Weise eingreift, die einer beachtlichen Beeinträchtigung gleichkommt. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Das ist eine starke Ueberschreitung seiner Befugnisse. Nehmen Sie an, es gäbe Offiziere, die den Wunsch der Soldaten nach dem Zuchthaus als milderen Umstand angesehen hätten, so werden Sie ohne weiteres erkennen, daß in diesem Erlaß eine ganz gefährliche Beeinträchtigung liegt. — Aber über diese einzelnen Fälle hinaus verweisen wir bei der Militärjustiz Militärverwaltung und Gerichtsbarkeit. Wir haben dem Gerichtsherrn von vornherein nicht die Befugnisse geben wollen, die ihm gegeben worden sind. Wir haben schon im Krosigk-Prozess sehr bedenkliche Äußerungen des Gerichtsherrn über die Schuld des Angeklagten gehört. Wenn aber auch jetzt dauernd hohe Kommandeure nicht sagten, die ihnen zukommenden Aufgaben und Gebiete zu unterscheiden, so kann die Schuld nicht nur an den Personen, sondern auch am Befehl selber liegen. Das sind die Feinde Ihrer Galtigkeit. Die Befürchtungen, die wir bei Schaffung der Militärstrafgesetzbuch ausgesprochen haben, haben sich in vollem Maße erfüllt. Jetzt aber frage ich den Kriegsminister, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenkt, um diesen Uebergriffen hoher Offiziere entgegenzutreten und die Unabhängigkeit der Militärrichter zu schützen. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Oberst Ballestrin du Var:

Ueber den Ausschluß der Öffentlichkeit in Militärstrafprozessen entscheidet lediglich der Präsident und das Gericht. Nachgedacht ist dabei der § 253 der Militärstrafgesetzbuchordnung und eine kaiserliche Verordnung vom 28. Dezember 1900. Wenn hierbei der Herr Abgeordnete Dr. Gradnauer auf die Verabschiedung von Offizieren hingewiesen hat, die am Wehr Kriegsgericht thätig waren, so bedauere ich, hierüber Mittheilungen nicht machen zu können. Das Recht der Anstellung und Verabschiedung von Offizieren gebührt der Krone. (Sehr richtig! rechts.) Das Kriegsministerium wirkt dabei nicht mit. Herr Dr. Gradnauer hat dem Kriegsminister vorher mitgeteilt, daß er ihn über einen Erlaß interpellieren wolle, den der kommandierende General des VIII. Armee-corps im Dezember 1902 erlassen haben soll. Da dem Kriegsminister aus eigener Wissenschaft nichts von diesem Erlaß bekannt war, so fragte er telegraphisch an. Die Antwort lautete nun dahin, daß der angezogene Erlaß nicht existiere. (Hört! hört! rechts) und daß eine ungesetzliche Beeinflussung von Offizieren nicht stattgefunden habe. (Hört! hört! rechts.) Der Specialfall, den der Abgeordnete vorgebracht hat, ist uns allerdings nicht bekannt gewesen. Wir wären dem Herrn Abgeordneten dankbar, wenn er nähere Angaben machen wollte, damit der Fall erneut untersucht werden kann.

Abg. Werner (Antif.) wünscht, daß den Unteroffizieren nicht so viele Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden, wenn sie heiraten wollten. Verheiratete Unteroffiziere seien ebenso nützlich wie unverheiratete. Weder tritt für den baldigen Erlaß des Pensionsgesetzes ein, rühmt den Segen der keinen Garnisonen und wünscht, daß die Militärleistungen auch den kleinen Handwerkern übergeben würden.

Abg. Bebel (Soc.):

Daß der Vertreter der Militärverwaltung die Antwort geben würde, die er gegeben hat, war voraussehen. Es ist auch möglich, daß der Herr gar keine andre Antwort geben kann. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Nach untrüger Auffassung, die auch anderweitig bestätigt wird, ist im vorgetragenen Falle die Verabschiedung der Richter und insbesondere auch des Gerichtsherrn nur durch die Vorgänge des Wisse-Prozesses veranlaßt worden. Diesen Glauben werden Sie der Öffentlichkeit nicht nehmen. Ihre Antwort wird ihn nur bestärken. Ist dem so, so muß die Unabhängigkeit der Militärgerichte in höchstem Grade in Zweifel gezogen werden. Der Fall Deines stimmt mit den Nachrichten überein, die mir von den verschiedensten Seiten zugegangen sind. Vielfach mischen sich die Gerichtsherrn in hohem Maße in die Verhandlung ein und lassen schon vor der Verhandlung die Richter die Strafen erkennen, die sie im Specialfall erwarten. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Namentlich wird darauf hingewirkt, daß bei Majestätsbeleidigungen die Militärgerichte unter allen Umständen auf die höchstmögliche Strafe erkennen. Ich konstatiere also, daß die von Ihnen mit so großer Begeisterung aufgenommene neue Militärstrafgesetzbuch die Mängel hat, die wir von vornherein gerügt haben.

Ich komme auf einige Äußerungen des Kriegsministers aus der zweiten Lesung zurück. Er bestritt mir gegenüber, daß eine Kabinettsorder ergangen sei, die die inaktiven Offiziere unter Androhung der Entziehung des Rechts zum Tragen der Uniform bedrohte, ihre schriftstellerische und journalistische Tätigkeit über militärische Dinge möglichst einzuschränken. Er erklärte, daß ihm von einem derartigen Erlaß nichts bewußt sei. Nun hat er wohl den Hauptton auf die Androhung der Uniformentziehung gelegt, denn abgesehen davon ist der Erlaß ergangen und ich bin im höchsten Grade überreist, daß der Kriegsminister davon nichts wissen soll, denn die Kabinettsorder, die vom 1. Januar dieses Jahres datirt ist, ist allen inaktiven, auch den Landwehr- und Reserve-Offizieren vorgelegt worden und sie haben durch Unterschrift die Kenntnisaufnahme bestätigen müssen. Sie enthält sehr scharfe Ausdrücke gegen die zunehmende Schriftstellerische der Offiziere und tadelt das schlechte Beispiel, das selbst Offiziere in höheren Stellungen geben. Der Erlaß hat dem auch eine entsprechende Wirkung gehabt. Seit jener Zeit ist es auffallend still im Blätterwald unserer Zeitungen geworden und man hört über militärische Vorgänge von ehemaligen Offizieren nichts mehr. Ferner hatte ich bei der zweiten Lesung die Behauptung des Generalleutnants v. Boguslawski zurückgewiesen, daß die vom Heideberger Kriegsgericht mit so ungebührlichen Strafen belegten Mäanderausweisungen eine Folge der socialdemokratischen Agitation seien und ihn aufgefordert, diese Verdächtigung zu beweisen. Der Kriegsminister behauptete, daß der schlimmste der Heideberger Verurtheilten mehrmals vorbeistrift und als socialdemokratischer Agitator bekannt sei, und fragte mich, ob ich nun den Ausdruck Verdächtigung und Verleumdung zurücknehmen wolle. Es ist nun nicht Sitte in diesem Hause, mitten in einer Rede auf solche Anfragen zu antworten. Ich protestierte jedenfalls durch einen Jurat dagegen, von Verleumdungen gesprochen zu haben. Inhaltlich mußte ich natürlich die Behauptung des Kriegsministers erst prüfen, ehe ich etwas zurücknehmen konnte. Durch die Vermittlung meines Parteigenossen Rechtsanwalt Franz in Mannheim hat mir nun der Verteidiger des Angeklagten Gannauer, von dem der Kriegsminister sprach, bestätigt, daß weder in der Verhandlung noch in der Anklage von der Zugehörigkeit des Angeklagten zu irgend einer politischen Partei die Rede gewesen sei, und daß das Gericht hierüber keinerlei Ermittlungen angestellt habe. Ich erlaubte mich ferner bei der drittigen Partei-Organisation, ob ihr Gannauer als Parteigenosse bekannt sei. Ich erhielt die Antwort, daß er sechs Wochen Mitglied des „Vesper“ verhandelt, aber politisch unorganisiert und vollkommen indifferent gewesen sei. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ich kann mir aber denken, wie der Kriegsminister zu seiner Äußerung gekommen ist. Beim Eintritt ins Heer wird ja nachgefragt, ob jemand Socialdemokrat ist, und nach der polizeilichen Auffassung genügt, um das zu beweisen, die Zugehörigkeit zu jeder Arbeiterorganisation. Uebrigens ist Gannauer auch nicht der schlimmste der Verurtheilten. Seine Mitangeklagten waren nach dem Urtheil der ersten Instanz sogar schwerer bestraft.

Generalmajor Galtwitz: Der Specialfall in Koblenz ist uns unbekannt geblieben. Es ist aber verprochen worden, daß der Fall weiter eingesehen werden soll. Gleichwohl hat der Abg. Bebel, gestützt auf ungläubigste Kombinationen, erneut Zweifel an der Unabhängigkeit der militärischen Richter ausgesprochen. Dem gegenüber muß ich hervorheben, daß ganz abgesehen von einzelnen Fällen, der Herr Vorredner doch den Charakter und die Folgen nur ihrem Gewissen und ich lege Verantwortung dagegen ein, daß sich Offiziere irgendwie verleiten lassen können, wider ihre Ueberzeugung und wider ihr Gewissen Recht zu sprechen. (Bravo! rechts.) Der Herr Vorredner ist dann nochmals auf den angeführten Erlaß eingegangen, wonach den verabschiedeten Offizieren jede publizistische Tätigkeit bei Verlust der Uniform verboten sein soll. Der Kriegsminister hat das Vorhandensein dieses Erlasses bestritten. Herr Bebel hat behauptet, er sei doch vorhanden und hat über den Inhalt des Erlasses nähere Mittheilungen gemacht. Er hat aber unterwühlt gelassen, daß die Punkte, wegen denen sich der Kriegsminister geäußert hat, die Drohung mit dem Verlust der Uniform gewesen ist. Das ist

die einzige Thatsache, die der Herr Kriegsminister dementiert hat. (Abg. Bebel: o nein! lebhafter Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Daß der Herr Kriegsminister darin Recht gehabt hat und Recht haben muß, geht schon daraus hervor, daß der Verlust der Uniform nicht von der Verurteilung und auch nicht vom obersten Kriegsherrn, sondern nur durch ein Ehrengericht ausgesprochen werden darf. Was die vom Herrn Vorredner zuletzt erwähnte Frage anbetrifft, so hat er teils Recht, teils Unrecht. Eine Verfügung besteht nicht, wonach die Reservisten über die gesetzliche Dienstzeit hinaus Strafen abtügen müssen. Sie wäre ja auch ungesetzlich. Leute, die nach dem Mandat noch Strafen verbüßen müssen, dürfen nur so lange zurückgehalten werden, bis ihre Dienstzeit, in der Regel am 30. September, abgelaufen ist. Sind dann keine Arrestzellen frei, so müssen die Leute entlassen werden und verbüßen ihre Strafen dann im Urlaubstand. Haben sie die Strafen aber vorher angetreten, so verbüßen sie sie weiter und das ist gesetzlich.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Rp.):

Nicht nur die äußerste Linke, sondern auch die Mitglieder bürgerlicher Parteien haben alle Veranlassung, darauf hin zu wirken, daß sich auf die Militärgerichtsbarkeit keine persönlichen Einflüsse geltend machen, ja daß kein diesbezüglicher Verdacht entsteht. Auch in der bürgerlichen Presse, namentlich in der „Voss. Ztg.“, ist eine Beunruhigung der öffentlichen Meinung ausgedrückt worden, daß Offiziere zu Unrecht wegen ihrer Thätigkeit als Militärrichter entlassen werden sind. Da ist uns nun vom Regierungstische aus die Erklärung abgegeben worden, daß die Anstellung und Entlassung der Offiziere Sache des obersten Kriegsherrn ist. Wir bezweifeln das nicht. Aber damit sind wir so klug wie zuvor. Die Militär-Gerichtsbarkeit sinkt durch Einwirkung von persönlichen Einflüssen geradezu zur Kabinettsjustiz herab. Ich glaube gern, daß die Offiziere sich in ihrer richterlichen Thätigkeit nur von ihrem Gewissen beeinflussen lassen. Aber es ist unrichtig, jemand in Verführung zu führen dadurch, daß man seine Existenz aufs Spiel setzt. (Sehr richtig! links.) Es hängt außerordentlich viel für unsre Stellung zu den Militärgerichten davon ab, daß den Richtern die nötige Unabhängigkeit gewahrt wird. Wir müssen sonst neue Bestimmungen in das Gesetz einfügen. Vielleicht können wir dadurch etwas ändern, daß wir die aktiven Offiziere durch pensionierte ersetzen. Jedenfalls werden wir nicht ruhen, bis die Militärgerichtsbarkeit modernen Anschauungen entspricht. (Bravo! links.)

Abg. Schrader (fr. Rp.):

Meine Freunde haben seiner Zeit trotz vieler Bedenken für die Militärstrafgesetzbuchordnung gestimmt, weil sie einen großen Fortschritt enthält. Aber wir haben schon damals daran Anstoß genommen, daß der oberste Kriegsherr jederzeit in die Gerichtsbarkeit eingreifen kann. Daß dies wiederholt geschieht, ist genügend erwiesen. Ich hoffe auch wie die Vertreter des Militärs, daß die Offiziere sich genügend unabhängig fühlen. Auch den Richtern hat man das allezeit nachgesagt. Trotzdem aber hat man neuerdings den Richtern die Unabhängigkeit verdirrt. Bei den Offizieren fehlt es etwas dergleichen. Hier gilt es die Lücke irgendwie auszufüllen. Ich denke, daß auch die Militärverwaltung mit uns in dieser Beziehung zusammenwirken wird. Denn die fortwährenden Klagen in diesem Hause müssen ihr ja außerordentlich unangenehm sein. Weil wir ein Volksherr haben, müssen wir eine vollständig unparteiliche Rechtspflege haben. (Bravo! links.)

Abg. Bebel (Soc.):

Wenn ich auch den Offizieren ein strenges Gewissen zutrauen will, so sind sie doch eben Menschen. Es kann deshalb unmöglich für sie ohne Einfluß sein, wenn sie erfahren, daß Offiziere kurz nach ihrer Thätigkeit als Richter im Wisse-Prozess entlassen worden sind.

Den bürgerlichen Richtern ist die Unabhängigkeit garantiert. Dieses Sicherheitsventil fehlt bei den militärischen Richtern, und damit ist ihre Unabhängigkeit bedroht. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich habe, und das scheint General Galtwitz überhört zu haben, gleich in meiner ersten Rede betont, es schiene mir, als habe der Kriegsminister bei seinem Dementi das Hauptgewicht darauf gelegt, daß die Drohung, den inaktiven Offizieren die Uniform zu nehmen, nicht erfolgt ist. Das bestätigte nun General Galtwitz. Die Erklärung des Kriegsministers war aber so formuliert, daß sie den Eindruck erwecken mußte, als sei überhaupt kein Erlaß ergangen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Mit dem Erfolg meiner Anfrage kann ich vollaus zufrieden sein. Heute haben wir gehört: ein solcher Erlaß ist in der That ergangen, den inaktiven Offizieren ist in der That nahe gelegt worden, sich jeder schriftstellerischen Thätigkeit zu enthalten. Der oberste Kriegsherr hat die außerordentliche Macht, die er besitzt, dazu benutzt, den inaktiven Offizieren schriftstellerische Privatthätigkeit zu unterbinden. Auf diese Feststellung kommt es allein an. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die allgemeine Erörterung. Der Titel: Gehalt des Ministers, wird beivilligt. Beim Kapitel „Geldverpflegung der Truppen“ bittet Abg. Friese (E.) den Kriegsminister, im nächsten Etat die Ungleichheit zu beseitigen, daß die Sanitäts-offiziere schlechter gestellt sind als die Front-offiziere gleichen Ranges. Abg. v. Kardorff schließt sich dieser Anregung an. Beim Kapitel „Verwaltung der Remontedepots“ polemisiert

Abg. Bachnide (fr. Rp.) gegen den Abgeordneten v. Treuenfels, der in der zweiten Lesung schwere persönliche Angriffe gegen ihn, der durch Krankheit fern gehalten war, gerichtet habe. Herr v. Treuenfels habe behauptet, Dr. Bachnide habe während der Wahlbewegung gesagt: Auf den großen Wittern werden die Remonten gekauft: da wird auch gut gefräßt. Diese Behauptung sei objektiv wahrheitswidrig und richtiger Wahlkampf. Auch in der „Pardimer Zeitung“, auf die sich Herr v. Treuenfels berief, habe, wie der Verleger bestätigte, nichts Ähnliches gestanden. Angriffe solcher Art richteten sich vor selbst. (Sehr richtig! links.) Abg. v. Treuenfels (L.) verliest Auszüge aus der „Pard. Ztg.“, die ihn zu seiner Äußerung veranlaßt hätten, und beruft sich auf Öhrenzeugen, die ihm bekundet hätten, daß Dr. Bachnide doch so etwas Ähnliches gesagt habe. So teilt ein Jülicher in einem Privatbriefe die Äußerung in folgender Form mit: „Ein gutes Frühstück ist bei Anläufen von Pferden eine nicht zu unterschätzende Sache!“ (Abg. Dr. Bachnide: Weisensein Sie das!) Ich bedauere diese Agitationsweise eines Mitgliedes der Ordnungspartei. (Sachen links.) Allerdings steht die freisinnige Vereinigung in so innigen Beziehungen zur Socialdemokratie, daß für sie der Satz gilt: Sage mir, mit wem du umgehst, und ich will dir sagen, wer du bist! (Bravo! rechts, Lachen links.)

Abg. Dr. Bachnide (fr. Rp.): Es handelt sich nicht um meine Agitationsweise (Lärm rechts), sondern darum, daß Herr v. Treuenfels seine Berufung auf die „Pardimer Zeitung“ nicht beweisen kann. Es steht nichts von dem darin, was er herausgelesen hat. Die Äußerung in dem Privatbrief ist eine dreiste Unwahrheit. (Lärm rechts.)

Ich habe in meiner Rede nur zeigen wollen, daß das Interesse an höheren Pferdezüchten mehr bei den höheren Grundbesitzern liegt als bei den kleinen. Aber die Hauptsache bleibt mir, daß Herr v. Treuenfels eine Behauptung aufgestellt hat, die der Wahrheit direkt widerspricht, als er sich auf einen Bericht der „Pardimer Zeitung“ bezog, um meine angebliche Äußerung über das gute Frühstück zu beweisen. Abg. v. Treuenfels (L.): Ich habe die „Pardimer Zeitung“ nur in Bezug auf die allgemeine Agitationsweise des Herrn Dr. Bachnide

klert. (Lebhafte Unterbrechungen links.) Inzwischen habe ich aber Briefe von so und soviel Leuten bekommen, die die von Dr. Baasche bestrittene Meinung haben. Wenn Herr Dr. Baasche sie alle als Lügner hinstellen will, so mag er es außerhalb des Hauses thun, damit die Sache gerichtlich zum Austrag gebracht werden kann.

Abg. Dr. Baasche (fr. Vg.): von der Rechten mit großer Lust empfangen, die während der ganzen Rede andauert. Ich gebe dem Vordrucker gern zu, daß wir alles Interesse haben, die kleinen Landwirte über ihren Gegenstand zu den Großgrundbesitzern aufzuklären und ihnen ihre besonderen Interessen zu zeigen. (Lachen rechts.)

Abg. Gothein (fr. Vg.): Herr von Treuenfels hat wörtlich gesagt, ich habe die Meinung nicht aus gegnerischen Blättern, sondern der liberalen „Pachtmer Zeitung“. Da bedauere ich, daß er sich nicht überwinden hat, daß er nicht den Mut gehabt hat, jetzt seinen Irrtum einzugehen (Lachen rechts) und diese Vorwürfe jetzt zurückzunehmen. (Bravo! links.)

Abg. v. Treuenfels (L.): Ueber das Maß von Mut und Loyalität kann ich mit Herrn Gothein nicht streiten.

Vizepräsident Dr. Baasche: Die Diskussion über diesen Punkt ist geschlossen. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Lucas (natl.): erklärt, daß die Angriffe, die Abg. Zubeil bei der zweiten Lesung des Etats gegen Beamte der Hanauer Pulverfabrik vorgebracht habe, völlig unzutreffend seien. Der eine Beamte habe nie ein Versehen erbeten oder erhalten, der andre einmal 200 M. entliehen, aber mit 5 Proz. verzinst und pünktlich nach einem halben Jahre zurückgezahlt. Ebenso stehe es mit den Behauptungen über Befehlshaber. Er habe sich für verpflichtet gehalten, die Ehre dieser tadelloser Leute hier gegen ungerechte Angriffe zu verteidigen. (Bravo! rechts.)

Abg. Zubeil (Soc.): Ich halte alle meine Angaben voll und ganz für richtig; ich habe noch gestern aus der Fabrik die Bestätigung aller d. h. erhalten, was ich hier vorgebracht habe. — Wenn aber der Abg. Lucas sich so für diese Fabrik interessiert, hätte er sich auch nach seiner Pflicht etwas um die Lage der dortigen Arbeiter kümmern können. Dann hätte er z. B. festgestellt, daß im vorigen Herbst vierzig gelernte Arbeiter aus ihrem Beruf herausgedrängt und durch ungelernete ersetzt worden sind; dann hätte er festgestellt können, daß die Zahl der wegen der Staubgefahr besonders notwendiger freien Tage verläßt, die Lieferung von Arbeitsschuhen eingestellt worden ist. — Uebrigens habe ich nicht den Abg. Lucas aufgefordert zu untersuchen, sondern die Verwaltung. Liegt ihm etwas daran, die Wahrheit zu ermitteln, so mag er mit mir auf eine ganz gründliche amtliche Untersuchung dringen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Treuenfels (L.): Ueber das Maß von Mut und Loyalität kann ich mit Herrn Gothein nicht streiten.

Vizepräsident Dr. Baasche: Die Diskussion über diesen Punkt ist geschlossen. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Lucas (natl.): erklärt, daß die Angriffe, die Abg. Zubeil bei der zweiten Lesung des Etats gegen Beamte der Hanauer Pulverfabrik vorgebracht habe, völlig unzutreffend seien. Der eine Beamte habe nie ein Versehen erbeten oder erhalten, der andre einmal 200 M. entliehen, aber mit 5 Proz. verzinst und pünktlich nach einem halben Jahre zurückgezahlt. Ebenso stehe es mit den Behauptungen über Befehlshaber. Er habe sich für verpflichtet gehalten, die Ehre dieser tadelloser Leute hier gegen ungerechte Angriffe zu verteidigen. (Bravo! rechts.)

Abg. Zubeil (Soc.): Ich halte alle meine Angaben voll und ganz für richtig; ich habe noch gestern aus der Fabrik die Bestätigung aller d. h. erhalten, was ich hier vorgebracht habe. — Wenn aber der Abg. Lucas sich so für diese Fabrik interessiert, hätte er sich auch nach seiner Pflicht etwas um die Lage der dortigen Arbeiter kümmern können. Dann hätte er z. B. festgestellt, daß im vorigen Herbst vierzig gelernte Arbeiter aus ihrem Beruf herausgedrängt und durch ungelernete ersetzt worden sind; dann hätte er festgestellt können, daß die Zahl der wegen der Staubgefahr besonders notwendiger freien Tage verläßt, die Lieferung von Arbeitsschuhen eingestellt worden ist. — Uebrigens habe ich nicht den Abg. Lucas aufgefordert zu untersuchen, sondern die Verwaltung. Liegt ihm etwas daran, die Wahrheit zu ermitteln, so mag er mit mir auf eine ganz gründliche amtliche Untersuchung dringen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Treuenfels (L.): Ueber das Maß von Mut und Loyalität kann ich mit Herrn Gothein nicht streiten.

Vizepräsident Dr. Baasche: Die Diskussion über diesen Punkt ist geschlossen. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Lucas (natl.): erklärt, daß die Angriffe, die Abg. Zubeil bei der zweiten Lesung des Etats gegen Beamte der Hanauer Pulverfabrik vorgebracht habe, völlig unzutreffend seien. Der eine Beamte habe nie ein Versehen erbeten oder erhalten, der andre einmal 200 M. entliehen, aber mit 5 Proz. verzinst und pünktlich nach einem halben Jahre zurückgezahlt. Ebenso stehe es mit den Behauptungen über Befehlshaber. Er habe sich für verpflichtet gehalten, die Ehre dieser tadelloser Leute hier gegen ungerechte Angriffe zu verteidigen. (Bravo! rechts.)

Abg. Zubeil (Soc.): Ich halte alle meine Angaben voll und ganz für richtig; ich habe noch gestern aus der Fabrik die Bestätigung aller d. h. erhalten, was ich hier vorgebracht habe. — Wenn aber der Abg. Lucas sich so für diese Fabrik interessiert, hätte er sich auch nach seiner Pflicht etwas um die Lage der dortigen Arbeiter kümmern können. Dann hätte er z. B. festgestellt, daß im vorigen Herbst vierzig gelernte Arbeiter aus ihrem Beruf herausgedrängt und durch ungelernete ersetzt worden sind; dann hätte er festgestellt können, daß die Zahl der wegen der Staubgefahr besonders notwendiger freien Tage verläßt, die Lieferung von Arbeitsschuhen eingestellt worden ist. — Uebrigens habe ich nicht den Abg. Lucas aufgefordert zu untersuchen, sondern die Verwaltung. Liegt ihm etwas daran, die Wahrheit zu ermitteln, so mag er mit mir auf eine ganz gründliche amtliche Untersuchung dringen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

die Torpedoboote sind aus der Flottenvorlage ausdrücklich herausgenommen.

Abg. Kossel (Soc.): Bei der zweiten Lesung bestritt der Staatssekretär die Angaben meines Fraktionsgenossen Legien, daß auf manchen Marineverwaltungen Löhne gezahlt würden, die geringer seien als die ortsüblichen Tagelöhne. Nun ist Gaarden am 1. April 1901 Kiel einberufen worden. Es werden aber nicht die in Kiel ortsüblichen Tagelöhne gezahlt und auch bei Gewährung von Renten nicht berechnet. Ich bitte den Herrn Staatssekretär dafür zu sorgen, daß die Arbeiter dort zu ihrem Rechte kommen.

Damit schließt die Generaldiskussion.

Zu den Ausgaben für Offiziergehälter beantragen Dr. Spahn und Genossen, 50 in der zweiten Lesung abgelehnte Offiziersstellen nachträglich zu bewilligen sowie einige andre Verschreibungen im Etat vorzunehmen.

Abg. Dr. Spahn (L.): In der Kommission wurden die Forderungen der Marineverwaltung mit der festgelegten Vermehrung des Offiziercorps auf Grund des Flottengesetzes begründet. Seitdem haben wir uns überzeugt, daß besondere Gründe vorliegen, jetzt eine stärkere Vermehrung vorzunehmen. Eine größere Belastung des Etats entsteht dadurch nicht, da wir an anderer Stelle wieder Abstriche gemacht haben und 140 Lieutenantsstellen nur auf ein halbes Jahr bewilligen.

Staatssekretär v. Tirpitz bittet den Antrag anzunehmen, der zwar nicht alle Forderungen der Marineverwaltung erfüllt, aber immerhin es erleichtere, die nötige Zahl von Offizieren zur Besetzung der erforderlichen Stellen heranzubilden.

Nachdem Graf Oriola (natl.) und Abg. v. Normann (L.) für den Antrag eingetreten sind, wird dieser mit großer Mehrheit angenommen.

Der Rest des Etats wird debattelos nach den Beschlüssen der zweiten Lesung bewilligt.

Es folgt der Etat des Reichs-Justizamts.

Abg. Singer (Soc., zur Geschäftsordnung): Da ich annehmen darf, daß dieser Etat und namentlich die von uns eingebrachte Resolution über den Strafvollzug längere Zeit in Anspruch nehmen wird, möchte ich beantragen, entweder diesen Etat bis Freitag zurückzustellen oder die Resolution abzutrennen und nach Schluß der Beratung dieses Etats gesondert zu verhandeln.

Abg. Dr. Spahn (L.) würde lieber der letzteren Anregung zustimmen.

Präsident Graf Ballestrem: Wir würden dann also jetzt in die Beratung des Justizetats eintreten und die Resolution am Ende der Staatsberatung besprechen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Normann (L.): Wir können der Anregung des Abgeordneten Singer nur dann Folge geben, wenn die Resolution nicht erst am Ende des Justizetats, sondern am Ende des gesamten Etats gesondert beraten wird.

Abg. Singer (Soc.): Wenn wir nach den Vorschlägen des Herrn v. Normann verfahren, bestände die Gefahr, daß diese Resolution erst nach Pfingsten mit den übrigen Resolutionen zusammen verhandelt werde. Wenn wir sie aber jetzt trennen und nach Beendigung des Justiz-Etats beraten, so würde den Interessen des Hauses ebenso wie der Sache gedient.

Präsident Graf Ballestrem: Dann würde ich Ihnen vorschlagen, den Justiz-Etat zurückzustellen, ihn am Freitag mit freieschen Kräften in Angriff zu nehmen (Heiterkeit) und heute mit dem Etat des Reichs-Justizamts fortzufahren.

Das Haus stimmt dem Vorschlag des Präsidenten zu.

Der Etat des Reichs-Justizamts wird debattelos bewilligt.

Beim Etat des Reichs-Eisenbahnamts legt Abg. Stolle (Soc.) an der Hand der Statistik die Ueberlastung und ungenügende Bezahlung der Eisenbahnarbeiter dar. In unmittelbarer Nähe des Reichs-Eisenbahnamts am Lehrter Bahnhof kämen sehr niedrige Löhne und mecht lange Arbeitszeiten bis zu 21 Stunden ununterbrochen vor. Die Betriebsverhältnisse bei der Stadtbahn seien für die Arbeiter so ungünstig, daß schon ein bürgerliches Blatt sie kritisiert hätte. Die Sicherheit im Eisenbahnbetriebe sei namentlich für die Arbeiter überall mangelhaft. Schuld an allen diesen Mängeln sei das Prinzip der preussischen Sparamkeit, das hier am unrechten Platz angewandt werde. So habe es in Sachsen zwei schwerere Unfälle verschuldet. Bei dem Unglück in Kirchberg ist zwar die Schuld des Lokomotivführers erwiesen worden; aber zugleich hat man festgestellt, daß mit schlechtem Material und mit zu viel Achsen gefahren worden ist. Ferner haben die verletzten Eisenbahner sehr häufig eine zu geringe Rente erhalten. Endlich muß das Reichs-Eisenbahnamt darauf dringen, daß durch Unterführungen der Verlebr an den Bahnübergängen gefördert wird. Selbst in der Nähe von Berlin entsteht häufig ein großes Verkehrshindernis durch die offenen Bahnübergänge, durch die auch zugleich die Betriebssicherheit leidet. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Reichs-Eisenbahnamts v. Schulz: Die Betriebssicherheit bei den deutschen Bahnen nimmt nicht ab, sondern zu. Auf 10 Millionen Zugkilometer kamen vor 20 Jahren 33 Unfälle, heute nur noch 12. Wir lesen den „Bedruff“ der Eisenbahner und kontrollieren alle Fälle, die darin namhaft gemacht werden. Man muß aber die erwählten Fälle mit großer Vorsicht aufnehmen. Offene Bahnübergänge haben wir in den letzten sieben Jahren 1704 beseitigt. Wir geben uns nach dieser Seite die größte Mühe.

Abg. Stolle (Soc.): Die Unfälle sind auf den preussischen Bahnen viel zahlreicher als auf den übrigen deutschen Bahnen. Preußen nimmt für seinen Bahnbau viel zu geringes Material, gerade als wenn man dies auf Ausnahmestagen laufe. Redner führt zum Beweise einige Zahlen an. In Magdeburg werden die dortigen Eisenbahner von dem Konsumverein ferngehalten, man kontrolliert dort die Zeitungen, die sie lesen. Andererseits hat man den Eisenbahner drei Millionen für Wohlfahrtszwecke bewilligt. Das ist die Politik von Beitzsche und Zunderbröt, die wir uns nicht gefallen lassen dürfen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Schulz bestritt, daß die preussischen Bahnen hinsichtlich der Betriebssicherheit schlechter ständen.

Damit schließt die Debatte. Der Etat des Reichs-Eisenbahnamts wird bewilligt.

Beim Etat der Reichs-Post-Verwaltung erklärt Abg. v. Gerlach (fr. Vg.), daß er angesichts der Geschäftsverhältnisse des Hauses darauf verzichte, die zahlreichen ihm zugegangenen Beschwerden von Postbeamten hier vorzutragen. Er wolle nur zwei allgemeinere Fragen hier vorbringen. Die Mitgliedschaft im Konsumverein Deutschland-Magdeburg ist den Eisenbahnbeamten und Arbeitern unterlagt worden, weil der Vorstand aus Sozialdemokraten besteht. (Abg. Gamp ruf: Sehr gut!) Das erscheint uns als völlig unberechtigter Eingriff in die staatsbürgerlichen Rechte der Postbeamten. (Sehr wahr! links.) Wer kann es den Postbeamten verdenken, wenn sie ihre außerordentlich knappen Bezüge, die auch in diesem Etat wieder nicht um mindesten erhöht sind, durch etwas billigeres Leben mit Hilfe des Konsumgewinns erhöhen wollen? Der zweite Punkt betrifft die Verteilung der bekannten Broschüre des Professors Gilmard „Die deutschen Kriegervereine, ihr Wesen und ihre Bedeutung für den Staat“. Sie wird unentgeltlich versandt, und die Beamten beschwerten sich darüber, daß es ihnen aufgedrängt wird. Wenn auch die Kriegervereine etwas ganz Gutes sein mögen, so soll man doch auch etwas Gutes nicht mit schlechten Mitteln zu fördern suchen. Diese Broschüre trägt von Unwahrheiten und offenbarem Schwindel über die Sozialdemokratie und ist ganz im Sinne des samosen neuen Reichsverbandes verfaßt. Ich bitte den Staatssekretär, mir auf beide Fälle Auskunft zu geben.

Staatssekretär des Reichs-Postamts: Ich habe die Verfügung der Oberpostdirektion Magdeburg rüchtig. Vorstand, Aufsichtsrat und Majorität der Mitglieder des Magdeburger Konsumvereins sind Sozialdemokraten und es ist nicht vereinbar mit der Stellung eines Beamten, einem solchen Verein anzugehören. (Abg. v. Gerlach: Auch für Arbeiter.) Ja, auch für Arbeiter.

Abg. Koyfch (fr. Sp.) führt Beschwerde über den Postdirektor Wiber in Jittau. Dieser habe die Beamten angewiesen, gegenständig ihr Privatleben zu überwachen und verweigere in ähnlicher Weise den Urlaub.

Staatssekretär Kräfte erklärt, daß es möglich gewesen wäre, wenn der Redner den einzelnen Fall in einer schriftlichen Beschwerde mitgeteilt hätte.

Abg. v. Gerlach (L.) bedauert im Auftrage seiner Fraktion die Ablehnung der Ostmarkenzulage für die Postbeamten. Die Postbeamten empfinden den Beschluß als eine große Ungerechtigkeit. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Reventlow (Antif.) tritt für eine praktische Kopfbedeckung der Postboten ein und legt eine Probe mit auf den Tisch des Hauses. Redner bittet, den Postagenten Pensionsberechtigung zu gewähren und ersucht den Staatssekretär, die vom Reichskanzler nicht beantwortete Frage zu beantworten, wie es mit den unentgeltlichen Zuwendungen des Reichs an das „Vollstättige Telegraphen-Bureau“ stehe. Diese Zuwendungen bedeuteten eine Schwächung der Reichsfinanzen, und da sie vom Reichstag nicht ausdrücklich genehmigt seien, seien sie auch etatsrechtlich nicht ganz unbedenklich. Redner meint, daß auch eine kurze Verührung der marokkanischen Frage in engstem Zusammenhang mit dem Post-Etat stehe, da Marokko zum Weltpostverein gehöre. (Heiterkeit.) In Marokko stehen Lebensinteressen des deutschen Volkes auf dem Spiel. Stetig vernehme ich das deutsche Volk und somit auch der Weltpostverkehr. Wir müssen uns deshalb neues Gebiet erschließen und nicht warten, auch vom Postinteresse aus, bis die Welt verteilt ist. Der Staatssekretär soll deshalb den Reichskanzler fragen, ob es sich lohnt, um Marokko willen das Schwert zu ziehen, mit der Entschiedenheit, die sich für eine Großmacht ziemt.

Abg. v. Elm (Soc.): Auf die Anfrage des Herrn v. Gerlach bezüglich des Vorgehens der Postbehörde gegenüber dem Vorstand des Konsumvereins in Magdeburg-Kleist erklärte der Staatssekretär, daß dieses Vorgehen ein ganz natürliches sei, da der Vorstand des Konsumvereins sich in sozialdemokratischen Händen befände. Ich möchte den Herrn Staatssekretär zunächst fragen, woher er diese Kenntnis hat. Ich meinerseits, der ich die Konsumvereine und deren Leitung ziemlich genau kenne und wiederholt in Magdeburg gewesen bin, kann nur erklären, daß mir nichts davon bekannt ist, daß sämtliche Mitglieder des Vorstandes des Konsumvereins Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind. Es wird bei den Vorstandswahlen auch nicht gefragt, ob der Kandidat ein Sozialdemokrat ist, sondern nach dem Grundjahre verfahren, daß der Tüchtigste und Beste in den Vorstand gehört. Der Magdeburger Konsumverein hat auch eine sehr große Bibliothek und an ihrer Spitze standen einige Lehrer, die sicherlich, obwohl sie gewissermaßen zum Vorstand des Vereins gehörten, nicht Sozialdemokraten sind, im Gegenteil mehrfach öffentlich gegen die Sozialdemokratie aufgetreten sind. Auch diese Lehrer sind veranlaßt worden, ihre Posten als Verwalter der Bibliothek niederzulegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Konsumverein in Magdeburg ist ein solcher, der seinen Mitgliedern ganz bedeutenden Nutzen bringt. Er hat über 17 000 Mitglieder, 55 1/2 Millionen Mark Umsatz, hatte im letzten Jahre 59 000 M. Ueber- schuß und gab 9 1/2 Proz. Dividende. Das Verbot der Zugehörigkeit zu ihm ist also eine schwere materielle Schädigung der Postbeamten. Denn der Nutzen beträgt pro Mitglied 30 Mark jährlich und da der größte Teil der Postbeamten verheiratet ist, ist der Nutzen zweifellos noch höher, 40 bis 45 Mark jährlich. Nur ließe sich ja über das Verbot reden, wenn den Postbeamten und Arbeitern gleichzeitig soviel an Lohn und Gehalt zugelegt worden wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist der Regierung aber keineswegs eingefallen. Der Konsumverein ist auch ein sehr guter Steuerzahler. Er hat in den letzten fünf Jahren 388 000 M., im letzten Jahre 70 000 M. an Steuern gezahlt. Deshalb sind auch die Behörden in Magdeburg — und das ist das Charakteristische — mit dem Vorgehen der Regierung gar nicht einverstanden.

Oberbürgermeister Fischer in Magdeburg hat das Vorgehen der Behörden, nicht nur der Post-, sondern auch der Eisenbahnverwaltung, als einen Eingriff in die persönliche Freiheit des einzelnen bezeichnet, der nicht entschieden genug zurückgewiesen werden könnte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Stadtverordnete Landsberg, auch kein Sozialdemokrat, erklärte diesen Eingriff für einen Akt schärfsten Terrorismus seitens der Behörden. Schon daraus können Sie sehen, wie wenig die Genossenschaftsbewegung mit einer politischen Partei gemein hat. Die Genossenschaften unterscheiden ja auch dem Genossenschaftsgesetz, das ihnen unterliegt, parteipolitische Bestrebungen zu haben oder zu unterstützen. Und bei der bekannten Vorliebe der Behörden für die Konsumvereine ist es selbstverständlich, daß diese den gesetzlichen Bestimmungen stets nachkommen sind und keine Handlung begangen haben die als Förderung der sozialdemokratischen Partei ausgelegt werden könnte. Die Konsumvereine stehen auf rein wirtschaftlicher Basis, und es ist unbillig, sie deswegen der Sozialdemokratie zuzurechnen, weil Sozialdemokraten unter ihren Mitgliedern sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Deshalb treten auch eine große Anzahl von Personen für sie ein, die nicht das geringste mit der Sozialdemokratie zu thun haben, sondern ihre schärfsten Gegner sind. So hat sich der „Verein für Sozialreform“, den Sie ja kennen und dem Herren von der Rechten dieses Hauses angehören, in einer Ausschussung im März d. J. mit den Konsumvereinen beschäftigt und nach eingehender Debatte eine Resolution angenommen, die es für das unbestreitbare Recht jedes Arbeiters und Menschen erklärt, die Vorteile der Gefesigung auszunutzen und sich genossenschaftlich zu organisieren. Sie wirkten damit zugleich n u b r i n g e n d für die ganze Gesellschaft. (Sehr wahr! links.) Auch der frühere Minister v. Bertauch hat sich in einem längeren Vortrag über diese Frage geäußert. Er hat ausgesprochen, daß eine solche Bekämpfung der Arbeiter-Konsumvereine sehr gefährlich sei; man fördere damit die Sozialdemokratie, statt sie zu bekämpfen. Glaubt die Regierung wirklich Vorbeeren zu ernten, wenn sie mit so kleinen Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie zu Felde zieht. In Magdeburg hat sie eine Erbitterung ohnegleiches unter den Beamten und Arbeitern hervorgerufen, und sie darf sich nicht wundern, wenn infolge dieser Chikanen die Stimmen der Sozialdemokratie bei den nächsten Reichstagswahlen weiter wachsen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Auf eine Anregung des Abg. v. Treuenfels (L.) äußert sich der Staatssekretär Kräfte über die Lage der Postagenten. Da diese nur nebenamtlich beschäftigt wären, so könne ihr Gehalt nur mäßig sein und eine Pensionierung könnten sie nicht erhalten.

Abg. Reus (Soc.): Ich muß feststellen, daß der Staatssekretär auf meine Beschwerde wegen Magdeburg keine Antwort gegeben hat. Er ist dazu aber nicht im Stande. Ich betone, es giebt keine sozialdemokratischen Konsumvereine. In Belgien ist dies anders. Dort sind die Konsumvereine politisch, sowohl die katholischen wie die sozialdemokratischen. Wir deutschen Sozialdemokraten wollen von einer Vermengung von Partei und Konsumvereinen nichts wissen. Wir bringen in Konsumvereinen nur das wirtschaftliche Prinzip zur Entwicklung, wenn dies auch zum Sozialismus hinzieht. Bei den Konsumvereinen, die von Konser- dativen gegründet worden sind, ist dieselbe Entwicklung zum Sozialismus vorhanden. Sonst wird uns Sozialdemokraten vorgeworfen, wir sämmeren uns nur um den Juhannisstaat und nicht um die Gegenwart. Wo wir dies aber thun, stört uns die Regierung. In Magdeburg beträgt sie uns und die Beamten um die wirtschaftlichen Vorteile. Wir verlangen nur Recht und Gerechtigkeit. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Prä. Graf Ballestrem: Es hat sich niemand mehr gemeldet. (Zuruf des Abg. Reus: Er weiß nichts.)

Staatssekretär Kräfte bittet in zwölfter Stunde um Wiederherstellung der in zweiter Lesung gestrichenen Ostmarkenzulage für die Postbeamten. Da aber niemand aus dem Hause Miene macht, einen solchen Antrag zu stellen, so bleibt es bei der Streichung.

Der Post-Staat wird ohne weitere Debatte zu Ende geführt. Die weitere Beratung des Staats wird auf Freitag 1 Uhr vertagt. (Außerdem: Gesetzentwurf betreffend die Entschädigung unschuldig Verhafteter; ferner Gesetzentwurf betreffend die Entlastung des Reichsgerichts in Verbindung mit einem Initiativantrag Span (C), Dr. Sattler (natl.), v. Kardorff (Sp.), v. Normann (L) und Dr. Müller-Sagan (frj. Sp.) über den gleichen Gegenstand. Schluß 7 Uhr.

Im Bericht über die gestrigen Reichstagsverhandlungen ist die Rede des Abg. Lipinski (Soz.) in ihrem ersten Satz unrichtig wiedergegeben. Er muß lauten:

„Seit den Erhebungen über die Lage der Handelsangestellten im Jahre 1892 hat die Gesetzgebung die soziale Lage der Handelsangestellten zu heben versucht, so bei der Revision des Handelsgesetzbuches, durch den Erlass der Rummel-Ladenschluß-Novelle und durch die Verordnung betr. Schaffung von Sitzgelegenheit für die Verkäuferinnen; hierbei ist man aber auf halbem Wege stehen geblieben.“

Die Polemik des Staatssekretärs Grafen Posadowsky richtet sich dann nicht gegen den Abg. Lipinski, sondern gegen den Abg. Drejski (Soz.).

## Herrenhaus.

13. Sitzung vom 11. Mai, mittags 12 Uhr.

Am Ministertische: Herr v. Rheinbaben, Dr. Studt, v. Podbielski.

Auf der Tagesordnung steht die

### Staatsberatung.

Nach einem kurzen Bericht des General-Verichterstatters der Kommission, Grafen von Königsmark, wird die Generaldebatte eröffnet.

### Graf Forst v. Wartenberg

äußert staatsrechtliche Bedenken gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes. Diese Aufhebung hat in der evangelischen Bevölkerung viel Staub aufgewirbelt; man befürchtet, daß noch weitere katholische Forderungen erfüllt werden. Ist man doch schon so weit gegangen, auch die Marianischen Kongregationen zuzulassen. Wenn nicht auf dem hier betretenen Wege inne gehalten wird, ist eine Gefährdung des nationalen Lebens unvermeidlich. (Beifall.)

### Professor Löning-Halle:

Ich kann die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes nicht bedauern. Ich habe diesen Paragraphen von jeher für ungerecht, ungewollt und gehässig gehalten. Der Friede unter den Konfessionen muß erhalten werden. (Bravo!) Wer heute verhandelnd zwischen den Konfessionen wirkt, der verrät das Vaterland. (Bravo!) Um diesen Frieden zu erhalten, muß § 1 des Jesuitengesetzes bestehen bleiben, denn der Orden der Gesellschaft Jesu ist eine Kampforganisation. Auch die Zulassung der Marianischen Kongregationen steht mit dem Geiste dieses § 1 des Jesuitengesetzes in Widerspruch. (Ministerpräsident Graf Bälou betritt den Saal.) Die Regierung kann nicht verhindern, daß auf diese Kongregationen ein geheimer Einfluß durch den Jesuitenorden ausgeübt wird. (Lebhafter Beifall.)

### Kardinal Kopp:

Wir Katholiken haben uns nur mit Mühsicht auf das Empfinden unserer evangelischen Mitbürger berufen lassen, unsere weitgehenden Wünsche zurückzustellen, wir haben uns soweit wie möglich beschränkt und sind zurückgegangen auf nur eine einzige Bestimmung, den § 2 des Jesuitengesetzes. Aber um von uns zu verlangen, daß wir für alle Zeiten auf jeden weiteren Wunsch verzichten, das ist doch zu viel verlangt. Sie sind doch alle mehr oder weniger Anhänger der Entwicklungslehre, manche mehr als es sich mit der Wahrheit — mit der Wirklichkeit vereinbaren läßt. Ueberall wo ein lebendiger Organismus ist — und auch die Kirche ist ein lebendiger Organismus — überall da giebt es auch fortschreitende Entwicklung. Will Graf Forst die Entwicklung auf diesem Gebiet petrefizieren? — Mit den Intentionen des Fürsten Bismarck steht die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes durchaus nicht im Widerspruch wie Graf Forst meinte. Ich bin überzeugt, daß wenn es dem Fürsten Bismarck vergönnt gewesen wäre, noch einige Jahre länger die inneren Geschicke des Landes zu leiten, das deutsche Volk schon zehn Jahre früher Gelegenheit gehabt hätte, das Wirken der Jesuiten kennen zu lernen. Auch die heilige Sehnsucht des größten Königs, des Begründers des Deutschen Reiches war es, den Frieden unter den Konfessionen herzustellen. Wir haben in sein mildes väterliches Auge geschaut, als er an seinem Jubiläumstage die Herstellung dieses Friedens inaugurierte. — Ich habe in den Reden der Herren Vorredner irgend eine sachliche Begründung für die Erregung der evangelischen Bevölkerung vernimmt. Was haben denn die Katholiken von der Aufhebung des § 2. Nichts weiter als daß ihre Brüder, ihre Söhne, ihre Verwandten nicht mehr wie Zuchthausler behandelt werden, daß wenn sie zu ihnen kommen, nicht immer der Gendarm hinter ihnen ist. Und darum diese Aufregung? Da kann es sich doch nur um Mißverständnisse handeln. — Herr v. Gerlach hat seiner Zeit im Abgeordnetenhaus gesagt, wenn die Katholiken national würden, so würde man Hekatomben opfern. Nun, die Katholiken haben 17 Jahre lang ihr nationales Bewußtsein bewiesen, der verkorene Sohn hat 17 Jahre lang den Vater Staat gebeten, jetzt wird die Staatsfür ein wenig geöffnet und was kommt zum Vorschein? ein ganz ungerades Kath. (Heiterkeit.) — Das Wesen der Marianischen Kongregationen hat man verkannt. Um gegen den Unsturz wirklich zu kämpfen, genügt die Gemeindefürsorge nicht, es muß die Standesfürsorge hinzukommen, das sind die Kongregationen, nicht nur für Schüler, sondern auch für Studenten. Gegenüber den Behauptungen, daß die Marianischen Kongregationen unter der Leitung des Jesuiten-Generals ständen, bin ich in der Lage, einen Brief des Vater-Generals der Gesellschaft Jesu Ihnen vorzulegen, der folgenden Passus enthält: „Seit dem Erlass über die Zulassung der Marianischen Kongregationen unter den katholischen Schülern an öffentlichen Lehranstalten und seit der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes sind eine Reihe von Kundgebungen an die Öffentlichkeit gelangt, welche diese Kongregationen als eine Gründung der Gesellschaft Jesu bezeichnen und als unter der Leitung des Ordens stehend ausgeben. Gegenüber diesen ganz haltlosen, unwahren und aufreizenden Behauptungen sehen wir uns veranlaßt, zu erklären: 1. Der General der Gesellschaft Jesu hat nicht die Leitung der Marianischen Kongregationen in den Händen. 2. Die Errichtung der einzelnen Kongregationen ist unabhängig von der Zustimmung des Vater-Generals. Dies zur Steuer der Wahrheit.“

Ich schließe mit dem Wunsch, daß das hohe Haus wie früher so auch diesmal das Del des Friedens auf die hochgehende Bewegung ausgleichen möge. (Lebhafter Beifall.)

### Kultusminister Dr. Studt

verteidigt gegenüber dem Grafen Forst v. Wartenberg die Wiederzulassung der Marianischen Kongregationen und die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes.

### Professor Löning-Halle:

Ich gebe Seiner Eminenz dem Herrn Kardinal Kopp gern zu, daß die Anhänger der katholischen und evangelischen Kirche sehr wohl einen gemeinsamen Boden haben, auf dem sie zusammenwirken können für die Kirche und für den Frieden in unserem Vaterlande. (Lebhafte Bravo!) Kardinal Kopp, der vor dem Redner sitzt, dreht sich um und schüttelt dem Redner die Hand.) Ich hatte gehofft, daß durch die Ausführungen Seiner Eminenz die Beschränkungen, die ich über den Zusammenhang der Marianischen Kongregationen mit dem Jesuitenorden geführt hatte, widerlegt werden würden. Das ist aber nicht geschehen. Nach Bestimmungen des Papstes Gregor XIII. stehen alle Kongregationen, die der Prima primaria angegeschlossen sind, unter der Leitung des Jesuiten-Generals. Ich frage Seine Eminenz: „Ob die Bestimmungen noch heute zu Recht bestehen.“

### Kardinal Kopp:

Ich kann auf die Frage des Herrn Professors Löning erwidern, daß tatsächlich alle diese Beziehungen des Jesuiten-Generals nicht mehr bestehen. (Professor Löning: Rechtlich?) Auch rechtlich nicht. Der Vater-Generale ist nicht berechtigt zu einer Art Aufsicht, zu einer Art Leitung, zu einer Art Revision in den Marianischen Kongregationen.

Damit schließt die kirchenpolitische Debatte.

Es folgen allgemeine Erörterungen.

### Graf Hohenthal

führt Beschwerde darüber, daß die Kündigung der Handelsverträge noch immer nicht erfolgt ist. Die zarte Pflanze des Vertrauens der erwerbenden Stände zur Regierung bedarf dringend der Ansehung. — Was die Belämpfung der Sozialdemokratie anlangt, so halte ich, wenn ich auch prinzipiell ein Gegner von Ausnahmemaßnahmen bin, doch nach den Erfahrungen mit dem Vereinsgesetz, der Umsturzvorlage u. d. d. diesen Weg nicht für praktisch. Wenn man nach dem starken Mann ruft, so verweise ich darauf, daß für Preußen der starke Mann der König ist. Die folgenden Ausführungen des Redners bleiben bei der großen Unruhe des Hauses auf der Tribüne unverstanden.

### Freiherr v. Manteuffel:

Es ist sehr bedauerlich, daß wir gezwungen sind, den Etat wieder so spät zu verabschieden. Das Abgeordnetenhaus trägt die Schuld. Es hat 50 1/2 Sitzungen an den Etat verschwendet. Ich muß dabei an eine Rede Ciceros, der wohl selber ein hartnäckiger Dauerredner war (Heiterkeit) — erinnern, an seine Rede de eloquentia. Er sagte dort folgendes: — Redner verliest den lateinischen Satz. (Heiterkeit. Rufe: Deutsch!) Na, das können Sie doch selber übersetzen! (Erneute Heiterkeit. Wiederholte Rufe: Reiz!) Das ist aber doch ein testimonium paupertatis. (Große Heiterkeit.) Also ich will es übersetzen: Oft und viel habe ich darüber nachgedacht, ob das Studium der Eloquenz (Ruf: deutsch!) Heiterkeit) Veredamtheit und die Fälle der Rede den Menschen und den Staaten mehr Gutes oder Böses zugefügt hat. Diese Abhandlung sollte man über alle Säle von Parlamenten schreiben, zugleich mit der Antwort: Ohne Zweifel mehr Böses!

Am 1. Mai vorigen Jahres wurde hier ein Antrag verhandelt über die Kündigung der Handelsverträge. Die Verhandlung war ja insofern merkwürdig genug, als das Staatsministerium in corpore den Saal verließ. Aber ich nehme an, daß die Herren trotz ihrer Abwesenheit wissen, daß ein Antrag auf baldige Kündigung der Handelsverträge mit großer Mehrheit angenommen wurde. Trotzdem ist bis heute noch nicht das geringste auf diesem Gebiete geschehen. Wir sind durchaus überzeugt, daß Landwirtschaft, Industrie und Handel zusammenhalten müssen, daß nichts verderblicher wäre, als eine Feindschaft zwischen diesen drei großen Ständen, schon mit Rücksicht auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie. Ich bin weit davon entfernt, an den Herrn Reichskanzler die Frage zu stellen, wann er die Verträge kündigen und neue vorgelegt will. Ich bin nicht gewillt, seine Stellung, die an und für sich gewiß dornenvoll und nicht beneidenswert ist (Sehr richtig!), durch eine derartige Anfrage irgendwie zu erschweren. Aber ich muß ihn doch bitten, daß er in nicht zu langer Zeit uns Gewißheit in diesen vitalen Fragen verschafft. Es wäre eine schöne Gabe für den Reichstag und für das ganze deutsche Volk, wenn zu dem Zeitpunkt, wo der Reichstag wieder zurückkehrt zu seinen Arbeiten, der Reichskanzler die Mitteilung machen könnte: die und die Handelsverträge, wozu möglich alle (Heiterkeit), sind abgeschlossen, da und da bin ich genötigt gewesen, die Verträge zu kündigen, da ich eine vertragslose Zeit für besser hielt als den Abschluß für die Landwirtschaft ungünstiger Verträge. Wenn er das sagen könnte, würden wir ihm zu großem Danke verpflichtet sein. (Bravo!) Der Herr Ministerpräsident wolle sich darüber nicht täuschen, daß die Stimmung im Lande eine günstige nicht ist. Nach den vielfachen Versprechungen, die gewiß in gutem Glauben gegeben sind, denen aber bis jetzt keine Thaten gefolgt sind, ist diese Stimmung nachgerade eine äußerst bedenkliche geworden. Die Bestätigung dafür haben Sie bei den Wahlen. Wenn so viele sozialdemokratische Stimmen auf dem Lande abgegeben worden sind, so liegt das nicht daran, daß die Leute Sozialdemokraten sind, sondern daran, daß sie mit der Regierung unzufrieden sind. (Sehr richtig!) Es haben sozialdemokratisch gestimmt vielfach der kleine Besizer, der Köstler, der Gärtner, ja sogar der Bauer, während der Tagelöhner, wenigstens da, wo eine vernünftige Herrschaft sein Brotgeber ist, sich korrekt benommen und nicht sozialdemokratisch gestimmt hat.

Die Mißstimmung zu beseitigen, wird nur möglich sein, wenn die Regierung mutig und zielbewußt vorgeht. Warum hat die Regierung bei den Wahlen keine Parole ausgegeben, dem neuen Reichstag kein Programm vorgelegt? Ich will offen aussprechen, daß ich den Abschluß von Handelsverträgen für so wichtig halte, daß ich erkläre, sie entscheiden über unsere politische Zukunft. Ich gehe so weit zu sagen, so wie sich die Dinge jetzt gestaltet haben, müssen wir es vermeiden bevor die Entscheidung über die Handelsverträge gefallen sind, wichtige innerpolitische Vorlagen im Staat oder Reich durchzuführen. (Rufe: Aha! Kanalvorlage.) Wie die finanzielle Lage jetzt ist, kann man irgend eine positive Politik nicht treiben, man muß die Erträge aus dem Zolltarif abwarten.

Weiter muß gegen die Sozialdemokratie mit aller Energie vorgegangen werden. In diesem Kampfe ist die Regierung der Befolgenschaft aller staatsbehaltenden Parteien sicher. Dazu ist notwendig die Herstellung des konfessionellen Friedens und eine gewisse Beschränkung, die sich die bürgerlichen Parteien aufzulegen haben. Ich erinnere an das selbstlose Vorgehen der Konservativen im Frankfurter Wahlkampf. Es ist zu hoffen, daß er zu einem guten Ende führen wird, aber man kann dann selbstverständlich auch gegenteilige Leistungen von den andern Parteien erwarten. Noch ist der Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht zu spät. Sie ist die gefährlichste Krankheit, die am Staatsorganismus nagt. Wo man eine solche Epidemie bekämpfen will, da darf man sich bei der Desinfektion nicht darum kümmern, ob es diesem und jenem Nachbar übel riecht. Man muß energisch und zielbewußt vorgehen. Ich habe mir auf Grund einer umfangreichen Lektüre die folgenden als die vornehmsten Gebote der Sozialdemokratie notiert: 1. Verachte jede Regierung! 2. Ehre den König nicht! 3. Dein Vaterland sei Dir total gleichgültig! Diese Lehren werden in gewissenloser und ungläublich rücksichtsloser Weise allenthalben dem Volke eingeprägt. Nun sagt man: die Sozialdemokratie sei nur mit geistigen Waffen zu bekämpfen. Ja — kämpfen Sie mal mit geistigen Waffen, wo es sich um eine auf verhältnismäßig niedriger Bildungstufe stehenden Klasse handelt. Die Sozialdemokratie sieht die Lage nach keiner Richtung. Sie wendet sich an die niedrigsten Empfindungen des Volkes, sie reizt die Eifersucht und erregt gerade das, was niedergehalten werden soll, dadurch, daß sie zeigt, was alles unter ihrer Führung zu erreichen wäre, selbst für den ärmsten Mann. Die oft ist nicht in Versammlungen von der Fürsorge für die Arbeiter, von der Krankenversicherung, der Unfallversicherung usw. die Rede gewesen, daß das alles durchgeführt sei auf Anregung der Regierung unter Zustimmung der staatsbehaltenden Parteien gegen die Sozialdemokratie. Das hat gar keinen Eindruck auf die Massen gemacht. Also, wo kommen wir hin mit den geistigen Waffen? Hat doch neulich wieder der Abg. Vebel im Reichstag gesagt: Das Konstruktivgesetz, das doch wahrhaftig milde genug gehalten ist, macht die preussischen Landarbeiter völlig rechtlos und hörig. Mit einer solchen Rede gehen dann natürlich die Agitatoren auf das platte Land. Wenn diese Art der Agitation nicht eingedritt werden. Wenn man gegen die Polen so viel Mut hat, durch die doch ein viel geringerer Schaden angerichtet wird, so sollte man den Mut der Ausnahmemaßnahme auch gegen die Sozialdemokratie haben. Die Wirkung des Dresdener Parteitages wird bei den nächsten Wahlen nicht im geringsten mehr zu verspüren sein, und auch die Reden des Herrn Reichskanzlers, die ich ja mit Bewunderung gelesen habe, werden auch bis zu den nächsten Wahlen verschlungen sein und keinen dauernden Einfluß auf die

Chancen der Sozialdemokratie ausüben. Die That der Fabrikanten in Grimmisschau, die sich nicht haben unterliegen lassen, hat sicher einen viel verderblicheren Einfluß auf die Sozialdemokratie gehabt, als die Reden des Herrn Reichskanzlers. (Sehr richtig!) Es ist bezeichnend, daß die beiden letzten Wahlen in Kreisen, die nicht fern von Grimmisschau liegen, ungünstig für die Sozialdemokratie ausgefallen sind. Wir stehen mitten im Kampf gegen die Sozialdemokratie und ich verlange gewiß nicht, daß man die Waffen verläßt, mit denen man sie bekämpfen will, aber ich rufe den Herrn Reichskanzler zu: Verlassen Sie endlich die zahme Defensive und gehen Sie zu einer schneidigen Offensive über. Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Thaten sehen. (Beifall.)

### Graf v. Mirbach:

Die Reichsverdrossenheit, von der neulich im Reichstag sogar ein Bundesvertreter sprach, ist lediglich zurückzuführen auf das Anwachsen der Sozialdemokratie, die das Parlament unsäglich macht. Eine Besserung dieser Verhältnisse halte ich persönlich nur für möglich durch eine Reform des Reichstagswahlrechts, doch spreche ich hier nicht für meine politischen Freunde. Würde man für das Reich das Landtagswahlrecht einführen, so wäre das ein Glück für die Nation. Der Ausbau der Sozialreform ist das ungeeignetste Mittel zur Belämpfung der Sozialdemokratie, er fördert nur die Begehrlichkeit.

Von dem Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien, den der Herr Reichskanzler stets vertritt, erwarte ich nicht viel. Bei den letzten Wahlen sind viele Freisinnige mit Sozialdemokraten zusammengegangen, und leider haben sich auch Professoren dazu hergegeben, mit den Sozialdemokraten gegen konservative anzutreten. Das wirkt ein eigenartliches Licht auf den politischen Scharfsinn von Männern, die berufen sind, die Jugend zu erziehen. Der beste Weg zur Belämpfung der Sozialdemokratie ist der, den Minister Cronqvist L. indiziert hat.

### Ministerpräsident Graf Bälou:

Im Reichstag hat allerdings der bairische Bundesratsbevollmächtigte hypothetisch von Reichsverdrossenheit gesprochen, und zwar bei Gelegenheit des Beschlusses, den Einzelstaaten weitere 17 Millionen Matricularbeiträge zu überweisen. In diesem Beschlusse haben aber auch die näheren politischen Freunde des Reichsverdrossenheit tragen also seine Freunde zweifellos die volle Verantwortung. (Heiterkeit.) Ich würde dem Grafen Mirbach dankbar sein, wenn er seinen großen Einfluß auf seine politischen Freunde benutzen wollte, um sie zu bewegen, daß dieser Beschluß des Reichstags, den auch ich aus sachlichen und politischen Gründen belege, beseitigt wird. Die beiden Herren Vorredner haben von der allgemeinen Unzufriedenheit gesprochen. Da frage ich, wann hat es seit 14 Jahren eine Zeit gegeben, wo bei uns Zufriedenheit geherrscht hat? Als ich vor bald sieben Jahren von Rom nach Berlin kam, zogen sich durch die erste Staatsdebatte wie ein roter Faden die allgemeinen Klagen über die Reichsverdrossenheit. Und selbst in den Tagen des Fürsten Bismarck, eines Staatsmannes, wie er einem Volke in Jahrhunderten nur einmal geschenkt wird, war auch nicht alle Welt unzufrieden. (Heiterkeit.) Diese allgemeine Reizung der Deutschen zur Unzufriedenheit ist ja einer der Gründe, weshalb die Sozialdemokratie in Deutschland einen so fruchtbareren Boden findet. Denn trotz mancher löblichen Anstrengungen von anderer Seite übertrifft sie doch noch immer alle andern im Herunterreißen. Die Unzufriedenheit würde der Sozialdemokratie nicht so viel Material zuführen, wenn nicht auch von Kreisen und Personen und publizistischen Organen, welche behaupten auf monarchischem Boden zu stehen, gegenüber der Regierung und sogar gegenüber der Stelle, die außerhalb der Diskussion bleiben sollte, eine Sprache geführt würde, die wesentlich dazu beitragen muß, tausende der Sozialdemokratie in die Arme zu treiben. Fast alles, was die Regierung in der auswärtigen Politik getrieben hat, ist als Schwäche, als Ungeschicklichkeit, als Mangel an Patriotismus und als Verrat ausgelegt. Der unglückliche Fehler muß geradezu denken, daß seine Regierung an diese oder jene fremde Macht oder an den Jesuitenorden verkauft worden wäre. Die Frucht solcher Verhegung hat lediglich die Sozialdemokratie. Daß Reden keine Thaten sind, weiß ich auch, aber unter Umständen können Reden nützlicher sein als überreife Thaten oder mißglückte Anläufe, wie wir sie auch schon erlebt haben. (Sehr richtig!) Ich habe im Reichstag dargelegt, daß eine parlamentarische Aktion gegen die Sozialdemokratie gegenwärtig nur zur Spaltung der bürgerlichen Parteien beitragen würde. Ich betrachte es als meine Pflicht, alles aus dem Wege zu räumen, was die staatsbehaltenden Parteien von einander trennt; daher verurteile ich auch alle konfessionellen Reaktionen. (Bravo!) Beide Herren Vorredner haben den Wahlkampf in Frankfurt berührt, aber nicht erwähnt, daß dort zu meinem Bedauern ein besonderer Kandidat vom Bunde der Landwirte aufgestellt ist, durch welchen die Pfalzen der bürgerlichen Parteien durchbrochen ist. Die Einigung der bürgerlichen Parteien ist die erste Voraussetzung für die dauernde Überwindung der Sozialdemokratie. — Man hat gesagt, ich solle unbekümmert um die Stimmung des Reichstags vorgehen. Ich habe nie gesagt, daß die Regierung sich grundsätzlich nach parlamentarischen Systemen zu richten hat, wir haben bei uns kein parlamentarisches System — glücklicherweise, es würde uns nach außen schaden und nach innen spalten, da keine der bestehenden Parteien die absolute Mehrheit hat. Daß ich mich nicht treiben lasse von der parlamentarischen Mehrheit, glaube ich bewiesen zu haben bei den Zolltarifverhandlungen. Gewiß giebt es Fälle, wo es Pflicht der Regierung wird, ihren Willen durchzusetzen gegenüber einer parlamentarischen Mehrheit coute que coute, was auch danach kommen mag, wo salus publica suprema lex ist. Aber im inopportunen Moment darf eine solche Aktion nicht unternommen werden. Wir werden die bestehenden Gesetze gegenüber allen Angriffen ohne Schwäche aufrecht erhalten, jeden Versuch, die öffentliche Ordnung zu stören, mit Strenge unterdrücken. Wer den Bestand der Monarchie antastet, wird sich blutige Köpfe holen. Ich würde mich aber nicht für würdig halten, an dieser Stelle zu stehen, wenn ich darauf verzichten wollte, die tiefgehenden Gegensätze, die durch unser Volk gehen, durch Begehrtheit, Gebuld, Besonnenheit auf friedlichem Wege zu lösen. (Bravo!) Die Sozialreform werden wir fortsetzen, wenn uns auch mit Unmut gelohnt wird. Eine monarchische Regierung muß thun, was ihr vor Gott und ihrem Gewissen als gerecht erscheint. Die Sozialreform wird auch sicher politisch ihre Früchte tragen. Wenn wir sie weiter führen, so wahren wir uns das Recht, dann zu besonderen Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie überzugehen, wenn diese uns durch ihr Verhalten dazu zwingt. Die Schuld liegt auch nicht allein am Wahlsystem. Wenn die Deutschen Wähler von dem bestehenden Wahlsystem keinen richtigen Gebrauch zu machen wissen, so werden sie sich nicht darüber wundern können, wenn früher oder später einmal das Dilemma entsteht, ob sie den sozialdemokratischen Zukunftsstaat mit seiner Zustandsordnung und Witterteilung über sich ergehen lassen wollen, oder ob das bestehende Wahlrecht durch ein andres ersetzt werden soll.

Herr v. Manteuffel hat anerkannt, daß Landwirtschaft, Handel und Industrie zusammengehen müssen. Daraus folgt, daß wir keine extreme agrarische und auch keine einseitige Industrie- und Handelspolitik treiben können. Schutz für unsere notwendige Landwirtschaft, Freiheit für die Ausfuhr unserer Industrie-Erzeugnisse, in diesem Geiste sind wir in die Handelsverträge-Verhandlungen eingetreten. Auf dieser Basis hoffen wir zu Verträgen zu gelangen, mit denen Industrie und Handel, vor allem aber die Landwirtschaft zufrieden sein können. (Bravo!) Ueber die Frage der Kündigung der Handelsverträge habe ich mich in der letzten Zeit bereits so häufig ausgesprochen (Heiterkeit), daß ich mich auf diese Erklärungen beziehen kann. Ich möchte die Konservativen bitten, die Hand der Regierung nicht zu behindern, die für sie doch immer eine freundliche, ich möchte sagen eine zärtliche ist. (Große Heiterkeit.) Herr v. Manteuffel hat hervorgehoben, daß gerade in konservativen Kreisen mit der Regierung große Unzufriedenheit besteht. Ich weiß, daß konservative und Gouvernemente nicht identisch sind, daß unter Umständen konservative Männer das Recht und die Pflicht haben, der Regierung Opposition zu machen. Ein solches Mißtrauen ist eben nach Herrn v. Manteuffels Äußerungen in konservativen Kreisen vorhanden, ein solches Sturmlaufen gegen die Regierung ist nicht berechtigt, auch

# Aus Industrie und Handel.

**Deutsche Genossenschaftsbank.** In der Börse verlaute heute, daß der Uebergang der Deutschen Genossenschaftsbank an die Dresdner Bank als perfekt gelten könne. Die Verhandlungen seien bis auf einige nebensächliche Einzelheiten erledigt, und am nächsten Sonnabend werde der Aufsichtsrat der Dresdner Bank zusammenzutreten, um das Ergebnis der Verhandlungen offiziell zu sanktionieren. Wie es hieß, soll der Uebernahmepreis für die Aktien der Genossenschaftsbank 100 Proz. betragen — heute stand er auf 104,75 — es würde also, nach dem jetzigen Kursstande der Aktien der Dresdner Bank berechnet, zur Erwerbung der nominell 30 Millionen Mark Aktien der Genossenschaftsbank die Dresdner Bank ungefähr für 31 Millionen Mark neue Aktien ausgeben müssen.

Betreffs des Personals der Genossenschaftsbank verlaute, daß ein Teil von der Dresdner Bank übernommen wird, der größere Teil aber entlassen und mit kleinen Entschädigungen abgefunden werden soll.

**Der Konzentrationsprozeß im Bankgewerbe und die Bankangelegenheiten.** Die letzten Vorgänge im Bankgewerbe, denen sicherlich bald weitere Verschmelzungen folgen werden, haben schließlich doch jenen Teil der Börsenmänner und Bankbeamten ausgereizt, die Einsicht genug besitzen, die Rückwirkung des sich vollziehenden gewaltigen Konzentrationsprozesses auf ihre Lage und ihre Berufsstellung zu erkennen. Während man sich vielfach noch vor kurzem mit den Finanzinstituten förmlich abgab, beginnt man einzusehen, wie weit tatsächlich die Interessen auseinander gehen. In den weitesten Kreisen steigt ernsthafte Besorgnis auf, die sich zum Teil in einem gewissen Galgenhumor Luft macht. So war gestern in einem Börsenblatt folgende Annonce zu lesen:

„Ratschrei um Hilfe an die Großfinanz. Fondsmanager, Familienbater, seit 28 Jahren im Bankfach, seit 20 Jahren an der Börse tätig, ehrenhaft, kann sich infolge der mangelhaften Börsenverhältnisse nicht mehr ernähren. Es fehlt am täglichen Brot. Überlässiger Redner, mit Vuchführung und Kassenwesen voll vertraut, erbittet Stellung im Bank-, Waren-, Versandhaus, industriellen Etablissement oder sonstiger Beschäftigung. Beste Referenzen usw.“

In Vertretung der Interessen der Bankangestellten und Wasser verankelter Centralverband der Handlungsgehilfen am nächsten Freitagabend, den 13. d. M., in den Armin-Hallen eine öffentliche Versammlung, in welcher Herr G. Bernhardt, Redakteur des „Blutens“ über das Thema „Bankfusionen und Bankangelegenheiten“ sprechen wird.

**Die Großkauf-Gesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg** veröffentlicht zu dem am 15. und 16. Juni stattfindenden zehnten ordentlichen Generalversammlung ihren Bericht über das letzte Geschäftsjahr. Die Gesellschaft hat sich seit ihrem Bestehen mächtig entwickelt. Die Zahl der angeschlossenen Vereine stieg bei der Eintragung der letzten Kapitalerhöhung von 247 auf 266. Ihren Beitritt angemeldet haben außerdem noch 39 Vereine, so daß eine Gesamtzunahme der Gesellschaften von 247 auf 305 zu verzeichnen ist. In Geschäftsverbindung stand die Großkauf-Gesellschaft mit 1301 Vereinen, davon waren außer den 305 angeschlossenen Vereinen noch weitere 561 dividendenberechtigt, die bisher noch nicht ihre Mitgliedschaft bei der Gesellschaft angemeldet haben. Der Warenumsatz erreichte im letzten Geschäftsjahre die Höhe von 28.445.888 M. gegen 21.568.549 M. im Vorjahre, eine Zunahme von 4.877.339 M. oder 22,61 Proz. Die Steigerung wäre noch eine wesentlich höhere gewesen, wenn nicht im Berichtsjahre verschiedene Hauptkonsumartikel, wie Zucker, Kaffee, Sahnmalz, Serringe, gegen das Vorjahr eine niedrigere Preisbasis gehabt hätten. Auch durch Einräumung von Kredit an die Waren beziehenden Vereine hätte die Gesellschaft leicht ihren Umsatz noch höher steigern können; die Geschäftsführung ging aber von der Ansicht aus, daß es besser sei, einen etwas geringeren Umsatz zu erzielen, als den Grundlag der Verzinsung preiszugeben.

Der Reingewinn beträgt 115.815 M. Davon gehen ab laut Statut 5 Proz. Kapitaldividende auf die eingezahlten Stammeinlagen sowie 38.694 M. Zuweisungen an den Reserve- und an den Dispositionsfonds. Es verbleiben demnach zur Verteilung 58.042 M., wovon 42.888 M. an die der Gesellschaft angeschlossenen Konsumvereine, 2526 M. an die nicht angeschlossenen Vereine als Dividende gezahlt werden sollen. Von dem Rest von 12.627 M. fallen noch einige kleinere Extra-Dotationen an den Reserve-, Dispositionsfonds und Spezialreservefonds, während die übrigbleibende Summe auf neue Rechnung vorgetragen wird.

**Ruderräder-Anbau.** Nach einer in der Zeit vom 27. April bis 7. Mai d. J. gehaltenen Umfrage der internationalen Vereinigung für Rudersport (Richt man den diesjährigen Ruderanbau in den hauptsächlichsten Ländern Europas, wie folgt:

	1903/04	1904/05	Anbauflächen	gegen 1903			
	Anzahl der	Anzahl der	1903	1904	+ mehr	- weniger	%
Deutschland	384	378	415.856	411.890	-	3,6	-
Oesterreich-Ungarn	216	216	309.100	321.000	+	3,8	-
Frankreich	296	289	234.280	189.090	-	19,3	-
Rußland	274	276	535.100	487.283	-	8,9	-
Belgien	100	90	59.150	45.000	-	23,6	-
Holland	29	26	40.345	35.856	-	11,1	-
Schweden	17	18	27.878	24.875	-	9,0	-
Dänemark	7	7	14.000	14.000	-	-	-

Italien hat nach Schätzung einen Anbau von 34.000 Hektar gegen 36.000 Hektar im Vorjahr. Demnach nimmt die Anbaufläche in fast allen Ländern ab, am stärksten in Frankreich und Belgien. Berechnet man den Ruderanbau der oben genannten Staaten, so ergibt sich eine Verkleinerung des Gesamtareals um 6 1/2 Proz.

**Der Stahlwerksverband** hielt am Dienstag in Düsseldorf eine Generalversammlung ab, in welcher der frühere Regierungsrat und Referent der Kartellengüter-Kommission, jetziger Geschäftsführer des Stahlindustrials, Dr. Voelker, den Geschäftsbericht erstattete. Darin wird die bisherige Verkaufstätigkeit des Verbandes als günstig bezeichnet. Es liegen bis zum Schlusse des zweiten Quartals Umsatzziffern vor, deren Gesamtsumme höher ist als der Anspruch der einzelnen Verbandswerke. Von den gesamten Abschüssen entfallen 70 Proz. auf das Inland, 30 Proz. auf das Ausland.

**Der russisch-japanische Krieg** beginnt auf den Eisenmarkt in Ostasien eine der Geschäftserfolge hemmende Wirkung auszuüben. Der Warschauer Handel ist, wie dem „Warschauer General-Anzeiger“ aus dortigen Geschäftskreisen berichtet wird, seit ungefähr 14 Tagen äußerst zurückhaltend. Ueberall besteht das Vertrauen, langfristige Engagements zu vermeiden. Es ist dies eine natürliche Folge der unglücklichen Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz, die dazu beigetragen haben, die Kreditverhältnisse noch mehr zu erschweren und zu verschärfen. Besonders haben diese eine starke Einschränkung der Bauhätigkeit im Gefolge, was jetzt zur eigentlichen Baujahrszeit empfindlich zu Tage tritt. Infolgedessen geht alles Baumaterial, insbesondere Baugutz, Baubehälter und auch Träger sehr schwach, und haben die russisch-polnischen Hüttenwerke in diesen Artikeln bereits Produktionsbeschränkungen vornehmen müssen. Der Staat hat große Bestellungen für umfangreiche Bahnbauten im Inneren des Landes zurückgezogen, da die Bahndarben bis auf weiteres stilliert sind. Hierfür wird allerdings ein kleines Äquivalent geboten durch beschleunigt aufgestellte und sofort in Angriff genommene Bahnprojekte, deren Herstellung von Interesse für die Operationen auf dem Kriegsschauplatz ist.

**Amerikanischer Saatensand.** Nach dem vorgestern in Washington vom Ackerbau-Bureau herausgegebenen Saatensandensbericht verpricht der Weizenanbau in diesem Jahre ein weit ungenügenderes

Resultat zu liefern als im vorigen Jahr. Trotz des günstigen Wetters der ersten Aprilwochen wird der Durchschnittsertrag nur mit 76,5 Proz. bewertet gegen 92,6 am 1. Mai des letzten Jahres, also um 16,1 Proz. schlechter. Außerdem aber ist die Anbaufläche weit kleiner. Sie umfaßte am 1. Mai dieses Jahres nur 27,08 Millionen Acres, am 1. Mai 1903 dagegen 32,11 Millionen. Der Durchschnittsertrag für Winterroggen wird mit 81,2 Proz. gegen 93,3 Proz. am 1. Mai 1903 angegeben.

**Börsengesetz-Kommission.** In der gestrigen Sitzung brachte Singer in Uebereinstimmung mit den andern sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern den Antrag ein, aus dem Antrag Camp betreffend die Bestimmung des Börsen-Terminhandels (Artikel 48 des Börsengesetzes) die Worte „die Landesregierungen“ zu streichen. Er konnte dem Antrag Camp, der im übrigen klarer sei als die Regierungsvorlage, nicht zustimmen, wenn die Entscheidung über die Frage der zulässigen Zeitgeschäfte den Regierungen der einzelnen Staaten zugewiesen werde. Regierungskommissar Geheimrat Bernuth wendet sich ebenfalls dagegen, daß die Regierungen der Einzelstaaten vorgeführt würden. Abg. Camp sucht dagegen nachzuweisen, daß sein Antrag die Einheitlichkeit in den Grundfragen der Bestimmungen nicht vermindere, weil ja in jedem Fall stets noch die Genehmigung des Bundesrats erforderlich sei.

Es wird zur Abstimmung über den § 48 der Vorlage und die zu ihm eingebrachten Abänderungsvorschläge geschritten. Graf Schwerin-Löwig und Graf Reventlow ziehen ihre Anträge zurück und läßt andere Formulierungen für die zweite Lesung an. Die Anträge Singer, Camp, Kämpf und schließlich auch die Regierungsvorlage selbst werden mit 9 gegen 9 Stimmen abgelehnt. (Erst zählte der Vorsitzende Paasche) für die Anträge Singer, Camp und Kämpf je 10 gegen 9 Stimmen, dies wurde aber im Verlaufe der Sitzung richtig gestellt.) Dann wird § 49 der Regierungsvorlage angenommen.

Zu § 50 liegt ein Abänderungsantrag Kämpf-Rommens vor, der das Verbot des Börsen-Terminhandels in Bergwerks- und Industrieaktien schlechthin aufheben will. Abg. Kämpf verweist zur Unterstützung seines Antrages darauf, daß die Spekulation sich einfach vom Termingeschäft auf das Kassageschäft geworfen habe. Die Schwankungen der Kurse hätten nicht nachgelassen, sondern noch zugenommen und außerdem ist als Wirkung der Zunahme der Spekulation im Kassageschäft eine Verteilung des Zinsfußes mit all ihren nachteiligen Wirkungen für die Volkswirtschaft eingetreten. — Regierungskommissar Wendelstadt bestreitet, daß das Kassageschäft sich allgemein in der geschilderten Weise entwickelt habe. Abg. Semler führt als einen typischen Fall für die Wirkung des Gesetzes die Entwicklung der Hamburger Wasserbank an, deren Umsätze von 90 Millionen bis auf schließlich 200 Millionen Mark jährlich zurückgegangen seien. Eine ganze Anzahl solider Geschäftsleute, ganz reelle kleine Bankiers, seien verschwunden. — Abgeordneter Rommensen führt aus, daß sein Antrag die kleinen und mittleren Kassageschäfte wieder lebensfähig machen soll, die großen Banken seien an der fraglichen Verwendung des Gesetzes nicht interessiert. — Abg. Paasche erklärt sich bereit, Fehler gut zu machen, will aber erst Reichsbankpräsident Koch hören. — Abg. Camp polemisiert gegen Rommensen und Semler. Einzig fraglich sei, ob das Verbot des Terminhandels den Zinsfuß erhöht habe. Werde dies nachgewiesen, so würde er den Terminhandel als das kleinere Übel zulassen. — Abg. Kämpf polemisiert gegen die Auffassung, daß eine Verbindung zwischen Börse und Industrie dieser letzteren nachteilig sei. — Abg. Bernstein: Die Sozialdemokratie als Partei der Arbeiter stehe dem Antrage Kämpf-Rommens ziemlich kühl gegenüber. Der Handel in Aktien ist der Handel in Anteilen auf den Mehrwert, und es könne den Arbeitern von vornherein ziemlich gleichgültig sein, ob diese Mehrwert-Anteile auf Termin oder im Kassageschäft gehandelt werden. Daran seien die Arbeiter unbedeutend. Aber die Sozialdemokratie müsse auch nicht den Versuch, volkswirtschaftswidrigen Gesetzen zuzustimmen oder, so weit es an ihr liegt, den Fortbestand solcher Gesetze zu unterstützen. Die ganze Debatte habe gezeigt, daß bei den Gewinnkurven am Termingeschäft wenig herauspringe. Es werde hier ein Loch gestopft und dort ein neues aufgerissen. Die Grenze zwischen solchem Geschäft und Spekulation sei generell gar nicht festzustellen. Gegen Maßregeln, die auf Steigerung des Zinsfußes hinwirken, muß entschieden angekämpft werden, denn der Zins sei schließlich nichts als ein der Arbeit zu Gunsten des reinen Kapitalbesitzes auferlegter Tribut. — Abg. Gerold will die Spekulation und künstliche Preisbildung durch Einföhrung des Terminhandels verhindern. — Abg. Rommensen: Gerade das neue Börsengesetz habe das Geschäft in Industrie-Aktien vielfach auf eine unsolide Basis gestellt. — Abg. Graf Schwerin-Löwig: Der Terminhandel in Industrie- und Bergwerksaktien werde um so bessere Ansichten haben, je entschiedener man dem Terminhandel in Getreide zu Leibe gehe. (Anzeige für einen erspriechlichen Kaufhandel.)

Nach einigen weiteren Ausführungen des Abgeordneten Paasche wird beschlossen, Reichsbankpräsident Koch und Börsenkommissar Hempfenmayer zu hören und dem Vorsitzenden überlassen, die nächste Sitzung einzuberufen, sobald die Genannten erscheinen können.

## Verammlungen.

**Zimmerer-Verband.** Die Zahlstelle Berlin hielt am Sonntag im Gewerkschaftshause ihre regelmäßige Zahlstellen-Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbrten die Anwesenden das Andenken zwölf verstorbener Mitglieder durch Erheben von den Sihen. Aldann gab Weissow den Kassenbericht vom 1. Quartal. Einnahmen und Ausgaben balancieren in der Summe von 88.280,81 M. Die Lokalfasse weist einen Bestand von 55.087,98 M. auf. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Hieraus berichtete Kube über den negativen Verlauf der vom Parteivorstand eingeleiteten Einigungsverhandlungen zwischen den central- und lokalorganisierten Gewerkschaften. Beschlossen wurde, eine Sachdarstellung dieser Verhandlungen drucken zu lassen und sie dann allen Mitgliedern auszuhandigen. Nach Erledigung einer Reihe innerer Angelegenheiten wurden den freilebenden Bergoldern 200 M. überwiesen.

**Steglig.** In der Versammlung des Wahlvereins am letzten Mittwoch hielt Genosse Waage-Friedrichsagen einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag „Babel und Bibel“, dem sich eine lange Diskussion anschloß. Aus dem hierauf vom Genossen Haberland erstatteten Kassenbericht pro Januar-März ergab sich die erfreuliche Tatsache, daß unsere Mitgliederzahl auf 240 gestiegen ist. Genosse Krause gab einen kurzen Rückblick über die Stichwahl im ersten Bezirk, deren Resultat als sehr bedauerlich bezeichnet. Wenn auch nach Ansicht verschiedener Genossen die Agitation etwas zu wünschen übrig gelassen habe, so liege doch die Hauptschuld an der geradezu unbegreiflichen Interesslosigkeit vieler Arbeiter gegenüber den Gemeinbewählern. Jetzt nach den Wahlen müßten wir mit regem Eifer an den Ausbau unserer Organisation gehen, um derartige Schläppen in Zukunft zu verhindern. Der Vorstand habe sich bereits mit der Frage der Neu-Einteilung der Bezirke, deren einige für eine wirksame Agitation zu groß seien, beschäftigt und werde in nächster Zeit dem Verein seine Vorschläge unterbreiten. Bei reger Mitarbeit aller Mitglieder werde es gelingen, unsere Mitgliederzahl und damit unsern Einfluß im öffentlichen Leben zu vergrößern. Ferner müsse es aber auch unsere Sorge sein, die Mitglieder zu überzeugten Parteigenossen heranzubilden. Diesem Zweck soll der Vortrags-Cyklus dienen, den Genosse Gruntwald über unser Parteiprogramm abhalten werde. Der erste Vortrag findet am Freitag, den 13. Mai, abends 8 Uhr, im Restaurant Schellhase, Abornstraße, statt, und zwar gemeinsam für die Mitglieder der Wahlvereine Steglig und Friedenau. Gäste haben selbstverständlich Zutritt und ist eine rege Beteiligung dringend erwünscht.

tätlich unwirksam. Sie werden schließlich eine Regierung bekommen, die in landwirtschaftlichen Fragen freundlich ist als die jetzige. (Sehr richtig! bei den Witzgenossen.) Warten Sie nur etwas, Sie werden sich noch einmal nach meinen Fleißschöpfen zurücksehnen. (Große Heiterkeit.) Ich habe dem Zusammengehen mit den Konservativen mehrfache andere Erwägungen innerer und äußerer politischer Art untergeordnet, namentlich in einer Frage, die ich nicht weiter zu betreiben brauche, aber ich möchte nun die konservative Partei bitten, mit mein Amt etwas zu erleichtern. Der Horizont in unserer inneren und äußeren Politik weist ernste Zeichen auf, wir haben allen Grund, unsere Reichen zu schließen gegen den gemeinsamen Feind. Die Regierung hat die Hoffnung, daß sie bei dem Bestreben, die Fundamente des heutigen Staates zu sichern und zu erhalten, auch künftig stets die Zustimmung dieses Hauses finden wird, denn diese Fundamente bilden den Kern der preussischen wie der deutschen Wachststellung. (Lebhafter Beifall links.)

**Hr. v. Mantuffel:** Ich habe nicht von Unzufriedenheit in konservativen, sondern in ländlichen Kreisen gesprochen. Ministerpräsident Graf Bismarck: Ich nehme von der Berücksichtigung des Hofes, aber der Redner wird selbst zugeben, daß auch aus konservativen Kreisen Stimmen der Unzufriedenheit gekommen sind.

**Graf Mirbach:** Der Ministerpräsident hat mit Unrecht von einem Sturmlaufen der konservativen Partei gesprochen. Einzelne konservative mögen Sturm gelaufen haben, die Partei als solche hat es nicht getan.

**Oberbürgermeister Becker-Rölln** erklärt seine Zustimmung mit den Forderungen des Reichskanzlers, polemisiert aber gegen die Bemerkungen des Herrn v. Mantuffel über die Kündigung der Handelsverträge. In der Beurteilung der Sozialdemokratie bin ich mit Herrn v. Mantuffel einverstanden, aber ich komme nicht zu dem Schluss, es mit dem alten Ausnahmegesetz von neuem zu versuchen. Ich halte den von der Regierung eingeschlagenen Weg der Reformen und der scharfen Bekämpfung aller sozialdemokratischen Gesetzwidrigkeiten für den richtigen. Die Sozialdemokratie wird vielleicht noch wachsen, das wird aber nur den Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien fördern.

Der Präsident will die Generaldebatte noch heute zu Ende bringen, der Wunsch des Hauses geht aber dahin, die Debatte noch Freitag fortzusetzen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort Professor Schmoller-Berlin: Graf Mirbach hat von einem Kompromiß gesprochen, das Berliner Professoren mit der Sozialdemokratie abgeschlossen haben. Er ist unwirksam berichtet. Die Frage ist aufgelaufen, man ist aber zu dem Beschluß gekommen, kein Kompromiß abzuschließen. Kompromisse zwischen einzelnen politischen Parteien sind stets abgeschlossen worden. (Auf: Aber nicht mit der Sozialdemokratie!) In Bayern hat das Zentrum mit der Sozialdemokratie paktiert und ich meine, es kann auch unter Umständen immer wieder einmal notwendig sein. (Lärm und Lachen.)

**Graf Mirbach:** Ich muß Herrn Schmoller erwidern, daß wir konservativen ein Kompromiß mit der Sozialdemokratie in jedem Falle verwerfen. Wir halten das mit unsrer Würde und Ehre nicht für vereinbar.

Hierauf wird die weitere Beratung auf Freitag 12 Uhr vertagt. Schluß nach 6 Uhr.

## Parlamentarisches.

**Wahlprüfungs-Kommission.** In der heutigen Sitzung wurden zunächst die Berichte über die Wahlen Eichhoff (3. Wahlkreis Erfurt), Dr. Voithoff (Wahlkreis Waldeck) und Horn (Wahlkreis Goslar) festgestellt. Sodann trat die Kommission nochmals in eine kurze Beratung über die Wahl des Abg. Meier-Jobst (Wahlkreis Lippe-Deimold) ein, über die die Beratung wegen Einforderung fehlenden Aktenmaterials gestern ausgesetzt worden war. Inzwischen war im Bureau festgestellt worden, daß der gegen die Wahl gerichtete Protest zu spät an den Reichstag gelangt war. Der Protest enthielt zwar das Datum des 11. Dezember 1903, aber der Protest selbst ist erst am 14. Dezember 1903 im Reichstagsbüro eingegangen. Da am 13. Dezember die im § 4 der Geschäftsordnung des Reichstages festgestellte Frist für die Protesterhebung verstrichen war, so beschloß die Kommission, den Protest als verspätet eingegangen unberücksichtigt zu lassen. In Konsequenz dieses Beschlusses mußte darum die Wahl Horns für gültig erklärt werden.

## Partei-Nachrichten.

**Totenliste der Partei.** In Wien starb im Alter von 55 Jahren ein Parteigenosse, der sich um die künstlerische Erziehung der Arbeiter hervorragende Verdienste erworben hat: Johann Wörth, der langjährige Chormeister des Arbeiter-Sängerbundes Wiens. Wörth war als Musiker wie als Mensch von den strengsten Grundsätzen beherrscht und hat die Arbeiter-Gesangvereine Wiens auf eine hohe Stufe der Leistungsfähigkeit gehoben. Ueber seinen Lebensgang teilt die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ folgendes mit:

Er wurde am 17. November 1848 in Hernalz geboren. Sein Vater war Ausschüßstellner und konnte für seine Kinder nichts thun. Was er verdiente, verbrauchte er selbst. Seine Mutter plagte sich von früh bis spät, um nur ihre Kinder ernähren zu können. Vor seiner Arbeit schreute sie zurück; sie hat gewaschen, gerieben und überall zugegriffen, um für sich und ihre Kinder Brot zu verschaffen. Der kleine Johann hatte eine gute Stimme und zeigte überhaupt musikalische Begabung. Er wurde deshalb Sängerknabe und sang schon als neun- und zehn-jähriger Bub auf dem Kirchhof. Den Bemühungen seiner Mutter gelang es auch, ihn im Wiener Konservatorium unterzubringen, wo er Unterricht im Gesang, auf der Oboe und in der Harmonielehre genoss. Sein Zeugnis, das er dort im Jahre 1862 erwarb, bezeichnet ihn als einen der tüchtigsten Jüglinge. Mit 14 Jahren verlor er seine Mutter und von dieser Zeit war er eigenwillig auf sich selbst angewiesen. Unter vielen Mühen und harten Entbehrungen kämpfte er sich durch. Mit Klavier- und Gesangsunterricht freizete er sein Leben. Einige Zeit war er auch Musiker im Theater an der Wien, wo er auch eine mehr als bescheidene Gage bezog. Am Anfang der achtziger Jahre wirkte er als Kapellmeister am Tropbauer Theater. Von dort kam er im Winter 1886 nach Wien. Hier schloß er Freundschaft mit dem Genossen Josef Scheu und wurde von diesem für die Sozialdemokratie gewonnen. Nun wurde er neben dem Genossen Scheu der Musiklehrer der Arbeiter. Bald finden wir ihn als Chormeister des Arbeiter-Sängerbundes und Kapellmeister der Arbeiterkapelle, aus der sich später die Kapelle Wörth entwickelte. Aus ihr ging die Musikkapelle des Arbeiterheims hervor, die nun nach dem Tode Wörths verwaist ist. Genosse Wörth war auch jetzt noch immer der Chormeister des Arbeiter-Sängerbundes, des Gesangsvereins „Concordia“ im VI. Bezirk und des Gesangsvereins „Stahllang“ im XI. Bezirk. Lange Zeit stand er auch an der Spitze des Verbandes der niederösterreichischen Arbeiter-Gesangvereine.

**Sozialdemokratische Wahlen in der Schweiz.** In Veillingona, der Hauptstadt des Kantons Tessin, gewonnen unsere Genossen bei den städtischen Wahlen 3 Sitze und eine Ersatzstelle im Großen Stadtrat, in dem sie bisher nicht vertreten waren. Im Kanton Solothurn, wo die gesetzliche Proportionalwahl besteht, haben bei den Kantonsratswahlen am letzten Sonntag unsere Genossen ihre Vertretung von 9 auf 12 Mann erhöht. Dagegen ist die sozialdemokratische Vertretung in dem ebenfalls nach dem gesetzlichen Proporz gewählten Kantonsrat Neuenburgs von 20 auf 16 zurückgegangen. — Im Großen Stadtrat in Zürich wurde Genosse Grulich als erster Vizepräsident ins Bureau gewählt, ferner die Genossen Eigoz als Sekretär, Heuser und Otto Lang als Stimmen-zähler. In den Kommissionen hat unsere Fraktion je 3 Vertreter auf je 9 Mitglieder.

Abgeordnetenhaus.

72. Sitzung vom Mittwoch, den 11. Mai 1904, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Hammerstein, Schönstedt. Debattelle tritt das Haus dem Entwürfe der Geschäftsordnungs-Kommission bei, die in einem Schreiben vom 27. Februar d. J. vom Justizminister erbetene Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Redakteurs Mehrlein in Breslau wegen Verleumdung des Abgeordnetenhauses zu verweigern. Dann wird die erste Lesung des Anstiedelungs-Gesetzes fortgesetzt.

Abg. v. Heyling (L.) erklärt, daß seine Partei dem Gesetzentwurf durchaus sympathisch gegenüberstehe, und nur gegen einzelne vom Herrenhaus beschlossene Uebervorschläge Bedenken habe. Es müsse ein Mittel gefunden werden, um das viele für Anstiedelungszwecke ausgegebene Geld endlich nutzbringend zu machen. Dazu soll § 13b dienen. Herr Köden erklärte ihn für verfassungswidrig, aber er wird keine juristische Unfehlbarkeit beanspruchen. Aus sieht die Autorität des Justizministers, der ja auch durch seinen Eid gebunden ist, nach bestem Wissen und Gewissen die Verfassung auszuliegen (Lachen bei den Polen), mindestens ebenso hoch. Und schließlich pflegt man ja scherzhaft zu sagen: Recht hat, wer Recht bekommt. (Lachendes Lachen und große Unruhe bei den Polen, links und im Centrum.)

Abg. Träger (fr. Sp.): Alle Redner haben unverblümt ausgesprochen, daß der Zweck des § 13b der ist, die Polen aus ihrer Heimat zu vertreiben. Der gesetzgeberische Gedanke, der hier Ausdruck findet, ist uns von vorne herein gänzlich unannehmbar. Es hat diese Bestimmung von größter praktischer und staatsrechtlicher Bedeutung mit den übrigen Vorschriften des Gesetzes nicht das mindeste zu thun. Es gewinnt aber den Anschein, als ob sie für die Regierung die Hauptsache wäre. Sie ist gleichsam ein Ausdudsel, das in ein fremdes Nest gesetzt worden ist. Aber das kann ich Ihnen schon vorher sagen: wir brüten nicht mit. (Große Heiterkeit.) Wir können es nicht zugeben, daß Kulturaufgaben mit Mitteln gelöst werden, die der Kultur direkt widersprechen. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich will nicht sagen, daß der Minister halbbrecherisch interpretiert hat, ich wage nicht einmal den Ausdruck „gewagt“, denn ich weiß, daß aus natürlichen Gründen die Minister gerade bei diesem Punkte besonders reizbar sind. (Große Heiterkeit.) Aber ich werde doch erinnern an die alte athenische Philosophenschule, deren Mäntel der Minister geschoben hat, nur daß er ihre Virtuosität nicht erreicht hat. Die Analogie mit dem Pariser Play war ja ein sehr gelungener Scherz. Er ist deswegen auch schon in der Kommission und im Plenum des Herrenhauses immer von einem anderen Minister gemacht worden. Er steht also gewissermaßen im Eigentum des preussischen Gesamtministeriums. (Stürmische Heiterkeit.) Das weiß schließlich jeder, daß auf dem Pariser Play sich nur Kolonisten aus Warschau ansiedeln dürfen. (Anhaltende Heiterkeit.) Vor allen Dingen muß aber ein Zweifel für und nicht gegen die Verfassung entschieden werden. Im Herrenhaus sagte ein Redner, es könnte nicht vorzüglich genug mit der Verfassung umgehen, weil es auf Grund eines Privilegiums bestünde. Mühen nicht wir als Volkstreuer, die wir nicht auf Grund eines Privilegiums hier sitzen, mit noch viel mehr Bedenklichkeit alles vermeiden, was einer Verletzung der Verfassung ähnlich sehen könnte? (Sehr wahr! links.)

Niemand, auch die Minister nicht, haben bestritten, daß es sich um ein Ausnahmegericht handelt, das zur Durchführung des Anstiedelungs-Gesetzes von 1888 dienen soll. Die polnischen Volkskammern passen der Regierung nicht, mit Hilfe des Reichsrechts kann sie ihnen nichts thun, also versucht sie es mit diesem Gesetz. Es scheint als hätte die Regierung den Eindruck, als ob man nicht mit dem Reichstag, wohl aber mit dem Abgeordnetenhaus alles machen könnte. Das Gesetz soll zur Ausgleichung der dem Minister v. Hammerstein so unangenehme Fruchtbarkeit der Polen dienen. (Heiterkeit.) Auf mechanischem, direktem Wege läßt sich die nicht beseitigen. (Große Heiterkeit.) Indirekt will man die Kinder wenigstens aus ihrem Lande verdrängen. Wir können von diesem Gesetz weder Zweck noch Mittel billigen. Hier muß es heißen: principis obsta in doppeltem Sinne: widerstehe den Grundrührer wie den Anfängen! Das Gesetz wird die Kluft zwischen Polen und Deutschen nur vertiefen. Sie säen Bind und werden Sturm ernten. (Lachen rechts.) Gerade als Männer, die Recht und Gerechtigkeit achten und die Gleichberechtigung aller vor dem Gesetz anerkennen, können wir der Vorlage nicht zustimmen. (Beifall links.)

Justizminister Dr. Schönstedt: Nicht gegen die einzelnen Polen, sondern gegen das Polentum richtet sich das Gesetz. Und es sollen nicht die getroffen werden, die polnisch sprechen, sondern nur die, die sich mit den Zwecken des Anstiedelungs-Gesetzes in Widerspruch setzen. (Lachen bei den Polen.) Artikel 4 der preussischen Verfassung hebt nur die Ungleichheiten der Bürger auf Grund sozialer Stellung auf; weiter sagt er nichts und will er nichts sagen. Die Polen können nach wie vor die deutschen Anstiedler auslaufen. Das können wir nicht verhindern, das wäre eine Verletzung im Recht auf Eigentumserwerb. Ich schließe mich vollkommen dem korrekten Standpunkt an, den gestern mein Kollege Herr v. Hammerstein eingenommen hat. (Beifall rechts. Zischen bei den Polen.)

Abg. Dr. v. Dziembowski-Pomian (Polen) besteigt mit diesen juristischen Wächern die Tribüne und polemisiert in langer Rede gegen die Ausführungen des Justizministers. Das Polentum bestreite doch aus Polen. Der gemachte Unterschied sei künstlich und der ganze Beweis für die Verfassungsmäßigkeit gezwungen. Der Ton, den hier der Minister gegen die Polen anzuschlagen pflegt, gleicht dem Ton, der in sozialdemokratischen Volksversammlungen gegen die herrschenden Klassen angeschlagen wird.

Minister Freiherr v. Hammerstein: Auch wir wünschen den Frieden. Aber die Polen sträuben sich dagegen, patriotische Preußen zu sein. Das das neue Gesetz auch eine Wirkung gegen deutsche Gütsbesitzer in der Provinz haben soll, sieht man an dem aus ihren Reihen kommenden Widerspruch. Selbstverständlich werden es die Gütsbesitzer ungern sehen, wenn sich der Verkaufswert ihrer jetzt hoch im Preise stehenden Güter verringern sollte. Aber diese Maßnahme ist notwendig, weil der jetzige Zustand recht ungesund ist. Der Abg. Träger hat es so hingestellt, als wolle ich der Vermehrung der Polen entgegenzutreten. Ich denke gar nicht daran, ich kann das auch gar nicht. (Stürmische Heiterkeit.) Mir liegt nur die Stärkung des Deutschtums am Herzen. (Beifall rechts und bei den National-Liberalen.)

Abg. v. Bodelberg (Lomb.): äußert einige Bedenken gegen die verwaltungsrechtlichen Bestimmungen der Vorlage.

Hierauf wird die Debatte durch einen Schlußantrag geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. Träger (fr. Sp.): Ich war während der Rede des Ministers nicht im Saale. Es ist mir aber gesagt worden, er habe eine Aeusserung von mir so aufgefaßt, als hätte ich ihn zum Mitschuldigen an der Vermehrung der Polen gemacht. Das ist mir nicht eingefallen. Ich würde eine derartige Tätigkeit ihm auch nicht zum Vorwurf gemacht haben, sondern würde sie als dem allgemeinen Frieden dienend betrachten. (Stürmische Heiterkeit.) Im übrigen halte ich ihn gar nicht für die geeignete Persönlichkeit dazu. (Große Heiterkeit.) Ich habe ihm im Gegenteile den Vorwurf gemacht, daß er der Vermehrung der Polen entgegenarbeite. (Erneute stürmische Heiterkeit.) Hierauf wird die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Dienstbezüge der Kreisärzte. Die Vorlage sieht eine Erhöhung der Bezüge der Kreisärzte vor, die wie bisher nicht vollbeforderte Staatsbeamte sind, teils durch Erhöhung der Bezüge aus der Staatskasse, teils durch die Zuzahlung von Entschädigungen, die anderen Beteiligten zur Last fallen. Außerdem werden die Reiseflosten anders geregelt und die Vorlage verleiht den Tierärzten Pensionsberechtigung.

Nach belangloser Debatte wird die Vorlage einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Ebenfalls nach kurzer Debatte wird die Vorlage betr. die Gebühren der Medizinbeamten einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Der schon vom Herrenhaus angenommene Gesetzentwurf betr. die Bildung einer Genossenschaft zur Regelung der Vorsut und zur Abwasserreinigung im Fischereigebiete wird in erster und zweiter Lesung in der vom Herrenhaus beschlossenen Fassung angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Kleinere Vorlagen. Initiativ-Anträge.) Petitionen. Schluß gegen 4 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Bris. Die Wahlvereins-Versammlung findet Freitagabend 8 1/2 Uhr bei G. Weniger, Werderstr. 27, statt. Vortrag des Genossen Dr. Silberstein über: Gewerbesteuern. Aufnahme neuer Mitglieder und Vereinsangelegenheiten.

In Friedrichshagen hält der Arbeiter-Bildungsverein am Sonntagabend 8 1/2 Uhr bei Beguid, Friedrichstr. 114, seine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag von Bruno Wille: Ueber die Weltanschauung in Goethes Faust. Gäste und Frauen haben Zutritt.

Bankov. Am Sonntag, den 15. d. M., morgens 7 1/2 Uhr, finden sich die Genossen, die die Flugblattverbreitung unterstützen, bei Umer, Wollanstr. 122, ein. Auf zahlreiche Beteiligung wird gerechnet.

In Potsdam fällt die auf heute festgesetzte Versammlung des Wahlvereins aus; die nächste Versammlung wird am 2. Juni bei Ladenshin abgehalten.

Der gestern in der Liste der Parteifunktionäre als Mitglied der Agitationskommission genannte Parteigenosse Fischer in Schönberg, Gothenstr. 93, teilt uns mit, daß sein Vorname nicht Karl, sondern Hermann ist.

Steglich-Friedenau. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Freitag, den 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Schellhase, Ahornstr. 15a, unser Programm-Kursus beginnt. Wir ersuchen nochmals um rege Beteiligung.

Wilmerdsdorf. Donnerstag früh 8 Uhr findet eine Flugblattverteilung statt. Die Genossen werden ersucht, pünktlich in folgenden Lokalen zu erscheinen: 1. und 2. Bezirk bei Weher, Wlambstr. 80; 3., 4. und 5. Bezirk im Volksgarten, Berlinerstr. 40; 6. Bezirk bei Rudloff, Wundsalzstr. 14; 7. Bezirk bei Kaleyts, Seefältschstraße 56.

Wilmersdorf. Freitagabend 8 1/2 Uhr findet im Lokal von Hamann die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Lokales.

Eine Erinnerung.

Vor jetzt zehn Jahren wurden die ersten Fansaren zu einem wirtschaftlichen Kriege geblasen, der die Berliner Bevölkerung volle acht Monate in Atem hielt. Der Bierbojott begann Mitte Mai 1894, wurde bis Ende Dezember mit beispielloser Erbitterung geführt, um dann durch einen Friedensschluß, der beiden Seiten annehmbar schien, beendet zu werden. Formell gab die Kaiserin mit ihren Ausproben den Anlaß zu dem Kampfe, tatsächlich aber handelte es sich um ein Vorhaben, das seit langem von dem Unternehmertum in Brauereigerichte geplant worden war und die Zerstörung der Arbeiterorganisationen zum Ziele hatte. In der Berliner Arbeitererschaft war anfänglich durchaus keine große Neigung zum Kriege vorhanden. Hier wirkte noch die Erinnerung an den Bojott von 1890 nach, der nach einmonatlicher Dauer damals am 21. Juni durch eine Volksversammlung aufgehoben wurde, in der Weber scharf das Vorgehen eines Teils der Parteigenossen mißbilligte und von dem „Reichsdienst“ sprach, der vor Volksversammlungs-Beschlüssen selbst dann getrieben werde, wenn diese Beschlässe auch noch so verkehrt seien.

Am 6. Mai 1894 hatte in Rixdorf eine Volksversammlung beschlossen, das Bier der dortigen Vereinsbrauerei zu boykottieren, weil diese Brauerei wegen der Kaiserin die Wötter hergestellt hatte. Der Verein der Berliner Brauereien beschloß darauf, 20 Prozent seiner Arbeiter zu entlassen, wenn der Bojott über die ermöglichte Brauerei nicht bis zum 15. Mai aufgehoben werde. Dieser Beschluß wurde vom Verein der Brauereien offiziell der Berliner Gewerkschaftskommission mitgeteilt, die der Unternehmerorganisation antwortete, daß sie wie auch die Berliner Arbeitererschaft dem Bojottbeschlusse völlig fern stehe und daß ihr daher auch jede Möglichkeit fehle, diese sie nicht weiter verhängende Maßregel aufzuheben. Unter solchen Umständen wäre es ein Leichtes gewesen, den Rixdorfer Konflikt beizulegen, wenn es den Berliner Brauereien um einen ehrlichen Frieden zu thun gewesen wäre. Aber es stellte sich heraus, daß der Leiter der organisierten Brauerei-Arbeiter, unser Parteigenosse Hilpert, recht hatte, als er bereits in einer am 6. Mai abgehaltenen Versammlung auseinandersetzte, daß es sich bei der Ausproberung um ein seit langem von den Unternehmern vorbereitetes Mäander handle. Ohne weiteres führten die Brauereien ihren Maßregelungsbeschluß schon vor dem Ablauf des Termins durch und zielten so, daß sie eine Machtprobe heraufbeschwören wollten. Besonders brutal war die Maßregelung noch insoweit als zumeist die ältesten Arbeiter auf die Straße gesetzt wurden.

Die Provokation wurde von der ganzen Berliner Arbeitererschaft als ein Schlag ins Gesicht empfunden. Schnelles, energisches Handeln war auch auf ihrer Seite notwendig und so veröffentlichte der „Vorwärts“ am 17. Mai einen von einer Reihe namhafter Parteigenossen unterzeichneten Aufruf, der die Boykottierung von zunächst sieben Brauereien empfahl. Kein Volksversammlung, die am selben Abend abgehalten wurden, billigten diese Abwehrmaßregel, die mit einer bis dahin beispiellosen Disziplin durchgeführt wurde. Die Unternehmer antworteten mit neuen Arbeiter-Maßregelungen; bis zum 22. Mai waren 450 Brauer und 250 Wötter auf die Straße gesetzt und weitere Entlassungen folgten, da der Absaß in einem nicht vorausgesehenen Umfange stollte.

Wald merkte der Verein der Brauereien, daß er, auf sich allein angewiesen, das Spiel als verloren betrachten müsse. Er sah sich nach Bundesgenossen um. Der Brauereibesitzer Gappoldt verbandte an die Unternehmererschaft Berlins ein vertrauliches Mündstreiben, doch durch ihren ökonomischen Druck die Arbeiter zum Trinken des boykottierten Bieres zu zwingen. Scheiterte diese Maßregel dort, wo sie von Unternehmern verurteilt wurde, am passiven Widerstand der Arbeiter, so war um so wirksamer ein auf die Saalbesitzer ausgeübter Zwang. Diese vielfach von den Brauereien abhängigen Herren folgten am 10. Juni mit der knappen Mehrheit von 143 gegen 111 Stimmen den Beschluß, ihre Räume zu socialdemo-

kratischen Versammlungen zu verweigern, wenn der Bojott nicht bis zum 15. Juni aufgehoben werde. Nicht immer war es bei den Saalbesitzern der Eifer für die hehre Sache des Unternehmertums, der zu solchem tief in ihre Interessen einschneidenden Beschluß führte; manche der Herren hofften im Trüben fischen und von der Million, die die Brauereien angeblich zu ihrer Unterhaltung bereit halten wollten, ein gut Teil ergattern zu können.

Die ganz großen Lokale waren jetzt allerdings der Arbeitererschaft verschlossen, aber die Möglichkeit, sich zu versammeln, war nach wie vor gegeben. Dies zeigte sich am deutlichsten in der Abhaltung der 31 Volksversammlungen, welche am 10. Juli beschlossen, den Bojott über sämtliche Ringbrauereien auszudehnen, da die Kontrolle über die Durchführung der Maßregel sich infolge der gegenseitigen Unterschleibungen bei den Brauereien immer schwieriger gestaltete. So wurde der Kampf immer erbitterter geführt.

War der Bojott auch eine tiefere Sache, die von der Arbeitererschaft Berlins mit eiserner Konsequenz geführt wurde, so fehlte es doch in diesem Kampfe nicht an heiteren Episoden. Die bürgerliche Presse, die mit alleiniger Ausnahme der „Volk-Zeitung“ während für die Unternehmer Partei nahm, that sich in allerhand Mäandergerichten etwas zu gute, in denen über die Tyrannei der socialdemokratischen „Vierhundfüßler“, wie die mit der Kontrolle der Gastwirtschaften betrauten Parteigenossen genannt wurden, gar schlimmes zu lesen stand. Auf Seiten der Arbeitererschaft aber dichtete Macius Scavola seine vergnügten Bierbojott-Lieder:

„D Rösche, o Rösche Wie fallen Deine Ätten!“

Besonders ärgerte es aber die bürgerliche Presse, daß wir über den Stand der Dinge bei den Gegnern stets auf das genaueste unterrichtet waren und jeden Sonntag über den Winderabsatz der großen Brauereien detaillierte Angaben bringen konnten, die auf Haar stimmten.

Es sollte nicht an Einigungsversuchen in diesem Kampfe, die jedoch monatelang ohne Erfolg blieben. Anfang Juli bereits wollte das Gewerbetriebeamt eine Vermittlungskommission unternehmen, die aber am Widerstand der Unternehmer scheiterte; die im Herbst angeknüpften Verhandlungen zerfielen sich infolge der Weigerung der Brauereien, 33 Gemäßregelungen wieder einzustellen. Von neuem begann der Kampf, der nun mit verdoppelter Energie weitergeführt wurde und in den ausnahmslos Dividenden-Mädchungen am Ablauf des Geschäftsjahres besonders seine Wirkung zeigte. So stellte sich bei zwölf Brauereien der Gewinnrückgang im Verhältnis zum Vorjahr auf 1.085.725 M. Man machte sich auf weitere Kämpfe von langer Dauer gefaßt.

Da entstand zur Weihnachtszeit ganz unermutet das Gerücht, daß neue Verhandlungen angeknüpft seien, und am 25. Dezember veröffentlichte die Bojottkommission im „Vorwärts“ ein Protokoll, in dem auf Grund von Vereinbarungen, mit denen sich die Arbeitererschaft einverstanden erklären konnte, die Aufhebung des Bierbojotts empfohlen wurde. Am 28. Dezember erklärte sich die Arbeitererschaft in großen Versammlungen mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden und beschloß, den Bojott aufzuheben.

Die zehn verflochtenen Jahre haben dargelegt, daß der geflochtene Friede ehelich gemeint war. Die Brauerei-Unternehmer lernten aus dem Bojott, daß man nicht ungestraft die Arbeiter provozieren darf und ihr hauptsächlichster Führer, der Reichstags-Abgeordnete Rösche, zeigte sich in den neun Jahren, die ihm noch zu leben vergönnt waren, als ein Mann von so seltener socialpolitischer Einsicht, daß der grimmige Haß, mit dem ihn die Schatzmacher beehrten, wohl verdient war. Schwerlich wird es im Berliner Brauereigewerbe wieder zu einem Kampfe von der Art des Bierbojotts kommen, wie überhaupt sich die Anschauung durchgerungen hat, daß der Bojott nur in ganz besonderen Fällen, wo das Interesse der Gesamtarbeiterschaft in Betracht kommt, angewendet werden darf. Sache der Arbeitererschaft ist es, durch unausgesetzte Organisations-thätigkeit auch den Unternehmern anderer Verufe Respekt vor dem Koalitionsrecht beizubringen.

Aus dem Oberlinhaufe in Rowawes.

Der 24-jährige Karl Regent ist Zeichner in einer Rowaweser Leppichfabrik. Er ist rechtsseitig vollständig gelähmt und befindet sich früher in der Krüppelanstalt des Rowaweser Oberlinhaufes. An Stelle einer alt gewordenen Beinshiene bedurfte er einer neuen und wollte sich eine solche vom Krüppelheim auf Leihzahlung verschaffen. Eines Tages begab sich Regent seiner Darstellung gemäß zu dem Vorsteher der Anstalt, Pastor Hoppe, um dessen Vermittlung in Anspruch zu nehmen, und bat, die Schiene möglichst schnell in der Wandagenfabrik des Krüppelheims anfertigen zu lassen. Herr Hoppe versprach das. Regent wandte sich weiter an den Hausvater Rogalla, Bruder vom Johanneßstift in Berlin, und ließ sich dann bei dem Wandagisten Samoyki zu seiner Schiene Maß nehmen.

Nach vierzehn Tagen erkundigte sich Regent beim Wandagisten nach dem bestellten Gegenstand. Er erhielt zur Antwort, es sei sehr viel zu thun, die Schiene müßte fertig werden. Regent beschwerte sich beim Pastor Hoppe und zwar in einem Augenblick, als dieser gerade mit seiner Frau ausgehen gedachte. Auf die erste Frage der letzteren, wieso die Vernachlässigung des Regent möglich wäre, meinte Herr Hoppe: „Du weißt, Herr Regent hat nicht die Liebe des Herrn Rogalla, deshalb verzögert sich die Sache.“ Pastor Hoppe wollte sofort anklingeln und die eilige Herstellung der Beinshiene anordnen.

Am 23. v. Mts. schickte Regent zum Wandagisten einen Boten, der, wie er selbst schon früher, mit einer mündlichen Antwort abgespeist wurde. Darauf ging er abermals persönlich hin und erhielt den Bescheid: „Ich pflege mit Affen nicht umzugehen.“ Auf die Beschwärde beim Hausvater Rogalla nahm dieser mit dem Wandagisten Rücksicht. Der Wandagist erklärte sein Verhalten damit, daß Regent ihm nicht gegreift hätte, im Fluß der Werkstatt aber sagte Regent dem Hausvater nachher auf den Kopf zu: „Wir sind Feinde und deshalb haben Sie die Anfertigung der Schiene hintertrieben.“ Zum Beweise seiner Behauptung berief er sich auf die Ausrüstung des Pastors. Im Verlauf des sich nunmehr entwickelnden Streites druzte der Hausvater den Regent und schlug den Krüppel, wie dieser behauptet, so heftig ins Gesicht, daß der Geschlagene taumelte und sich am Geländer festhalten mußte. Der inzwischen hinzugekommene Wandagist meinte, der Keel mühte rechts und links eins kriegen. Regent führte alsdann bei der Oberin, Fraulein Thunelba v. Salbern, Klage; die Dame aber wußte nicht weiter zu sagen als: „Da werden Sie jedenfalls Herrn Rogalla in seiner Mannes-ehre so gekränkt haben, daß er sich soweit hinreißen ließ!“ Kurz nachher bestellte man Regent zum Anprobieren ins Krüppelheim. Um vor weiteren Angriffen auf seine Person sicher zu sein, nahm er sich einen Reagen mit, der aber vom Wandagisten an die frische Luft gesetzt wurde. Unter diesen Umständen verzichtete Regent auf die Anprobe. Im übrigen hat er sich wegen der Sache an die Staatsanwaltschaft gewandt.

Die Trauerfeier für Jenny Groß hat heute vormittag um 10 1/2 Uhr in der Hedwigs-Kirche unter außerordentlich starker Beteiligung stattgefunden. 1500 Einschaltkarten waren zum Eintritt in die Kirche ausgegeben worden. Fast sämtliche Berliner Theater, zahlreiche Künstler und Arcunde hatten Kränze niederlegen lassen. Auf schwarz drapierten Stühlen hatten die Leidtragenden, in erster Reihe die ältere Schwester und die nächsten aus Ungarn herbeigeleiteten Verwandten Platz genommen. Die Direktoren der Kunst-institute Berlins waren sämtlich erschienen, an ihrer Spitze der Generalintendant der Königl. Schauspiel v. Puffen. Der Königl. Opernchor sang eine Motette; hierauf hielt der Kurat Dr. Vertram

das Requiem für die Verstorbene ab. Dann würde der Sarg auf den Anhalter Bahnhof übergeführt, von wo aus die Leiche der Künstlerin am Nachmittag nach Wien gebracht wurde.

Für die Enthüllung des Haydn-Mozart-Beethoven-Denkmal ist ein Termin noch nicht festgesetzt. Die Arbeiten sind noch nicht ganz beendet. Das Denkmal, ein Werk von Prof. Siemering, hat bekanntlich seinen Platz am Süden des Goldfischteichs im Tiergarten.

Das Jubiläum der fünften Berliner Gemeindefschule seit deren Umwandlung aus der ehemals Pfeiferschen Schule im Juni fünfundsiebzig Jahre verfloßen sein werden, weckt die Erinnerung an einen langjährigen früheren Leiter dieser Gemeindefschule, den Rektor Dr. Karl Kinzel. Der alte Kinzel hat noch bis vor kurzem in stillster Zurückgezogenheit seinen Ruhestand genossen und ist erst in diesem Winter als ein nahezu neunzigjähriger Greis, Kinzel wurde 1814 geboren, begann 1834 seine Lehrtätigkeit und kam 1839 als Lehrer an die fünfte Gemeindefschule, die damals in dem von der Stadt 1829 angekauften Hause Lindenstraße 7, Ecke der Reubenburgerstraße, untergebracht war. Er übernahm 1854 als „Hauptlehrer“ die Leitung der Schule und behielt sie bis Ostern 1891, wo er in den Ruhestand trat. Im Jahre 1890 hatte er noch die Uebernahme der fünften Gemeindefschule aus dem zu eng gewordenen Hause in der Lindenstraße nach dem neuen Heim Alte Jakobstr. 127 mitgemacht. Rektor Dr. Kinzel sah, als er seine Lehrtätigkeit einstellte, auf einen Schuldienst von 50 1/2 Jahren zurück, das ist eine Dienstzeit von einer für Berliner Verhältnisse ganz ungewöhnlich langen Dauer. Der fünften Gemeindefschule hatte er allein 51 1/2 Jahre seiner Lehrtätigkeit gewidmet.

Die Neuregelung des Straßenhandels, wie sie jetzt vom Polizeipräsidenten geplant worden ist, hat die Händler und Händlerinnen betanlagt. Für Freitagabend 9 1/2 Uhr nach Mitternacht eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in der die polizeiliche Behandlung des Straßenhandels zur Sprache gebracht werden soll. Die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung sind hierzu eingeladen. Referent ist Herr Senna Doy.

Eine für Krankenkassen und besonders für Arbeitgeber bemerkenswerte Entscheidung fällt am 9. d. M. die Strafkammer des Königl. Landgerichts I. Der Arbeitgeber St. (Zwischenmeister) war mit der Zahlung der fällig gewordenen Beiträge zur Orts-Krankenkasse der Schneider zc. im Betrage von 81 M. in Rückstand gekommen; die gegen ihn vorgenommenen Zwangsvollstreckungen waren ohne Erfolg. Es wurde von der geschädigten Kasse festgestellt, daß St. zwei Drittel der Beiträge seinem Personal bei den Lohnzahlungen in Abzug gebracht hatte. Wiederholte Gesuche der Kasse, die Angelegenheit zu erledigen, ließ St. unberücksichtigt. Die Kasse stellte wegen Hinterziehung der Beiträge Strafantrag. In dem vorbereiteten Verfahren ergab sich, daß St. eine Abmeldung infolgedessen gefällig hatte, als er einen weiteren Namen auf dieser nachträglich verzeichnete, um die sich aus § 52 des Krankenversicherungs-Gesetzes (Fortzahlung der Beiträge bis zum Tage der Abmeldung) ergebenden Folgen zu vermeiden. Das Gericht verurteilte den nicht vorbestraften St. wegen Hinterziehung der Beiträge zu 20 M. und wegen der Fälschung der Meldung zu einem Monat Gefängnis.

Eine Beschwerde aus Anlaß einer Anmietung hat die Schuhwarenfirma Siller an den Oberbürgermeister Strömer gerichtet. Herr Siller bewohnt seit 37 Jahren das der Stadt gehörende Langelde Stiftingshaus in der Jerusalemstr. 40 und zählte zuletzt 12 000 M. Miete. Jetzt hat die Firma Diez das Haus für 36 000 M. Miete übernommen. Herr Siller beklagt sich jetzt darüber, daß ein angebliches Versprechen von Seiten der Stadt, seinen Kontrakt zu verlängern, nicht gehalten worden sei. Eine Korrespondenz will wissen, daß die Angelegenheit die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigen werde.

Wegen Vornahme von Wassermessungen hauptsächlich in der Nähe der Mühlendamm- und Stadtschleuse müssen an einzelnen, im voraus nicht näher zu bestimmenden Tagen in den Monaten Mai und Juni dieses Jahres die genannten Schleusen und der Schiffahrtsverkehr in ihrer Nähe zeitweise unterbrochen werden. Die erforderlichen Anordnungen erfolgen jedesmal durch die Schleusen- und Stromaufsichtsbeamten ohne vorherige besondere Bekanntmachung.

Straßensperrung. Die Mittelstraße von Schadow- bis Reussische Kirchstraße wird behufs Umpflasterung — Asphaltierung — vom 16. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Der Schrecken des Hauses. Im Hause Dalldorferstr. 13, dessen Eigentümer in Schöneberg wohnt und das seinen Verwalter hat, schaltet unumfänglich der Förstner und Hausmeister Wilhelm Busch. Er ist der Schrecken der Kinder im Hause, und sie behaupten, daß er wegen der geringsten Kleinigkeit zum Gummischlauch greife. Ueber Busch, der eine Frau und eine zehnjährige Tochter Frieda hat und von Tag über in einer Fabrik arbeitet, wohnt im vierten Stock des ersten Flügels seit dem 1. April die 43 Jahre alte Arbeiterwitwe Kersten mit ihren beiden Kindern, einem Sohn Albert von 21 Jahren und einer zwölfjährigen Tochter Elise. Auch mit dieser Familie kann ich der Förstner nicht vertragen. Dienstagmorgen warf nun Elise Kersten einen Puppenball zum Fenster hinaus. Frau Busch, die das sah, machte Spektakel und ihre Tochter rief aus dem Fenster dem Mädchen zu, wenn der Vater nach Hause komme, so gebe es Schläge. Abends um 8 1/2 Uhr schickte Frau Kersten ihre Tochter ort. Das Mädchen begegnete auf der Treppe ihrem Bruder, der von der Arbeit kam, erzählte ihm, was vorgefallen war und bemerkte, es traue sich nicht hinunter, da es sich vor dem Förstner fürchte. Der junge Mann schimpfte nun so laut, daß Busch s in seiner Wohnung hörte und herauskam. Nach einem heftigen Wortwechsel wurden die beiden Männer handgemein. Als nun Frau Kersten dazu kam, um sie auseinander zu reißen, griff Busch zum Messer und stieß es der Frau dreimal in den Kopf und dem jungen Manne einmal in den linken Arm. Das ganze Haus geriet in Aufruhr. Vier Schutzleute, die man von der Weierwache am Hochplatz holte, machten dem Kampfe ein Ende, und zwei Ärzte verbanden die Verletzten, die dann von einem Beamten mit einem Krankenwagen nach der Charité gebracht wurden. Während Frau Kersten hier schwer verundet daniiederliegt, konnte ihr Sohn wieder nach Hause entlassen werden. Busch wurde unter einem ungeheuren Menschenauflauf nach der Wache des 82. Regiments gebracht, nach Aufnahme des Thatbestandes aber wieder entlassen, da er eine feste Wohnung hat. Gestern vormittag wurden fast alle Hausbewohner über ihre Erfahrungen mit dem Förstner vernommen.

Von seinem eignen Wagen überfahren und tödlich verletzt wurde der 35 Jahre alte Arbeiter Paul Perroux aus der Freiwalderstraße 23. Er glitt, nachdem seine Pferde schon angezogen hatten, vom nassen Bagentritt ab und fiel so unglücklich hin, daß ein Vorder- und ein Hinterrad ihm über den Leib gingen. Im Krankenhaus am Friedrichshain erlag er den Verletzungen. Der Verunglückte hinterläßt seine Frau mit zwei Kindern im Alter von 8 und 1 1/2 Jahren.

Durch einen Sturz in den Keller ist der 41 Jahre alte Droschkentischer Friedrich Brand aus der Sellenstraße Nr. 15 um das Leben gekommen. Nachdem er nachts gefahren hatte, kam er gestern morgen in die Schankwirtschaft von Schulz in der Tegelerstraße Nr. 2. Ermüdet von der Nachtfahrt, lehnte er sich beim Austreten an die nicht verschlossene Thür des Bierkellers an und stürzte rücklings die sieben Stufen zählende Treppe hinunter. Frau Schulz, die ihn fallen hörte und ihm zu Hilfe eilte, fand ihn bewußtlos daliegen und sorgte dafür, daß er nach seiner Wohnung gebracht wurde. Der Arzt, der ihn dort neun große Kopfwunden verband, ordnete seine Ueberführung nach dem Augusta-Hospital an. Der Verunglückte starb aber bereits auf dem Wege dorthin im Rettungswagen. Seine Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Vom Bilderschwindel. Drei Pariser Firmen, Ferdinand Mertens, Arthur Böbel und Becker, alles „Institute für Portrait-Vergrößerungen“ usw. überschweben gegenwärtig die Reichshauptstadt mit

Kleinanzeigen, in denen die Vornahme einer „Gratis-Vergrößerung“ nach jeder eingesandten Photographie zugesichert wird, sofern die Einlieferung des Bildes innerhalb 10 oder 14 Tagen erfolgt. Jedem Empfänger wird versichert, daß die Ausführung des Bildes nur zu Kleinanzeigen kostenlos stattfinden. Die Empfänger der Bilder seien bloß verpflichtet, die Firma zu empfehlen. Schickt der Empfänger eine Photographie ein, so erhält er aber die Aufforderung, 8—9 Fr. für Verpackung, Porto, Zoll einzusenden.

Ein großer Brand beschäftigte am Mittwoch die vierte Kompanie in der Calvinststraße 6 in Moabit. Dort stand nachmittags der Dachstuhl des Vorderhauses mit dem rechten Seitenflügel in großer Ausdehnung in Flammen. Als Brandinspektor Julius mit dem 16. Zuge erschien, war der 15. Zug schon mit großer Eile vorgegangen. Ueber die Treppen und eine große mechanische Leiter wurde der Kampf mit allen Kräften durchgeführt. Aus mehreren Schlauchleitungen wurde unausgesetzt energisch Wasser gegeben. Nach mehrstündiger Thätigkeit, wobei die Mannschaften sehr unter der Qualentwicklung zu leiden hatten, wurde man soweit des Feuers Herr, daß ein Teil der Feuerwehre abgelöst werden konnte. Die Aufräumung nahm dann noch viel Zeit in Anspruch. Der Schaden ist bedeutend, den Mietern sind eine Menge Vorräte und Hausrat verbrannt, auch wurden durch das Wasser die Deden beschädigt. Die Ursache des Feuers ist noch nicht ermittelt, angeblich soll Unvorsichtigkeit vorliegen.

Theater. Otto Sommerstorf ist von seiner Erkrankung genesen und wird in der am Donnerstag, dem Himmelfahrtstag, im Deutschen Theater stattfindenden Vorstellung von „Robella d'Andrea“ als „Sangiorgio“ seine Thätigkeit wieder aufnehmen. — Apollo-Theater. Am Montag, dem 16. Mai 1904 feiert der beliebte Robert Steidl ein Jubiläum, er ist nämlich an diesem Tage zehn Jahre Mitglied des Apollo-Theaters. Die Direktion plant für diesen Tag eine Extravorstellung, an welchem auch Paul Linke zu Ehren Robert Steidls dirigieren wird. — Der Garten des Belle-Alliance-Theaters unter Leitung von Kren und Schönfeld, wird bei günstiger Witterung am Himmelfahrtstage vollständig renoviert eröffnet werden.

## Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung hielt am Dienstagabend eine außerordentliche Sitzung ab. An erster Stelle der Beratungen stand eine Magistratsvorlage, die Zusammenlegung der Schuldeputation und Erlass einer neuen Geschäftsordnung für diese Körperschaft betreffend. Scheinbar liegt in der beabsichtigten Neuordnung der Pflichten dieser Deputation insofern ein geringer Fortschritt, als die in den Händen der Geistlichen liegende Schulschulinspektion diesen entzogen wird. Dieses geringe Zugeständnis ist aber gegenüber der Thatsache, daß die durch und durch reaktionäre Ministerialverordnung aus dem Jahre 1811 durch Annahme der Vorlage geradezu von den städtischen Körperschaften anerkannt würde. In dieser Verordnung wird bestimmt, daß neben Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten auch drei im Unterrichtsweesen erfahrene Bürger Sit und Stimme in der Schuldeputation haben sollen. Diese allgemeine Fassung wird nun durch die mit der Regierung vereinbarte Fassung der neuen Vorlage des Magistrats insofern beseitigt, als diese letztere festlegen will, daß die jeweilig amtierenden Geistlichen der evangelischen und katholischen Kirche ohne weiteres Mitglieder der Schuldeputation sind. Um diesen Preis war selbst ein Teil der bürgerlichen Mehrheit nicht für die Vorlage zu haben. Der Stadtverordnete Abraham und Stadtverordnete-Vorsteher Sander erklärten die angeblichen „Vorteile“ als völlig unannehmlich. Herr Abraham, dem übrigens auch einmal der winzige liberale Teil seines Herzens höher zu schlagen schien, meinte sogar, den Geist der neuen Geschäftsanteilsung kennzeichne man am besten durch Anlehnung an ein bekanntes Wort: die Deputation absolut, wenn sie der Regierung Willen thut. Stadtverordneter Silberstein (Soc.) erklärte, seine Freunde würden selbstverständlich gegen die Vorlage stimmen. Es müsse ganz energisch gegen jede Vertrommung des Volksschulwesens angekämpft werden. Unsere Volksschule leide schon unter den Bestimmungen ereaktionärer Maßnahmen so außerordentlich, daß es nicht erst nötig sei, durch einen Gemeindefschluß gewissermaßen noch die bereits vorhandenen unhaltbaren Zustände zu sanktionieren. Obwohl seitens des Magistrats Bürgermeister Voigt und Stadtrat Weinreich die Vorlage zu retten suchten, erzielte diese doch das verdiente Geschick einer blanken Ablehnung. — Der nächste Gegenstand der Tagesordnung „Erweiterung der höheren Lehranstalt“ wurde nach einer ebenfalls ausgedehnten Debatte an die durch sechs Stadtverordnete verstärkte zuständige Deputation zurückverwiesen. Die Vorlage läuft im wesentlichen darauf hinaus, das für den Ausbau der Realschule und des Gymnasiums bereits durch Zulauf vergrößerte und völlig ausreichende Grundstück dieses Zweck nicht zuzuführen. Vielmehr will man — und, wie Stadtr. Dr. Silberstein (Soc.) ausführte, anscheinend infolge eines verwerflichen Bezirkspatriotismus — die Trennung beider Anstalten ohne jeden stichhaltigen Grund durchführen, um dann schließlich in einem andern Ortsteil einen weiteren kostspieligen Bau auszuführen. Das hieße geradezu sowohl mit dem Gelde, wie mit Schulklassen toll wirtschastlich, während man bei den Volksschulbauten gar nicht genug „sparen“ könne. — Nachdem noch einige kleinere Vorlagen angenommen worden waren, wurde in eine geheime Sitzung eingetreten.

Potsdamer Leiden. Die Genehmigung zu dem elektrischen Betrieb der Potsdamer städtischen Straßenbahn über die Langebrücke hinweg ist bisher noch nicht zu erlangen gewesen. Die städtischen Behörden haben alles gethan, um den Einspruch des Kaisers, der die Langebrücke für zu schmal erachtet, zu beseitigen. Der Monarch wünscht den Bau einer besonderen Brücke vom Marktplatz über die Havel nach dem Bahnhof, wobei das Stadtschloß nicht mehr durch eine Oberleitung beeinträchtigt würde. Trotzdem wurde von der Stadtgemeinde die Straßenbahn angekauft, weil man hoffte, schließlich noch die Genehmigung zum elektrischen Betrieb über die Langebrücke hinweg zu erhalten. Nach den inzwischen stattgehabten Verhandlungen erkennt dies jetzt ausgefallen und die Potsdamer Stadtverordneten-Versammlung wird sich deshalb mit einer Vorlage zu beschäftigen haben, die die Einführung des elektrischen Betriebes bei der Straßenbahn mit Anschluß der Langebrücke bezweckt. Der Magistrat hatte bei den Verhandlungen mit der Regierung den Standpunkt eingenommen, daß der Bau einer zweiten Havelbrücke nicht Bedürfnis sei. Man will nun der Regierung als Beweis des Entgegenkommens in der Angelegenheit zu dem Bau einer zweiten Havelbrücke einen Zuschuß von 100 000 M. als Höchstbetrag zustehen. Zugleich soll die Straßenbahn in eine elektrische Bahn bis zum Marktplatz umgewandelt, von da ab aber der Pferdebetrieb über die Langebrücke hinweg als Notbehelf aufrechterhalten werden. So ergiebt es der lokalen Residenzstadt Potsdam.

Ober-Schönevide. Die letzte Gemeinderats-Sitzung beschäftigte sich mit der Gebührensatzung für die Kanalisation. Ein heftiger Streit besteht zwischen den sonst so einigen Vertretern der Hausbesitzer und der Fabrikanten. Diese, welche die Kläranlage zu vier Fünfteln belasten, zahlen ungefähr 6 Pf. pro Kubikmeter Abwasser, wohnende die Hausbesitzer bei 2 1/2, Proz. des Nutzungswertes zwischen 20—30 Pf. zu zahlen haben. Vom Genossen Grunow wurde die Ansicht der Herren Fabrikbesitzer belämpft, daß Ober-Schönevide ohne die Fabriken nichts wäre, sondern diesen danken müßte, daß sie da wären. Genosse Grunow hielt den Herren entgegen, daß jeder nur ein Produkt der Verhältnisse sei und demzufolge die Fabriken Arbeiter und letztere Arbeitsgelegenheit brauchten, im übrigen auch Hausbesitzer nötig seien, die den Arbeitern die Wohnungen vermieteten. — Eine Einigung war unter den Herren nicht zu erzielen, und so wurde diese Sache einer Kommission, der auch Genosse Grunow angehört, überwiesen. — Der Klärmeister wurde auf sein Verlangen mit dreimonatlicher Kündigung ange stellt, mit der Maßgabe, daß später Lebenslängliche Anstellung erfolgt. Die Löhne der Kanalisationsarbeiter sollen künftig denen

der Straßenarbeiter durch eine Staffelung aufgebessert werden. — Die Deutzer Gasmotoren-Fabrik hat sich erboten, auf ihre Kosten zur Probe auf dem Grundstück der Kläranlage eine auf dem System der Vergasung beruhende Einrichtung in Betrieb zu setzen. Die Genehmigung wurde erteilt. — Die Eröffnung der Apotheke wurde auf Anfrage des Genossen Grunow in baldige Aussicht gestellt.

In Lichtenberg erregt eine Denunziation wegen Meineides großes Aufsehen, die den am Orte wohnenden Schächtermeister Spahn und seine Ehefrau schuldlos aus drei Wochen in Untersuchungshaft brachte. Der Hausbesitzer Hugo Metzger hatte gegen Spahn eine Eibillklage verloren, die darauf fuhte, daß Spahn von ihm durch mündliche Vereinbarung eine Wohnung gemietet haben sollte, was von dem Schächtermeister und dessen Ehefrau, die bei der Besichtigung der Wohnung mit zugegen waren, vor Gericht unter Eid bestritten wurde. Unter Kemmung von zwanzig Zeugen denunzierte Metzger nun das Ehepaar wegen Meineides und erreichte auch die sofortige Verhaftung der Beschuldigten. Erst nach drei Wochen wurden die Verhafteten auf Betreiben ihres Verteidigers gegen eine Kaution von 6000 Mark freigelassen und nun, nach weiteren fünf Wochen, haben sie vom Staatsanwalt den Vercheid erhalten, daß das Verfahren gegen sie eingestellt sei. Die schwer gekränkten und materiell außerordentlich geschädigten Eheleute wollen jetzt gegen den Denunzianten vorgehen. Die Anklündigung wird am Orte um so peinlicher empfunden, als Metzger seiner Zeit dem Viehbesitzer-Komitee angehörte und damit befundete, daß ihm das Schicksal vermeintlich schuldlos verhafteter Personen ganz besonders zu Herzen geht.

Rixdorf. Durch Sturz in einen Keller verunglückt ist der Arbeiter Willy Ring aus der Franzstr. 4 in Berlin. R. half auf dem Grundstück Rottbuser Damm 73 beim Aufstellen eines großen Gasmotors. Beim Transport des riesigen Schwungrads stürzte dieses um. R. wollte beiseite springen, um nicht erschlagen zu werden, und stürzte dabei in den Kesselkeller des Maschinenraumes hinab. Hierbei erlitt er eine Rückenquetschung, die seine Aufnahme in das Krankenhaus notwendig machte. — Von einer noch nicht ermittelten Person verschleppt und beraubt wurde das zweijährige Töchterchen des Arbeiters Altemann, Weiserstr. 200. Das Kind hatte auf der Straße gespielt und war plötzlich verschwunden. Erst am Abend fand man es in der Kaiser Friedrichstraße umherirrend auf. Die goldenen Ohrringe, welche das Kind getragen, waren ihm gestohlen worden.

## Gerichts-Zeitung.

Der gestrige Verhandlungstag des Pommerbank-Prozesses war in seinem ersten Teile der Erörterung des Schadens gewidmet, der für die Pfandbriefbesitzer und Aktionäre der Pommerischen Hypotheken-Aktien-Bank entstanden ist. Eingehend ließ sich Direktor Dernburg von der Darmstädter Bank, die die Reorganisation durchgeführt hat, über dieses Thema aus. Er betonte u. a., daß die Reorganisationskommission keineswegs eine rigorose Tendenz verfolgte; die Kommission sei überall über die Fagen geblieben, die die staatliche Revisionskommission aufgestellt hatte. Der Schaden ist auf 24 1/2 Millionen Mark festgestellt worden und zwar nach dem Werte der in Frage kommenden Grundstücke, dem Werte der Hypotheken, dem Werte der persönlichen Schulden und dem Werte der Unterlagen. Die Schätzungen der Kommission seien durchaus den wirklichen Verhältnissen entsprechend. Bei der Aufstellung der Bilanz sei man nach den Vorschriften des Konkursgesetzes, nach dem streiten Vorschriften des Bilanzierungsgesetzes verfahren, man sei nach kaufmännischen Grundsätzen dabei vorgegangen und die Bilanz sei durchaus richtig aufgenommen. Daß der herausgerechnete Verlust auch wirklich vorhanden war, habe die weitere Entwicklung gezeigt. Die Reorganisation, die auf der Generalversammlung von den Vertretern von 120 Millionen Mark gegen 200 M. gutgeheißen worden ist, sei eine durchaus milde gewesen. — Auf die weitere Frage nach den Vorteilen, die die Darmstädter Bank aus der Reorganisation gezogen, erklärte der Zeuge, daß die Darmstädter Bank für ihre Vermittlungen und ihre große Arbeit 2 pro Mille Provision zugebilligt erhalten habe, alle übrigen Behauptungen von angeblichen kolossalen Verdiensten, die die Darmstädter Bank nebenbei aus der Reorganisation gezogen, seien völlig unzutreffend. Daß die Provision von 2 pro Mille eine angemessene und berechtigte gewesen, habe die Handelskammer in einem vorliegenden Gutachten anerkannt. Zugugeben sei, daß das Gelingen der Reorganisation das Prestige der Darmstädter Bank erhöhte und sie auch neue Verbindungen dadurch angeknüpft hat. Im übrigen könne er versichern, daß ihm die Reorganisation eine Unsumme von Ärger und Kummer gemacht habe und daß, wenn die Sache schief gegangen wäre, das Prestige der Bank einen so großen Schaden erlitten haben würde, daß er seine Stellung wohl schwerlich hätte behalten können. Auf Befragen des Angeklagten Schulz gab Dr. Gerschl zu, daß das früher der Immobilien-Verkehrsbank gehörige Terrain in der Landberger Allee an die Terracingesellschaft „Nordost“ verkauft ist, die sich — nach der Behauptung von Schulz schon 14 Tage nach dem Erscheinen des Revisionsberichts — gebildet hat. Der Zeuge beklagte auf weiteres Befragen, daß er selbst sich durch Vermittelung eines Herrn Kaufmann mit 100 000 Mark bei dieser Gesellschaft beteiligt habe, sowie daß Herr Kaufmann Mitglied der neuen Verwaltung der früheren Pommerbank ist. Er schätze den Gewinn, der den Beteiligten hieraus erwachsen werde, auf vielleicht 50 Proz. in 5 Jahren. Von der Anzahlung seien 80 Proz. bereits zurückgezahlt und die Sache entwickle sich günstig. Demgegenüber behauptete der Angeklagte Schulz, die Gesellschaft habe bereits über eine Million verdient und alle Baustellen verkauft.

Am Schluß der gestrigen Sitzung wurde über die Verhältnisse der Streitbank verhandelt. Zu diesem Abschnitt der Anklage wurden Bühnenrevisor Reuter und Bankdirektor Geh. Rat Gutmann vernommen, deren Behauptungen zahlreiche Gegenäußerungen der Angeklagten und deren Verteidiger veranlaßten. — Nächste Sitzung: Freitag 9 Uhr.

Eine für die Presse beachtenswerte Entscheidung fällt gestern das Reichsgericht. Am 24. Juni v. J. veröffentlichte die „Freisinnige Zeitung“ eine Notiz, in welcher dem Amtsdirektor J. in Nieder-Bezeln, Regierungsbezirk Liegnitz, vorgeworfen wurde, er habe sich bei der Reichstagswahl unvorschriftsmäßig benommen. Dieser Artikel wurde von der „Elbinger Zeitung“ abgedruckt. Der Landrat des Kreises Rothenburg, der nur von dem Artikel in der „Elbinger Zeitung“ Kenntnis erhielt, stellte als Vorgesetzter des erwähnten Amtsdirektors Strafantrag wegen Verleumdung gegen den Redakteur der „Elbinger Zeitung“ „bezw. gegen die daran beteiligten Personen“. Auch der Amtsdirektor selbst stellte Strafantrag gegen „die beteiligten Personen“. Der Redakteur der „Elbinger Zeitung“ wurde v. J. verurteilt. Auf Grund der Strafanträge wurde nun aber auch gegen den verantwortlichen Redakteur der „Freisinnigen Zeitung“, Karl Kündel in Berlin, Anklage erhoben. Das Landgericht I in Berlin hat ihn dann auch am 25. Januar d. J. zu einer Geldstrafe von 120 M. verurteilt und auf Unbrauchbarmachung des Artikels erkannt. — In seiner Revision machte der Angeklagte geltend, seine Beteiligung an der von der „Elbinger Zeitung“ begangenen That sei in keiner Weise festgestellt; er habe gar nicht gewußt, daß die „Elbinger Zeitung“ den Artikel abgedruckt habe. — Das Reichsgericht sah die Revision als begründet an. Es hob das Urteil auf und stellte das Verfahren als unzulässig ein. Ein genügender Strafantrag, so wurde ausgeführt, liegt nicht vor. Der Amtsdirektor hat beantragt, gegen den Elbinger Redakteur und die sonst beteiligten Personen einzuschreiten. „Die That, um die es sich handelt, war aber die Veröffentlichung in der „Elbinger Zeitung“. An dieser That war indessen der Redakteur der „Freisinnigen Zeitung“ gar nicht beteiligt. Der Antrag kann nicht dahin angelegt werden, daß alle diejenigen Personen, die sonst einmal eine gleiche Beuehrung mündlich oder schriftlich gethan haben, zur Verantwortung gezogen werden sollen. Da sonach gegen den

Angeklagten ein gültiger Strafantrag nicht vorlag, mußte auf Einstellung erkannt werden.

Vereinsgesetz und religiöse Gemeinschaft ohne Korporationsrechte. Eine Reichsdiözesan-Gemeinde in Köslin wurde vom Kammergericht für einen Verein nach § 2 des Vereinsgesetzes erklärt, welcher auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezweckt.

Eine Privatklage, die von klägerischer Seite zu einer Art Staatsaktion aufgedeckt worden ist und von der der klägerische Vertreter behauptete, es handle sich um den Kampf der wirtschaftlich Schwächeren gegen Uebergriffe der wirtschaftlich Stärkeren.

Die Arbeitszeit in den Siemens-Schüdt-Werken, wie sie in Wien, Nürnberg und Charlottenburg besteht, bildet den Verhandlungsgegenstand einer Metallarbeiter-Verammlung, die am Sonntag in der Kronenbrauerei abgehalten wurde.

### Verfammlungen.

Die Arbeitszeit in den Siemens-Schüdt-Werken, wie sie in Wien, Nürnberg und Charlottenburg besteht, bildet den Verhandlungsgegenstand einer Metallarbeiter-Verammlung, die am Sonntag in der Kronenbrauerei abgehalten wurde.

In der Diskussion gaben mehrere Mitglieder des Arbeiterauschusses ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß die Firma wohl in kleinen untergeordneten Dingen eine gewisse Anlauf zeige.

Sozialwissenschaftlicher Verein in Berlin, Schulhof, Friedhofstraße 46, Ecke Zimmerstraße. Freitag, den 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Vortrag des Herrn Dr. Kuer über „Soziales Strafrecht“.

### Briefkasten der Redaktion.

#### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnung: 7 Uhr.

Marktpreise von Berlin am 10. Mai 1904 nach Ermittlungen des fgl. Polizeipräsidiums. Table with columns for commodity names and prices.

Alg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. G. Nr. 29.) Filiale Berlin 3. Sonntag, den 14. Mai 1904, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung.

Central-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Freitag, den 13. Mai 1904, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15: General-Versammlung.

Hermann Wicht Cigarren-Fabrik früher Dresdenerstr. 16. jetzt Gross-Görschen-, Ecke Steinmetzstrasse und Gr. Frankfurter-, Ecke Markusstrasse.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Morgen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15: Sitzung der Ortsverwaltung.

Arbeiter-Baugenossenschaft Paradies zu Berlin (E. G. m. b. H.). Sonntag, den 15. Mai 1904, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Volgt, Ritterstraße 75: Außerordentl. General-Versammlung.

Kloster-Garten direkt am Spandauer Schiffsbrückenkanal u. am Jungfernriegel gelegen. Stadt- und Ringbahn-Verbindung Bahnhof Besseltstraße.

Cottbuser Korn i. Gebinden u. Flaschen empfiehlt Heinrich Kuhn Kornbranntwein-Brennerei Cottbus.

Eureka bestes Waschmittel.

Anherordentl. General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Beschlußfassung über Vorschläge der Verwaltung die Bauausführung betreffend.

Butterhandlung J. Maeding empfiehlt in ihren Filialen: Andreaskirchthalle, Krautstraße 48, Grüngraben 85, Fruchtstraße 66.

Eine Mark wöchentliche Zeitabgabe liefert eleg. fertige Herren-Moden.

Alle Wanzen werden nicht Brut durch mein Mittel vollständig vernichtet. 1000 Mark Belohnung.

Central-Verband der Töpfer. Freitag, den 13. Mai, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7: Vertrauensmänner-Sitzung.

Wiederverkäufer erhalten direkten Engros-Preis. Um geneigten Zuspruch bittend, zeichnet sich die Firma: J. Maeding.

Damenjacketts 5.50, 6.50, 8.50-12.00 M. Reste Damenmäntel u. Kinderkonfektion.

Neuheit für jeden Raucher! Viel Geld erspart. Promenaden-Pfeife.

**Versandhaus**  
**Germania**  
Unter den Linden 21 II. Fahrstuhl

4558L\*

Wir verkaufen von der vorjährigen Saison hochvernehme **Herren-Anzüge** und **Paletots** aus feinsten Massstoffen **25 bis 40 Mk.**, hoch-elegante **Beinkleider 9 bis 12 Mk.**

**Zurückgesetzte Paletots, Anzüge, Have-locks, Gummimäntel, Joppen für die Hälfte der bisherigen Preise.**

Sonntag von 8-10 und von 12-2 Uhr geöffnet.

**Zum Bäcker-Streik.**

Ein Bäckerstreik den Berlinern droht, Das ist so gut wie 'ne Hungernot. Denn Brot und Kuchen muß es geben. Sonst können arm und reich nicht leben. Doch daß es gar so schlimm nicht ist, Sorgt Oskar Hanke's Bäckerei.

Denn, wie's mit dem Streik auch kommen mag, Bei Oskar Hanke wird jeden Tag (Schaden das allerhöchste Brot; Da leidet Berlin noch keine Not. Und was die Bäckergehilfen erstreben, Bei Oskar Hanke wird's längst gegeben.

**Oskar Hanke's Brot-Bäckereien**

liefern das größte und im **Roggenbrot** von jetzt ab größer als bisher Geschmack vorzüglichste

sowie die rühmlichst bekannten  
**Riesen-Napfkuchen und Stollen, 2 Pfd. für 50 Pf.**  
Specialität: **Abgerieb. Napfkuchen, für 50 Pf. u. 1 M**  
ff. Kaffee-, Streussel- u. Butterkuchen, Blech 1,20 M.  
**Täglich 5 mal frische Weizenbrote**  
a 50, 40, 20 und 10 Pf.

**Brunnenstrasse 192.**

**192** Gold-, Silber-, Alfenide- und Nickel-Waren  
Taschen-, Wand-, Stand- u. Wecker-Uhren.

**Riesen-Ausverkauf**  
zu unglaublich billigen Preisen.

**Ulmer Geld-Lotterie**

7770 Geldgewinne, bar ohne Abzug zahlbar, im Betrage von

**350 000 Mk.**

Hauptgewinne:  
**75 000 40 000 25 000** Mk. etc.

Originallose à 3 M. (Porto und Liste 30 Pfg.)

**Oscar Bräuer & Co. Nachf. G. m. b. H. Friedrichstr. 181.**

Filialen: NW. Wilsnackerstr. 63. - O. Andreasstr. 46 a. - SO. Oranienstr. 177.

**Pereat**

25 Pf. 60 Pf.  
30 Pf. 1 Mk.  
50 Pf. etc.

**Pereat** (gesetzlich geschützt), wirkungskräftigstes Insektenpulver. Bestes Mittel zur Vertilgung von Schwaben, Fliegen, Motten, Wanzen, Ameisen usw. Nur echt in Original-Blechdosen und Papierbeuteln, die den Namen Pereat tragen.

**Fritz Kratz, Drogen**  
Berlin N. 39,  
Reinickendorferstr. 70,  
Ecke der Pennstrasse.  
Fernsprecher: Amt II, 2631.

**Billigste Uhr-Reparatur-**  
Berthold Ritterstrasse 125.  
Taschenuhr reinigen 75 Pf.  
Neue Feder . . . 75  
Regulator reinigen 1,50 Mk.  
Repar. do. 60 Pf.

**Bernhard Baer**

parterre und I. Etage.

Telephon Amt III 1129. **5 Rosenthalerstrasse 5.** Telephon Amt III 1129.

**Grosse Auswahl**

**bester, fertiger Herren-Confection.**

<b>Jacket-Anzüge</b> klein gemalterte Cheviots u. Kammgarne 20,-	<b>Jacket-Anzüge</b> fein gestreifte Kammgarne 22,-	<b>Jacket-Anzüge</b> Breite für feine Massarbeit 28,-		
<b>Rock-Anzüge</b> 1-reihig, schw. Satin oder Kammgarn 27,-	<b>Gehrock-Anzüge</b> schw. Satin oder Kammgarn 30,-			
<b>Frühjahrs-Paletots</b> marengo u. gestreift Cheviot u. Kammgarn 17,-	<b>Sommer-Paletots</b> Breite für feine Massarbeit 25,-	<b>Beinkleider</b> in einfarb. u. gestreift Kammg. u. Chev. 15, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552, 554, 556, 558, 560, 562, 564, 566, 568, 570, 572, 574, 576, 578, 580, 582, 584, 586, 588, 590, 592, 594, 596, 598, 600, 602, 604, 606, 608, 610, 612, 614, 616, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 632, 634, 636, 638, 640, 642, 644, 646, 648, 650, 652, 654, 656, 658, 660, 662, 664, 666, 668, 670, 672, 674, 676, 678, 680, 682, 684, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 714, 716, 718, 720, 722, 724, 726, 728, 730, 732, 734, 736, 738, 740, 742, 744, 746, 748, 750, 752, 754, 756, 758, 760, 762, 764, 766, 768, 770, 772, 774, 776, 778, 780, 782, 784, 786, 788, 790, 792, 794, 796, 798, 800, 802, 804, 806, 808, 810, 812, 814, 816, 818, 820, 822, 824, 826, 828, 830, 832, 834, 836, 838, 840, 842, 844, 846, 848, 850, 852, 854, 856, 858, 860, 862, 864, 866, 868, 870, 872, 874, 876, 878, 880, 882, 884, 886, 888, 890, 892, 894, 896, 898, 900, 902, 904, 906, 908, 910, 912, 914, 916, 918, 920, 922, 924, 926, 928, 930, 932, 934, 936, 938, 940, 942, 944, 946, 948, 950, 952, 954, 956, 958, 960, 962, 964, 966, 968, 970, 972, 974, 976, 978, 980, 982, 984, 986, 988, 990, 992, 994, 996, 998, 1000	<b>Phantasiewesten</b> neueste Stoffe und Façons 3,-	<b>Lüstre-Jackets</b> in schwarz u. grau, einfarbig u. gestreift, 4, 4,50, 4,50, 4,50, 5,30, 2,50

**Damen-Konfektion**  
direkt aus der Fabrik.  
Kein Laden.

Jetzt nach beendetester Saison

**Einzel-Verkauf**  
enorm billig.

Paletots, Jacketts, Capes, Kostüme, Kostümröcke, Mädchenmäntel.

Gegen Vorziehung dieses Inserats an der Kasse werden 5% extra vergütet.

**Robert Baumgarten**  
Mausvogeiplatz 11, II. Et.  
(Ecke der Bernauerstrasse.)  
Auch Sonntags geöffnet!

**Ausnahmepreis**

**Reichgestickte**  
abgepasste **Portieren**

Die **komplete Dekoration** (bestehend aus 2 Flügeln und 1 Querbehang)

in **Pilsch** . . . 10<sup>50</sup> (Wert 16,00)

in **Wollserge** 7<sup>50</sup> (Wert 10,50)

in **Victorianisch** . . . 8<sup>25</sup> (Wert 13,50)

Eine Partie Wollportieren mit allerliebster Blumenkante per Shawl 2 Mark.

**Teppich-Special-Haus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin Oranienstrasse 158.  
Nach auswärtig per Nachnahme.

**Pracht-Katalog ca. 600**  
Abbild. gratis u. franco.

**Kindergarten-Bazar „Baby“**  
**S. Kaliski.**  
Zentrale: Invalidenstr. 169.

Filialen: Bismarckstr. 16, Potsdamerstr. 230, Reinickendorfer Str. 7a, Oranienstr. 31, Bismarckstr. 107/Oranienstr. 82.

Zahlung gefälligst bei größeren Käufen Kassapreis.

12, 15, 00-100, 00

**Special-Abteilung** für Nähmaschinen aller Systeme unt. spezieller Leitung d. Inhabers, welcher eine 25-jähr. Erfahrung in dieser Branche besitzt. Lieferg. auch ohne Anzahlung 1,00 v. Unterricht im Nähen und Stücken gratis. Alte Maschinen nehme in Zahlung. Eigene Reparaturwerkst.

8, 10, 00-60, 00.

Auf Wunsch kommt Vertreter mit Katalog.

**Brauerei Germania**  
Aktien-Gesellschaft  
Frankfurter Allee 53.

**Flaschenbiere**  
M. 1,50  
frei Haus.

Fernsprecher VII. 9845.

**Tafelbier (goldg.)** 16 ca. 1/2 Liter.  
do. 15 ca. 1/2 "

**Versand (dunkel)** 15 ca. 1/2 "

**Pilsener (hellgelb)** 15 ca. 1/2 "

**Kl. dopp. Weisses** 20 Pf.

**Kl. 00** 15

**Malzbier, pasteurisiert, alkoholfrei, nahrhaft** 18 ca. 1/2 Liter.

**Special-Haus**

elegant Herren-Moden u. fertiger Garderobe

von **Wilhelm Seide, Berlin S.**  
Dresdener-Strasse Nr. 20, am Oranienplatz.

**Hosen** in guten haltbaren Stoffen  
8, 7, 6,50, 5, 4, 3, 2,50 M.

**Westen** weiss, schwarz und div. mod. Farb. 5, 4, 3, 2 M.

**Jackett-Anzüge** in allen Farb., 1- und 2-reihig, 30, 25, 20, 15, 12, 9 M.

**Gesellschafts-Anzüge** Tuch od. Kammgarn in Gehrock- und 18 M. Jackettform 40 bis 20 M.

Grosse Auswahl in in- und ausländischen Stoffen. 5175L\*  
Gewähre beim Einkauf v. 5 M. = 25 Pf. Rabatt, v. 10 M. = 50 Pf., v. 15 M. = 75 Pf., v. 20 M. = 1 M. Rabatt usw.

**Carl Stark**  
Neue Königstrasse 73.

Seidenhüte × Mechanikhüte  
Filzhüte × Mützen × Schirme

Neueste englische, italienische u. Wiener Moden zu ausnahmsweise billigen Preisen.

**Wirtshaus „Schloß Woltersdorf“.**

Neu erbaut, vis-a-vis der Schloß, herrlich am Platensee gelegen. Von Bahnstation Erfner in 15 Minuten auf wundervoller Waldpromenade zu erreichen; mit dampferfesten Terrassen, uraltm Park, großem Tanzsaal, geräumigen Gassen, Familien-Kaffeehaus, eleganten Spielplätzen im Walde, Auberbooten etc. - Eine 2000 Personen fassend. Den höchsten Gewerkschaften, Vereinen, Anreisen usw. zu Ausflügen angelegentlich empfohlen. Wirtshausbesitzer **Friedrich Saewert**, Fernsprecher Amt Erfner No. 49.

Sie kaufen am Besten!!! auf **Teitzahlung** bei **Jahre & König**, Warschauerstr. 72. (Wöchentlich nur 1 Mk.) Herren-, Damen- u. Wecker-Uhren, Regulatoren, Broschen Ringe, Ketten. 4986Q\*

5. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Leipzig, 10. Mai 1904.

Vormittags-Sitzung.

Die Fluktuation im Verbande hat seit dem vorigen Verbandstage wohl etwas nachgelassen, ist aber trotzdem noch eine sehr große. 72 000 Aufnahmen steht nur eine definitive Mitgliederzunahme von 16 321 gegenüber. Schneegäß-Stuttgart erklärt: lieber 10 000 M. für Agitation ausgegeben, als 1000 M. für einen verunglückten Streik! Bei der Frage der Gaudiorstände wird allseitig die Anstellung weiterer besoldeter Beamten verlangt, aber zugleich auch eine Verkleinerung der in der Berichtsperiode teilweise zusammengelegten Gant. Schmidt-Berlin warnt vor allzu schnellem Tempo bei Anstellung weiterer Beamten. Der Gehalts-Etat dürfe nicht allzu hoch ausfallen, sondern muß mit der organischen Entwicklung Schritt halten. — Leipzig-Stuttgart ist gleicher Meinung und informiert den Verbandstag über den Verdegang der Gaudieinteilung, deren Mängel allmählich ausgemerzt werden würden. Bei Schmidt gestern aufgemachter Rechnung über die projektuale Höhe sämtlicher Beamtengehälter müssen indes auch die Einnahmen der Sozialkassen in Betracht kommen. Dann aber sei das Verhältnis noch ein wesentlich günstigeres, als angegeben. — Eine überaus lebhaft debattierte Angelegenheit der Punkt: Protest gegen Verbandstags-Beschlüsse. Köppe-Stuttgart konstatiert, daß gegen die unbesoldeten Vorstandsbeamten beschästigte, hätte jenseit aus Interessenten bestanden und deshalb brauchen sich die einzelnen Verbände nicht nach dem diesbezüglichen Beschluß zu richten. Zugleich aber hätten auch die unbesoldeten Vorstandsbeamten mit gleichem Maße gemessen werden müssen, wie die besoldeten. — Beder-Hannover meint, im Verbandsinteresse hätten sich die Vorstandsmitglieder Reserve auferlegen müssen und auch Röske brauche nicht gleich mit dem Knüttel gegen dieselben dreinzuschlagen. — Röske-Hamburg erklärt, man könne nur eins — entweder die Beschlüsse des Verbandstages hochhalten oder aus dem Verbande austreten. Eine Scheidung der Einzelperson einmal als Vorstands-, dann wieder als Zahlstellen-Mitglied könne logischerweise nicht platz greifen. In Hannover war Beder übrigens selbst in der Protest-verammlung, ohne die Kollegen aufzuklären. (Hört! hört!) In Stuttgart durfte er mit dem Vorstande wegen der eingelaufenen Verträge und Resolutionen aus Hannover, Stuttgart und Kassel nicht konferieren, so daß ihm die richtige Gelegenheit genommen war, den Vorstands-Protestieren gründlich aufs Dach zu steigen! Die besoldeten Beamten hätten rechtzeitig energischer eingreifen müssen, so aber hat man den Sturm ruhig austoben lassen und sich dann nach einem Prügeljungen umgesehen. Der sollte er nun sein, was aber nach Lage der Sache nicht der Fall ist. Solche Protestbewegungen, die nach der Prophezeiung Köppes sich wiederholen kann, schädigt aufs eminenteste das Verbandsinteresse und muß entschieden verurteilt werden. — Müller-Stuttgart verteidigt sodann in längeren Ausführungen, die aber nichts Neues bringen, die Haltung der Stuttgarter Zahlstelle. Er erhält unbeschränkte Redezeit, damit man nachher nicht sagen könne, der Verbandstag habe die Protestgründe nicht anhören wollen. Von den 15 Kommissionsmitgliedern, die auf dem Stuttgarter Gewerkschafts-Kongress die Gehälterfrage der Beamten behandelten, seien 13 Angestellte gewesen, deshalb sei eine genaue Behandlung der Frage der Gehältererhöhung beziehungsweise eine Urabstimmung sehr am Platze gewesen. — Es wird nunmehr folgende Resolution zur Debatte gestellt:

Der Verbandstag verurteilt das Verhalten der unbesoldeten Vorstandsmitglieder in der bekannten Protestangelegenheit auf das Entschiedenste, da durch dieses Verhalten die Interessen und das Ansehen unseres Verbandes schwer geschädigt worden sind. Der Verbandstag erwartet, daß derartige Machinationen von Kollegen in verantwortlicher Stellung in Zukunft unterbleiben, eventuell soll der Ausschuss gegebenen Falles Vorkehrungen treffen, solchen Kollegen die Durchführung von Verbandsbeschlüssen nicht zu überlassen.

Nachmittags-Sitzung.

Beder-Hannover bestreitet energisch die Behauptung Röskes, daß er gegen die Proteststimmung in Hannover nichts gethan. Er habe im Gegenteil alles gethan, was in seinen Kräften stand, um die Bewegung nicht entvorflammen zu lassen. Aber in Hannover war der Proteststimm eine Folgeerscheinung des Würstchenmacher-Verbandes. — Gell-Kassel erklärt, daß die dortige Zahlstelle in den Proteststimm nur hineingezogen sei. Der Mainzer Delegierte habe Behauptungen, die von Bredour und Schöpslin stießen, aus dem Zusammenhang gerissen und so vorgetragen, daß sie erbitternd wirkten. Ein weiteres Motiv resultierte aus den damaligen Auswirkungen des Gummibrechler-Streiks in Kassel. (Aha!) Bedner erinnert sich noch lebhaft der langen Gesichter der Kollegen, als die Rechnung für die Kosten der Protestbewegung zu bezahlen war. Diese Ausgabe war alles, was uns die Protestbewegung eingebracht. (Heiterkeit.) Die Kasseler Kollegen bereuen ihren damaligen Standpunkt und sind bis auf weiteres von jeder „Protestbewegung“ kuriert. (Heiterkeit.) — Köppe-Stuttgart wundert sich, daß die Kasseler ihre Stellungnahme derentschieden für die Kosten der Protestbewegung zu bezahlen. Stuttgart werde fest bleiben! — Leipzig bestreitet Röskes Behauptung von der Passivität der besoldeten Vorstandsmitglieder. Das Gegenteil sei richtig. Die Protestbewegung hat ihren Nährboden gefunden bei Verwaltungsbeamten, die aus irgend einem Grunde sich als vom Vorstande gekränkt fühlten, aus Kollegen, denen man irgend eine Unterfütterung abschlagen mußte. Man ersehe aus der Thatsache, daß jetzt von dem ganzen großen Knüttel nur noch Stuttgart übriggeblieben sei, wie wenig Grund zu der Aufregung eigentlich vorhanden sei. — Schmidt-Berlin bedauert, daß die bessere Einsicht Kassel bei Stuttgart leider noch nicht vorhanden zu sein scheint. Er polemisiert weiter gegen Röskes Behauptungen, von dessen Schuld oder Nichtschuld gar nicht gesprochen worden sei. Da er sich von Leipzig nach seiner Darstellung hat schieben lassen, können wir ihn ja noch etwas näher mit Stuttgart zusammenbringen! (Heiterkeit.) Den Schlußsatz der Resolution möge man weglassen. Bei der Abstimmung wird die Resolution in ihrem Hauptteile mit allen gegen zwei Stimmen, in ihrem letzten Satze von „eventuell“ angefangen, mit großer Majorität angenommen. Sodann wird über eine lange Reihe anderer zum Vorstandsbericht gehöriger Angelegenheiten diskutiert, welche für die weitere Öffentlichkeit nur von geringerer Interesse sind. Sie betrafen Generalkommission, Prozesse und Rechtschutz und hauptsächlich Statistik, sodann Unterstützung und sonstige Verwaltungsangelegenheiten. Dem Vorstand und Kassierer wird für die verlossene Amtsperiode die Entlastung erteilt. Um 1/2 Uhr schließt die Nachmittags-Sitzung, um den Delegierten eine Befähigung des Konsumvereins Leipzig-Blagwitz zu ermöglichen. Morgen, Mittwoch früh, beginnt die geschlossene Sitzung.

Soziales.

Zum Leipziger Kassenstreik wird gemeldet, daß der Kassen-Vorstand beschlossen habe, die Anordnungen der Kreishauptmannschaft anzufechten. Die Welt er damit Erfolg haben will, ist nicht recht ersichtlich, da die nach § 56a des Krankenversicherungs-Gesetzes getroffenen Anordnungen der höheren Verwaltungsbehörde endgültig sind. Dies wurde auch schon den kölnischen Kassen auf ihre Beschwerden eröffnet.

Ein Kulturbild.

In der Nähe von Königsberg befindet sich in der Dittschau Kohlhof eine große Ziegelei. Der Besitzer derselben ist eine sehr angesehenen, geschätzte Staatsfiskus und ein sehr frommer Mann. Er sitzt im katholischen Kirchenvorstande und giebt auch Geld zu Kirchenbauten, da er es sich leisten kann, denn er ist reich — steinreich. Als einer der größten Baugeldgeber hat er so manchen Unternehmer in der Hand, und so mancher hat mit seiner Hilfe Häuser gebaut — aber auch verloren. In der Ziegelei dieses Rüstmanns werden nun mit Vorliebe Gefangene und Polen beschästigt. Für die letzteren hat er deshalb eine so große Vorliebe, weil sie auch katholisch und sehr fromm sind. Dadurch, daß in den letzten Tagen ein Trupp Polen seine Habfeligkeiten gepackt und sich auf und davon gemacht hat, sind Zustände in die Dittschau gekommen, die man gar nicht für möglich gehalten hat. 16 polnische Männer und 10 Frauen legten anfangs dieser Woche in dieser Ziegelei die Arbeit nieder und reisten in ihre Heimat ab. Sie waren vor drei Wochen von einem Agenten zu diesem Manne hingeschleppt worden. Sie hatten in der ersten Woche 2 M. Lohn, in der zweiten 10 M. und in der dritten gar nichts erhalten. Auf ihre eignen Kosten haben sie infolge dieser miserablen Wohnung wieder abreisen müssen. Vereinst hat sie Brennholz, Kohlen, Kartoffeln und freie Wohnung. Die letztere besteht aus einem Stall, in dem sich Stroh befindet. Hier schlafen alle Polen, Männer, Frauen, ganz gleich ob verheiratet oder unverheiratet, und Kinder zusammen. Wenn der Staatsanwalt hier mit dem Suppelen-Paragrafen hineinlenken würde, dann würde es dem frommen Herrn Eckardt wohl sehr schlecht gehen. Aber der hat ja dazu keine Zeit, er muß sich ja den Kopf zermartern, wie er die Anlage gegen die Geheimbändler, Hochverräter und Zarenbeleidiger aufbauen kann. Als die Polen ausreisten, versprach Herr Eckardt den übrigen 250 M. pro Tag zu geben. Die Arbeitszeit ist von morgens 5 Uhr bis abends 7 Uhr. Diejenigen, die bei den Pferden sind, müssen von 1/2 Uhr morgens bis gegen 8 Uhr abends für denselben Lohn arbeiten. Dann haben sie noch 90 M. pro Jahr Miete für die Wohnung zu zahlen. Die Arbeiterhäuser sind sehr hässlich. Fast überall ist der Fußboden in den Wohnungen mit Ziegeln ausgelegt. Ferner giebt es keinen Brunnen und keinen Abort in dem ganzen Orte. Die Arbeiter müssen das Wasser zum Trinken und Kochen aus einem Graben schöpfen. Es ist schon vorgekommen, daß bei großer Hitze im Sommer der Graben vollständig ausgetrocknet ist. Das sind Zustände in einem „christlichen“ Betriebe im Osten.

BAERSONN advertisement featuring clothing items like Frühjahr-Paletot, Frühjahr-Anzug, Frühjahr-Beinkleider, Radfahrer-Anzüge, Radfahrer-Hosen, Knaben-Anzüge, Jünglings-Anzüge, Piqué-Sommer-Westen, and Leinene Kragen. Includes addresses in Leipzig and Frankfurt, and a 'MASS-ANFERTIGUNG' section.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Donnerstag, den 12. Mai.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Freie Volksbühne.** Nachmittags 2 1/2 Uhr:  
15./16. Abteil: Metropol-Theater: Frau Warrens Gewerbe.

1. Abt.: Lessing-Theater: Die Schmetterlingsnacht.  
Cypernhaus, Hühner und Gretel. — Janotte.

Freitag: Der Barbier von Sevilla. Neues Cyperntheater. India. — Wädel sei schlau. — Der eingebildete Kranke.

Freitag: Wilhelm Tell. Deutsches. Novella d'Andrea. Freitag: Kose Bernd. Berliner. Der jüngste Leutnant.

Freitag: Maria Theresia. Lessing. Japantreich. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Westen. Der Bildhauer.

Freitag: Die Stimme von Portici. Central. Der Sonnenogel. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Belle-Alliance. Kamrad Lehmann.

Freitag: Diefelbe Vorstellung. Neues. Salome. Vorher: Logis des Herzens. Freitag: Abale und Liebe.

Anfang 8 Uhr:  
Schiller O. (Wallner-Theater.) Kollege Crampion. Freitag: Haus Rosenhagen.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Pension Schöller. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Kleines. Nachspiel.

Freitag: Freulein Julie. Meibens. Die 300 Tage. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Trianon. Das erste Gebot. Hierauf: Der Dieb.

Freitag: Diefelbe Vorstellung. Carl Weiss. Faust. Nachm. 3 Uhr: Der Tischläger.

Freitag: Rutterlegen. Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich. Freitag: Diefelbe Vorstellung.

Metropol. Ein tolles Jahr. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Casino. Durch Klippen und Wellen. Berliner Herzen.

Nachm. 4 Uhr: Jüdische Bewandte. Freitag: Durch Klippen und Wellen. — Berliner Herzen.

Winter-Garten. Spezialitäten. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Apollo. Liebesgötter. Spezialitäten.

Freitag: Diefelbe Vorstellung. Gebr. Herrnsfeld. Gastspiel der Zegernseer. Der Dorfparier.

Freitag: Diefelbe Vorstellung. Reichshallen. Sittlicher Säng. Freitag: Diefelbe Vorstellung.

Passage-Theater. Spezialitäten. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Urania. Taubenstraße 48/49.

Um 8 Uhr: Die Insel Rügen. Invalidenstr. 57/62.

Freitag: Diefelbe Vorstellung. Invalidenstr. 57/62.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
College Crampion.  
Komödie in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.

Freitagabend 8 Uhr:  
Haus Rosenhagen.  
Sonnenabendabend 8 Uhr:  
Das grobe Hemd.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
Pension Schöller.  
Pöffe in 3 Aufzügen von Carl Laufs.  
Nach einer Idee von E. Jacoby.

Freitagabend 8 Uhr:  
Pension Schöller.  
Sonnenabendabend 8 Uhr:  
Pauline.  
Im Garten täglich gr. Militär-Konzert.

**Freie Volksbühne**  
Donnerstag, den 12. Mai (Himmelfahrtstag),  
nachmittags 2 1/2 Uhr:  
Metropol-Theater 15./16. Abteilung:  
Frau Warrens Gewerbe.

Lessing-Theater 1. Abteilung:  
Die Schmetterlingsnacht.  
Sonntag, den 15. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr:  
Metropol-Theater 9./10. Abteilung:  
Die Schmetterlingsnacht.

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Neue Welt.**  
Hasenhalde 108/114. Arnold Scholz.  
Donnerstag, 12. Mai (Himmelfahrt):  
Grosse Specialitäten - Vorstellung.  
Auftreten von Kunstkräften ersten Ranges.

Konzert der 30 Mann starken Hauskapelle. Dir. Berthold Bothe.  
Im grossen Festsaal: Ball bei stark besetztem Orchester.  
Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.

**Gustav Rupsch, Karlshorst, Waldschänke**  
direkt am Bahnhof  
(nicht zu verwechseln mit Waldschänke Sadowa) empfiehlt sich den geehrten Vereinen als angenehmer Aufenthalt. 12356

**Wedding-Park, Müllerstrasse 178.**  
Jub. Karl Maschke.  
Im Himmelfahrtstage:  
Konzert - Theater - Specialitäten - Vorstellung und Ball.  
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf. Kaffeeküche geöffnet.

Sal event. mit Garten: Sonnabend, 18. Juni, August, September frei.  
Säle zu Versammlungen. 3 Regelbahnen frei.

**Paul Hilperts Restaurant u. Garten**  
Halensee, Kurfürstendamm 126.  
Erste Haltestation für Fremder, Jagdpartien usw. am Bahnhof Halensee.  
Vorzüglich gekühlte Biere. Reichhaltige Speisearte in kleinen Preisen. Familien können Kaffee trinken.  
Gediegenem Besuch steht entgegen. Paul Hilpert. 51002\*

**Urania.**  
Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
Die Insel Rügen.  
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.  
Die zusammengewachsenen Schwestern.  
Der Weltfriede.  
Kassandra, das delphische Orakel!

**Passage-Theater.**  
Anfang: Sonntags 3 Uhr. Wochentags 5 Uhr. — Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.  
Das glänzende Mai-Programm:  
Paul Corradini  
Tanz-Komiker.  
John Siems  
Karten- und Münzen-Manipulator.  
14 erstklassige Nummern.

**Apollo-Theater.**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Garten-Konzert.  
Abends 8 Uhr:  
Die neuen Specialitäten.  
Liebesgötter mit Götterzug und Sensations-Apotheose: „Im Tempel der Glückseligkeit.“  
Montag, den 16. Mai 1904:  
Robert Seidl-Jubiläum.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
Der Masenfürber.  
Pöffe mit Gelang in 5 Bildern.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111/112.  
Täglich im Garten oder Saal:  
Norddeutsche Humoristen und Quartett-Sänger.  
Anf. Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Bons haben Gültigkeit.

**Carl Weiss - Theater.**  
Bürgerliches Schauspielhaus.  
Grosse Frankfurterstr. 132.  
Nachmittags 3 Uhr (Partei 50 Pf.):  
Der Tischläger.  
Abends 8 Uhr:  
Gastspiel des Herrn Paul Berthold und Fräulein Luise Deymanns:  
Faust.  
Im Sommergarten: Specialitäten-Vorstellung. Anfang 4 1/2 Uhr.

**Fröhels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 148.  
Donnerstag, den 12. Mai (Himmelfahrt):  
Fuhrmann, Horst, Walde-Sänger.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf.  
Nach der Vorst.: Tanz.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7/9.  
Heute Himmelfahrtstag:  
Gr. Extra-Vorstellung, Konzert, Theater, Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30, num. Platz 50 Pf.  
Siehe Säulenanschrift.

**Gr. Kapazitäten-Vorstellung.**  
Auf dem Bauteerrain in der Altchiesestraße und Malplaquetstrasse- Ecke. Nur noch Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag:  
Gr. Kapazitäten-Vorstellung.  
Als Schluß einer jeden Vorstellung: Besteigung des hohen Turmsells.  
Anfang Donnerstag und Sonntag nachmittags 3 Uhr u. abends 8 Uhr.  
12076 Hochachtungsvoll Josef Strohschneider.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Brauerei Friedrichshain**  
früher Upps (Delonon: E. Niemann), am Köpenicker Thor.  
Grösster Konzert-Saal und Garten Berlins.  
Heute Himmelfahrt sowie nur noch einige Tage:

**Konzert von Johann Strauss aus Wien**  
Dirigent der 1. und 2. österreichischen Hofkapellen mit seiner gesamten Kapelle.  
Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf. Reservierter Platz 1 Mark.  
Morgen Freitag:  
Letzter Wiener Walzer - Abend.

**Hasselwerder a. d. Oberspreew.**  
Jeden Sonntag: Grosses Gartenkonzert u. Ball bei vollem Orchester. — Vereinen steht mein Lokal jederzeit zur gefälligen Verfügung. In Monatsheimfahrten und Sommerfesten noch einige Sonnabende frei. Um freundlicher Zuspruch bittet Gustav Hempel. 47502\*

**Treptow. Bade's Volksgarten**  
Parkstrasse. Haltestelle d. elektrischen Strassenbahn (Siemens).  
Heute grosser Ball. — Vereinen bestens empfohlen. Amt IV 1278.

**NEU-TIVOLI**  
Neue Krug-Allee 59  
Jeden Sonntag:  
Grosser Ball  
wozu ergebens einladet Fritz Preuss. 5176L\*

**Mente's Volksgarten**  
Lichtenberg, Roederstr. 95/96. Eingang auch Landsberger Chaussee.  
Heute, den 12. Mai:  
Gr. Konzert und Harburger Säng.

In Riesenhalle: BALL. Langmeister: Wilhelm Bauer.  
Ab Pfingsten: Specialitäten-Theater. (3. Bühne.) 3 Regelbahnen, Kaffeeküche, Volkshaus, alle Arten. Eine neue Beleuchtungs-Anlage zur Illumination ist angelegt, wie diese in Berlin noch nicht gesehen ist. 10896 H. Mente, früher 21 Jahre im Böhm. Brauhause.

**Kleines Theater. Nachtasyl.**  
Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Fräulein Julie.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstr. 58.  
Heute Donnerstag, den 12. Mai (Himmelfahrtstag):  
Grosse Gartenvorstellung. Novität! Novität!  
Die oberen Zehntausend.  
Auftreten erstklassiger Specialitäten u. a. Max d'Oretta, musikalischer Clown mit seinem Wundererfantan u m b o. Brothers Olwey, Komik excentric Juggler, u. v. a. m. Anfang des Konzerts 4 Uhr. Der Vorstellung 5 1/2 Uhr. Eintritt 75 Pf. Nummerierter Platz 50. Entree 30 Pf. Im Saale: Ball.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/49.  
Heute Donnerstag, den 12. Mai (Himmelfahrtstag):  
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.  
Von Stufe zu Stufe.  
Lebensbild mit Gelang in 5 Bildern von D. Müller.  
Anfang 6 Uhr.  
Nach der Vorstellung: Gr. Ball.  
Nachste Vorstellung Sonntag, den 15. Mai.

**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7/9.  
Heute Himmelfahrtstag:  
Gr. Extra-Vorstellung, Konzert, Theater, Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30, num. Platz 50 Pf.  
Siehe Säulenanschrift.

**Gr. Kapazitäten-Vorstellung.**  
Auf dem Bauteerrain in der Altchiesestraße und Malplaquetstrasse- Ecke. Nur noch Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag:  
Gr. Kapazitäten-Vorstellung.  
Als Schluß einer jeden Vorstellung: Besteigung des hohen Turmsells.  
Anfang Donnerstag und Sonntag nachmittags 3 Uhr u. abends 8 Uhr.  
12076 Hochachtungsvoll Josef Strohschneider.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Stettiner Säng. Zum Schluss: Rent! Circus Lenz und Circus Fusch.  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Die Geburt des 14. Kindes  
seiner ganz ergebenst an  
Wilhelm Rothenburg  
und Frau. 12565  
Friedrichsberg, den 10. Mai 1904.

Verhand der Maschinisten und  
Weizer sowie Berufsgenossen  
Deutschlands.  
Verwaltungsstelle Berlin u. Umg.  
Todes-Anzeige.  
Die Beerdigung des am  
9. d. Mts. verstorbenen Kollegen  
Karl Tietze

findet am Donnerstag, den 12. Mai,  
nachmittags 3 Uhr, vom Trauer-  
barde Koppentr. 8 aus nach dem  
Barockial-Kirchhofe, Boghagener-  
strasse, statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
138/10 Die Ortsverwaltung.

**Verein der Zimmerer Berlins**  
und Umgegend.  
Zahlstelle Schöndorf.  
Allen Kameraden zur Nach-  
richt, daß unser langjähriges Mit-  
glied  
Wilhelm Mügge

am Montag, den 9. Mai, ver-  
storben ist.  
Seine letzten Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 12. Mai, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle aus statt.  
Um rege Beteiligung bittet  
257/9 Der Vorstand.

**Statt jeder besonderen Meldung!**  
Pöflich und unerwartet eni-  
schliel am 10. d. Mts. mein innig-  
geliebter Mann, unser guter Vater,  
Schwiegervater, Großvater, Bruder  
und Schwager  
Gustav Heyde.

Dies zeigt tiefbetrubt an  
Marie Heyde, geb. Müller,  
nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 13. d. Mts., nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des St. Thomas-Kirchhofes,  
Hermannstrasse, aus statt. 12448

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes sage ich hiermit allen  
meinen herzlichsten Dank. 51862  
Wwe. Beilka Paepke.

**Gardinen-  
Rester-Ausverkauf**  
älterer Muster in weiß und creme zu  
1-4 Metern passend, portbillig in dem  
Gardinenfabrik-Lager  
von Bruno Güther  
aus Plauen in Sachsen,  
Berlin O., Grüner Weg 80,  
part., Eingang vom Hür (kein Laden).  
Proben nach außerhalb portofrei.

**Tempelhofer „Tivoli“**  
Tempelhof, Berlinerstr. 50.  
Heute Donnerstag:  
Grosses Garten-Konzert.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pf.  
Von 4 Uhr ab im Riesen-Edelgelaal  
Grosser Ball.  
Kaffeeküche von 2 Uhr  
an geöffnet. Kaffee in Rahmen.  
Gegengebadener Stufen. Volks-  
belustigungen aller Art: Kunst-  
bahn, Fahrradrennen, Schießstand,  
Ballweifen, Schaufel, 4 Sommer-  
Regelbahnen. H. Stein.

**Achtung! Rohtabak. Import.**  
Das schnelle Aufblühen unseres Unternehmens in Hamburg-Altona  
und Ottensen hat uns veranlaßt, auch hier in  
Berlin NO., Keibelstraße 34  
eine Verkaufsstelle zu errichten, hoffend, daß es uns gelingen wird, durch  
streng reelle Bedienung sowie durch Lieferung durchaus konkurrenz-  
fähiger Ware einen werten Kundenkreis auch hier in Berlin  
heranzuzüchten.  
Wir bitten, bei eintretendem Bedarf uns gütigst zu berücksichtigen.  
Bei Bar-Einkauf 2 Proz. Skonto.  
12085

**Hengfoss & Maak,**  
Hauptgeschäft: Ottensen, Bismarckstr. 28.  
Verkaufsstellen: Hamburg, Schweinemarkt 27;  
Altona, Gr. Freiheit 22.  
Achtung! Berlin NO., Keibelstr. 34. Neu!

**Grösstes Kaufhaus des Nordens für  
Herren- und Knaben-Bekleidung**  
12 Schaufenster Front 5139L\*  
Grösste Auswahl, streng reelle Bedienung bei billigen,  
festen Preisen.  
Moritz Gross, Kastanien-Allee 42.  
Wer sich auf dieses Inserat bezieht, erhält 5 Proz. Rabatt.

# Keitinger & Co

Oranien-Str. 40/41  
Deutsche Compagnie

Berlin SO.

Von unseren kolossalen Vorräten in fertiger Herren- und Knaben-Bekleidung empfehlen wir als besonders preiswert:  
**Jackett-Anzug** („Favorit“), grau Marango oder gestreiftes Cheviot, sehr abart **18 M.**  
**Jackett-Anzug** („Imperial“), dunkelgrau Cheviot oder gemustertes Wollstoff **28**  
**Jackett-Anzug** („Nobis“), dunkelgrau gestreift oder einfarbig Stammgarn, Maß ersiegend **36**  
**Sommer-Paletot** („Courant II“), grau Marango oder gestreiftes Cheviot, Maß gearbeitet **17**  
**Sommer-Paletot** („Courant I“), dunkelgrau Cheviot, glatt oder gestreift, Maß-Crêpe **25**  
**Sommer-Paletot** („Regent“), hocheleganter Cheviot oder Stammgarn, englische Art, glatt od. gemust. **36**

Fertige Bekleidung auch für starke Herren.

Die Preise sind streng fest und auch auf jeden Gegenstand deutlich in Zahlen sichtbar.

Illustrierten Preis-Courant versenden wir gratis und franco.

# Achtung, Bäckerstreik!

Bürger! Arbeiter! und besonders Ihr Hausfrauen!

Unterstützt die streikenden Bäcker-Arbeiter in ihrem schweren Kampfe zur Eringung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen! Kauft nur Brot aus den Bäckereien, in denen unsere begehrenden Forderungen erfüllt werden!

Folgende Bäckereien sind geregelt und werden in diesen die geforderten Bedingungen erfüllen:

### Norden.

- Gruschka, Landsberger Allee 43.
- Neue Berliner Brotfabrik, Metellierstr. 27.
- C. Rothe, Brunnenstr. 48.
- W. Ziegelsk, Grenzstr. 13.
- P. Reutwig, Ackerstr. 191.
- H. Libitzki, Straßburgerstr. 28.
- Rogen, Bismarckstr. 2.
- Aug. Könschor, Kastanien-Allee 57.
- H. Hoff, Göttingerstr. 86.
- Gehr. Hagen Nachfolg., Dalldorferstr. 16.
- F. Jonscher, Schüllerstr. 37.
- K. Graul, Anklamerstr. 26.
- G. Seidel, Kammerstr. 24.
- M. Herrmann, Prenzlauer Allee 203.
- Heise, Bräuerstr. 8.
- Kirschen, Angermünderstr. 3.
- Nauber, Prenzlauer Allee 86.
- Reisewitz, Schlemmerstr. 24.
- Brotfabrik Wittler, Müllerstr. 33.
- Herrmann Förster, Greifswalderstr. 202.
- A. Kiesewetter, Schönhauser Allee 86.
- Fricke, Linienstr. 67.
- Bühlig, Böttcherstr. 34.
- C. Schmidt, Köstnerstr. 3.
- Wilh. Eckert, Prenzlauer Allee 42.
- Gebhard, Straßburgerstr. 13.
- P. Gohse, Landsberger Allee 123.
- Dohrmann, Braunsstr. 22.
- Johann Thiel, Frankfurterstr. 45.
- Ernst Pfeiffer, Doppel-Allee 24.
- Alb. Wolff, Braunsstr. 28.
- Max Lorenz, Rheinsbergerstr. 26.
- Gessner, Swinemünderstr. 80.
- Fr. Riebenstahl, Wallstraße.
- Oswald Grossmann, Swinemünderstr. 27.
- M. Mannel, Swinemünderstr. 82.
- M. Hösselebarth, Fehrbellnerstr. 27.
- do. Doppel-Allee 14.
- F. Mittelbach, Schönholzerstr. 5.
- Paul Müller, Marienburgerstr. 48.
- F. Baake, Kuppelnerstr. 8.
- E. Goldacker, Brunnenstr. 129/130.
- H. Schmidt, Pringens-Allee 53.
- A. Hübner, Schwedterstr. 52.
- Jakob Barklök, Brunnenstr. 161.
- Willi Seemann, Marienburgerstr. 7.
- Berliner Genossenschafts-Bäckerei, Neue Hofstr. 18.
- Neue Berl. Genossenschafts-Bäckerei, Demminstr. 18.
- Oskar Hanks, Greifswalderstr. 12.
- Fritz Hanks, Hagenauerstr. 1a.
- J. Szwedwinka, Dunderstr. 2.
- O. Kohers, Neue Hofstr. 28.
- C. Schönherr, Oberbergerstr. 46.
- Georg Witt, Streiberstr. 46.

### Nordwest (Moabit).

- A. Danolick, Wilhelmshavenerstr. 16.
- A. Fach, Claudiusstr. 10.
- Matthes, Wilhelmshavenerstr. 17.
- Max Schubert, Bredowstr. 20.
- F. Bartel, Jagowstr. 10.
- Corts & Co., Stenbockerstr. 5.
- Joh. Kumrau, Alt-Moabit 87.
- Raff, Bielebergerstr. 54.

### Osten.

- Bäckerei-Genossenschaft „Volksbrot“, Wriezenerstr. 14.
- Ladislau Starossa, Koppenstr. 49.
- Paul Heilmann, Rusaufstr. 28.
- Johann Nowosatka, Dömlstr. 9.
- August Ismaer, Gauerstr. 23.
- Peter Lamia, Heinersdorferstr. 12.
- Wilhelma-Brotfabrik, Andreasstr. 32.
- K. Keil, Marzowerstr. 9.
- A. Manthey, Faldensteinstr. 37.
- St. Cullinski, Faldensteinstr. 20.
- G. Schorr, Göttingerstr. 36.
- Rabatt-Sparverein Süd-Ost, Kottbuscher Allee 44.
- Hanko, Tischerstr. 91.
- Luise Feuer, Gubenerstr. 27.
- Hanko, Rantaustr. 90.
- Walter Bergmann, Heidenbergerstr. 146.
- Bobel, Rantaustr. 45.
- Brotfabrik „Vorwärts“, Kopenickstr. 3.
- W. Schlick, Gr. Frankfurterstr. 38.
- Fiedler, Schleißerstr. 23.
- Joh. Fischer, Göttingerstr. 55.
- E. Harlig, Göttingerstr. 13.
- M. Schauberger, Rantaustr. 11.
- Stojaczko, Nauningerstr. 73.
- Hanko, Stallgärtnerstr. 32a.
- E. Knocke, Remelerstr. 7.
- Polenz, Fruchtstr. 46.
- Sahlmann, Stallgärtnerstr. 138.
- Hanko, Liebigstr. 38.
- C. Laudahn, Köpenickerstr. 172.
- E. Fielitz, Nauningerstr. 7.
- Albrechts Bäckereien:  
 Borghagenstr. 13.  
 Krautstr. 10.  
 Leutnerstr. 2.  
 Faldensteinstr. 28.
- Br. Nikisch, Remelerstr. 47.
- C. Rogien, Straßburgerstr. 1.

### Süden.

- G. Heinig, Gräberstr. 14a.
- August Pruss, Faldensteinstr. 14.
- Ulrich, Gneisenaustr. 96.
- Fritz Hanks, Samariterstr. 11.
- Polenz, Bergmannstr. 14a.
- Sauer, Pringensstr. 38.
- Hanko, Oranienstr. 185.
- Köhler, Jahnstr. 21.
- A. Laue, Parfstr. 7.
- M. Helmroth, Admiralsstr. 30.
- W. Iremus, Oranienstr. 4.
- O. Hanks, Ritterstr. 2b.
- O. Knofius, Bergmannstr. 10.
- H. Neubach, Urbanstr.

### Westen.

- O. Lehmann, Teltowstr. 38a.
- A. Zapp, Faldensteinstr. 20.
- Karl Zeglin, Neue Steinhilberstr. 1.
- A. Gernwich, Blumenhofstr. 6.
- O. Schaper, Steglitzerstr. 71.
- M. Pocho, Steinhilberstr. 27.
- R. Madol, Winterfeldstr. 5.
- Plottners Großbäckerei, Demminstr. 32.

### Centrum.

- Otto Minuth, Steinstr. 19.
- Fr. Niemeyer, Kamenstr. 41.

Wir appellieren an das Rechtgefühl des konsumierenden Publikums und bitten, nur Brot und Backware aus den Bäckereien, Milchgeschäften und von sonstigen Wiederverkäufern zu beziehen, wo die mit unserem Verbands-Stempel versehenen Plakate aushängen (weiss mit rotem Rand).

Den Landbrotbäckern und Frühstücksbrotträgern verlange man die Legitimationskarte (rot) ab. Die Herren Bäckermeister und Wiederverkäufer, deren Ware von Bäckern, die zu neuen Bedingungen arbeiten, hergestellt wird, erhalten Plakate für ihre Geschäfte und Legitimationskarten für die Brotkäufer und Frühstücksbrotträger in unserem unterzeichneten Bureau.

Die Streikleitung.

Bureau: „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11/12.  
Sprechzeit von morgens 10 bis abends 8 Uhr.

Lächerlich!!

Billig verkaufen wir unsere eleganten Herren-Anzüge, Frühjahrs-Paletots, Hosen etc. in neuem, getragener Garberobe zu Preisen von 8,-, 10,-, 12,- bis 25 M.  
**Monats-Abonnementssachen** (an feinsten Herrschaften verleiht), für jede Figur (Spec. Bau) passend, zu sportbilligen Preisen.  
**J. Wand**, Hauptgeschäft Pringensstr. 17, 2. Gesch. Gr. Frankfurterstr. 116.  
 Sonntags 7-10, 12-2 Uhr.

6099L

Ad. Euen, Köpenickerstr. 12.

**Tegel.**  
 L. Schwanz, Schleierstr. 59.  
 Petersohn, Schloßstr. 27.  
 H. Witte, Schloßstr. 22.  
 L. Giesse, Berlinerstr. 3.

**Alt- und Neu-Weissensee.**  
 O. Bauer, Straße 2.  
 P. Klauer, Gustav Adolfsstr. 152.  
 H. Höhne, Straßburgerstr. 20.  
 Ernst Engel, Gustav Adolfsstr. 7.  
 Ludwig Mägdelfrau, Gustav Adolfsstr. 156.  
 Fr. Noth, Fiedrichstr. 1.

**Friedrichsberg.**  
 W. Köpke, Schrammbeckerstr. 37.  
 B. Friedrich, Bartenbergstr. 2.

**Grünau.**  
 Ad. Euen, Köpenickerstr. 12.

**Rixdorf.**  
 A. Voigtländer, Berlinerstr. 20.  
 R. Richter, Knechtelstr. 68.  
 R. Seuffelien, Steinhilberstr. 39.  
 Ehrentraut, Richardstr. 23.  
 F. Dornbusch, Hohenzollern-Platz 13.  
 O. Grubert, Pringensstr. 83.  
 R. Volz, Faldensteinstr. 69.  
 O. Lauchte, Pringensstr. 38.  
 Fr. Kroll, Wipplingerstr. 12.

**Britz.**  
 Pannwitz, Chausseest. 101.

**Tempelhof.**  
 Br. Wilde, Berlinerstr. 34.

**Wilmerdorf.**  
 M. Esser, Ullandsstr. 140.

**Steglitz.**  
 Hermann Knoths, Schützenstr. 11.  
 Holz, Döppelstr. 22.

**Charlottenburg.**  
 H. Proell, Sophie-Charlottenstr. 80.  
 G. Schultz, Cauerstr. 17.  
 Paul Torgeler, Queridestr. 40.  
 Georg Schott, Goethestr. 25.  
 O. Wörbe, Leibnizstr. 62.  
 E. Kraus, Schützenstr. 17.

**Schöneberg.**  
 Joseph Wagoner, Siegfriedstr. 4.  
 Friedr. Tempin, Hohenzollernbergstr. 21.  
 R. Hoffmann, Fichtenstr. 3.  
 Rauschnabel, Oberstr. 85.  
 M. Böbling, Oberstr. 42.  
 Fr. Fischer, Hauptstr. 102.

**en gros Wurst en detail**  
 Grosser Umsatz! Billige Preise!  
 Rotwurst u. Zwiebelwurst 0,50 M.  
 Mettwurst u. Polnische 0,65  
 Zausmacher-Leberwurst 0,90  
 Hausmacher-Flaschwurst 0,85  
 Braunschweiger Mettwurst 0,80  
 Thüringer-Kaislerwurst 0,90  
 Kaiser-Jagdwurst 0,90  
 Weiße Salami u. Schlackw. 0,95  
 Pa. Holsteiner Schlackw. 1,25  
 „ „ Salami 1,25  
 „ „ Schinkenw. 1,10  
 Prima fetter Landspeck 0,60  
 „ magerer Landspeck 0,65  
 „ Landshinken 0,95  
 „ Rollschinken o. Knoch. 1,10  
 Bei Abnahme v. 5 Pfd. Preisermäß.

**A. Meyer,**  
 Berlin N., Weinbergsweg 11.

**Billiges Bauland**  
**Billiges Gartenland**  
**Biesdorf**  
 allen Freunden von Obst- und Gemüsebau zu empfehlen. Jetzt noch billige Preise.  
**R. 12 Mark an.**  
 Stadtbahnverehr. Kaskunst im Restaurant am Bahnhof Biesdorf u. im Comptoir Gontardstrasse 5, II. 110/15

**Knaben- und Jünglings-Garderobe**  
 f. d. Alter v. 2-20 Jahr. in reichhaltiger Auswahl am billigsten und reellsten direkt in der Fabrik von **Karl Hustedt**  
 O., Koppenstr. 85, pt. 2 Min. v. Schloß Bahnh. Herren-Garderobe nach Maß. Großes Lager in- und ausländischer Stoffe.

**Ziehung 28. Mai**  
 Genehmigt durch Ministerial-Erlass f. d. ganze Preuss. Monarchie. 26. Lott. z. Hebung d. Pferdezucht.

**Marienburger Lose à 1 M.** 11 Lose à 10 Mark

(Porto u. Liste 20 Pf.) Gewinne können nach Ziehung freihändig oder auf Auction verkauft werden gegen

**Baar-Geld.** im Gesamtwerthe von

**3384 Gewinne**

**88.000 M.**

1. 9000	1. 5000
1. 3500	1. 3000
1. 2300	1. 1200
1. 1500	1. 1000
5 mit 5500	5 mit 1000

**66 mit 37000**  
**3300 mit 18000**

(7 Equipagen, 80 Pferde, 5 Fahrräder u. Silbergewinne).  
 Lose versendet der General-Debit:

**Lud. Müller & Co.**  
 Berlin, Breitestr. 5

Gesund, nahrhaft u. billig  
 alkoholfreies Erfrischungs-Getränk

**Goldblondchen**

ausgezeichnet mit Ehrenpreis u. goldenen Medaillen

General-Vertrieb: Ernst Krüger, Berlin NO. Heubstr. 23.

**Nur neueste Moden.**

Dieser steife, schwarze Hut mit Futter, moderne Form, kostet 1,90 M.

Neuheiten in **Sommerhüten**, in großer Auswahl, mundervolle Farben, federleicht, M. 1,90, 2,25, 2,50, 2,80.

Special-Hut-Engroslager nur neueste Moden. Einzelverkauf zu Fabrikpreisen im Comptoir Neue Königstr. 48, 1 Treppe, drittes Haus vom Alexander-Platz.

Größte Auswahl, anhergewöhulich billige Preise. Filzhüte für Herren, mit Atlasfutter M. 2,-, hochfeine Qualität M. 2,50, extra feine M. 3,-, beste Qualität M. 4,50. Sonntags geöffnet.

Seltene Gelegenheit! Nur kurze Zeit!

**Räumungs-Verkauf**

der aus der 146/2\*

**Konkursmasse**

Rosenthalerstr. 60 von **A. Levy, Goldschmidt & Co.** Rosenthalerstr. 60  
 Avanti I. Etage kommenden und anderer Waren. I. Etage Avanti

Ein Posten Herren-Anzüge in Jackett-Fassons soll nunmehr abgegeben werden für den billigen Preis	von M. 6 an u. h.
Ein großer Posten, bestehend in Herren-Hosen, jetzt herabgesetzt	von M. 1 1/2 an u. h.
Eine große Partie, bestehend in Frühjahrs-Überziehern, jetzt herabgesetzte Preise	von M. 6 an u. h.
Ein Cavelling, bestehend in Herren-Rock-Anzügen, zu dem jetzt herabgesetzten billigen Preis	von M. 12 an u. h.
Ein Posten Herren-Zoppen und Jacketts aller Sorten zum herabgesetzten Preis	jetzt von M. 1 an u. h.
Eine große Partie Jünglings- und Burlesken-Anzüge zu dem bedeutend herabgesetzten Preis	von M. 4 an u. h.
Ein Posten Knaben-Anzüge zu den noch nie dagewesenen Preisen	von M. 1 1/2 an u. h.

Gegründet 1878.

Jackett-Anzüge	von 17,50 M. an	Frühjahrs-Paletots	nach Mass von 30 M. an
Rock-Anzüge	von 22	Frühjahrs-Anzüge	nach Mass von 33
Gehrock-Anzüge	von 25	Hosen	nach Mass von 10
Paletots	von 18	Sportkleidung, Gummimäntel,	
Hosen	von 5	Knaben-Anzüge	in grösster Auswahl.

**M. Schulmeister**  
 Schneidermeister  
 Dresdenerstr. 4, Hauptstrasse 139  
 Ecke Adalbertstrasse. (Schöneberg).

Streng feste Preise.



# M. Riethmüller

Molkenmarkt 15, Ecke Poststr. 17.

## Special-Geschäft für Herren- und Knaben-Garderoben.

Fertige Paletots 15,50—18,50—23,50—28,50  
 33,50—38,50—43,50—48,50

do. Sacco-Anzüge 15,50—18,50—23,50—28,50  
 33,50—38,50—43,50—48,50

do. Rock-Anzüge 25,—, 30,—, 35,—, 40,—  
 45,—, 50,—, 55,—

do. Hosen, einzeln, von 3,50—24,00.

Sport-Anzüge, Joppen, Jacketts,  
 Phantasie-Westen in reicher Auswahl billigst.

Grosses Lager in Stoffen aller Art



Streng feste Preise.



Diese Façon 1,80 BR.  
 Feinere Qualitäten 3,50 BR.  
 Hanrhüte von 1,50 BR. an.

Strohüte 35 Pf. an.

Schirme  
 Regen-  
 Sonnen-  
 größte Auswahl  
 von 1,50 BR. an

Krawatten  
 Plastron  
 n. 90 Pf. an  
 Schleifer  
 n. 15 Pf. an

Wäsche  
 Oberhemden,  
 Kragen,  
 Manschetten,  
 Servietten  
 in bester  
 Qualität

Handschuhe,  
 farbige Glace,  
 Paar 1,50 BR. !!

Gottmann,  
 Gr. Frankfurterstr. 130.

### Zur Aufklärung über „Fuchssprung“

Wie gern möchte mancher einen guten Rheinwein so billig und so gut wie man ihn in den Detailgeschäften der Rheinstädte bekommt, kaufen, aber leider der Mangel mancher Detailisten an Verständnis und Zunge für Weine lässt sie beim Einkauf nicht immer das Richtige für den verwöhnten Berliner Geschmack treffen. Diesem Mangel ist jetzt abgeholfen; man erhält in fast jedem Droguen-, sowie Kolonialwaren-Geschäft den vorzüglich Rheinwein Marke

„Fuchssprung“ (Et. geschützt unter No. 68466), welcher in drei Qualitäten verkauft wird, a. Fl. 75 Pf. ex., 1.00 M. ex. u. Kabinett 1,50 M. ex. Der „Fuchssprung“ zu 75 Pf. ist ein brillanter, bekömmlicher Tischwein, aber auch zur Bowle sollte man die „Fuchssprung“-Weine verwenden, in Folge ihrer kräftigen, edlen Blume kann man zu 3 Fl. „Fuchssprung“ 1 Fl. Wasser nehmen. Eine Bowle aus „Fuchssprung“-Wein macht heiter und lebensfroher, vertreibt die Sorgen und verursacht niemals Kopfschmerzen, wie die aus minderwertigen Weinen hergestellte Bowle.

Generaldepot: A. Sommer, Bergstr. 34.



Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.

Empfehlen unser helles u. dunkles **Tafelbier:**  
 Gambrinusbräu (Münchener)  
 Nepomukbräu (Pilsener)  
 Böhmisches Brauhaus NO.

Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13, T. VII. 5088.  
 Flaschen-Abteilung: Frieden-Strasse 93, T. VII. 1670.  
 Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen.

### 5. Ziehung 5. Klasse 210. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. Mai 1904, nachmittags.  
 Nur die Gewinne über 240 M. sind den betreffenden Nummern in Blauem beigefügt.  
 (Die 5 Gewinne.)

- 220 93 307 482 541 [3000] 70 080 701 [1000] 89 816  
 41 70 929 38 [3000] 14 92 15 68 [3000] 82 184 289 309  
 77 544 636 67 939 2046 [3000] 307 210 300 402 96 [5000]  
 710 78 952 [3000] 90 323 91 371 549 79 816 93 [5000] 905 98  
 58 4142 45 82 596 801 5123 [1000] 55 [1000] 550 69  
 [5000] 61 778 888 72 951 6037 148 55 68 271 327 76  
 483 833 [5000] 97 629 825 363 7080 174 99 886 945 8083  
 74 207 361 [5000] 75 525 926 88 9094 380 88 788 940 90  
 10038 320 [5000] 52 513 657 907 11045 68 145 61  
 390 404 40 85 508 77 707 [3000] 66 964 12078 352 97 822  
 608 708 13221 [3000] 29 45 412 96 888 [5000] 930 93  
 [1000] 14000 68 [1000] 15063 174 694 737 [5000]  
 970 16195 231 408 521 [5000] 89 282 881 [5000] 55 58 788  
 834 17047 132 [5000] 224 85 68 329 489 616 620 73  
 732 82 87 18127 55 482 [3000] 608 12 83 890 19055  
 146 204 304 93 [1000] 439 73 [1000] 658 [5000] 872  
 [5000] 926
- 20059 274 337 799 [3000] 890 79 959 21057 110  
 206 65 418 95 574 665 813 53 54 64 [5000] 83 22217  
 377 [3000] 590 622 28 92 886 96 851 23113 80 374 584  
 609 735 849 [1000] 89 969 11 85 24198 294 362 445  
 [1000] 522 [3000] 15 63 819 741 71 832 833 [5000] 25059  
 499 596 632 [3000] 744 46 891 26144 86 365 596 96  
 788 801 60 993 27264 318 [5000] 26 69 479 610 77 [5000]  
 906 77 28032 137 275 306 421 62 781 822 [1000] 29  
 [5000] 26 [5000] 29185 239 329 [1000] 68 [5000] 549 688 931  
 30159 388 390 414 37 [3000] 69 676 [3000] 725  
 31044 80 104 286 324 88 [5000] 555 699 723 21 818 92  
 32128 36 309 66 747 83 [5000] 819 12 97 900 34128 83  
 [5000] 640 47 770 35027 [1000] 173 439 62 88 741  
 832 80771 210 29 322 408 23 635 96 72 602 731 48 95  
 941 37054 [3000] 432 700 81 923 [5000] 72 38182 634  
 48 606 42 [5000] 748 815 18 33 69 [3000] 39176 [3000]  
 88 229 81 722 845 994
- 40099 174 213 328 64 [1000] 72 [1000] 415 44 61  
 594 654 95 99 41014 41 30 289 86 99 329 453 657 83  
 722 43 42173 92 396 429 635 640 59 89 84 912 33 [5000]  
 63 43032 320 801 [5000] 22 [1000] 822 985 44071  
 306 61 318 47 484 798 862 45113 85 228 332 99 425 63  
 65 97 542 [3000] 65 696 90 713 949 46046 500 87 601  
 72 700 42 47176 [1000] 563 772 944 49238 [5000] 435  
 80 [5000] 644 899 49187 240 359 401 640 853 958 98  
 50008 130 57 224 321 32 47 426 97 [3000] 677 80  
 51068 103 268 201 861 410 574 83 982 782 808 52063  
 119 263 500 692 709 861 53949 89 352 56 468 [5000] 529  
 726 927 46 73 54019 140 [5000] 90 222 365 74 429 547  
 771 829 98 974 85 [5000] 55147 71 [5000] 669 810 970  
 68 56028 186 212 [5000] 711 57063 97 540 49 [5000]  
 66 [5000] 622 58158 338 443 69 87 514 720 72 548  
 59010 [1000] 98 [5000] 289 [1000] 418 [1000] 26 625  
 [5000] 90 905 18 36
- 60150 216 71 739 90 884 912 24 61135 288 490  
 623 793 62419 533 710 [5000] 914 88 63113 408 21 73  
 684 781 64638 151 389 719 814 [3000] 936 65163 79  
 69 419 596 746 [3000] 82 [5000] 620 70 66029 32 194  
 264 82 448 926 37 602 747 [3000] 813 954 [3000] 74 87  
 94 67108 24 230 408 85 540 57 632 68039 121 254  
 519 735 42 85 976 69019 39 188 214 32 330 92 605  
 8 803
- 70040 426 47 838 71038 69 192 296 498 794 809  
 929 35 [5000] 67 72151 70 399 530 664 89 781 980 89  
 79014 44 76 [1000] 345 467 72 873 83 692 970 [1000]  
 74250 329 477 511 46 98 600 783 972 75038 80 134 274  
 [3000] 389 442 75 [5000] 569 592 900 [1000] 49 [1000] 80  
 717 803 94 976 76079 81 507 983 77003 10 127 38  
 43 71 [1000] 294 99 312 508 [5000] 606 85 747 78940  
 46 180 445 [3000] 47 81 83 97 827 690 745 987 79167  
 62 306 25 690 [5000] 671 [5000] 857 949
- 80239 32 79 300 433 690 79 965 942 81175 [1000]  
 283 443 792 82054 175 331 530 650 [1000] 795 [5000] 816  
 41 92 63064 170 295 345 38 672 740 63 84055 [5000]  
 136 [3000] 309 75 435 503 37 821 [1000] 39 898 85082  
 100 277 394 7 [5000] 491 727 [3000] 876 919 86090  
 [3000] 134 222 [1000] 78 343 [3000] 451 507 [5000] 701  
 [1000] 81 97214 372 533 55 827 [5000] 076 99 [3000]  
 85118 46 367 697 790 987 89379 339 [3000] 432 [1000]  
 37 77 [5000] 583 644 913 21
- 90104 [5000] 29 95 305 15 418 531 948 901248 [5000]  
 415 [5000] 82 84 86 [5000] 506 615 98 845 95 92142 71  
 99 [1000] 223 [3000] 361 92 497 890 953 93091 334  
 483 634 611 721 918 86 94107 [5000] 433 45 47 [1000]  
 828 662 72 78 783 637 912 56 95147 278 [3000] 89 388  
 682 758 68 829 96021 [1000] 67 185 391 394 493 625  
 998 39 846 91 669 99 97127 44 [3000] 326 392 59 622  
 65 86 80 759 865 961 97 98118 25 69 330 38 533  
 99029 97 113 22 424 878 670 882
- 100799 508 [5000] 9 68 73 671 713 815 [1000] 28  
 29 84 945 78 101001 103 429 74 519 37 941 [1000] 91  
 102150 679 796 828 79 939 103216 85 [3000] 352 59  
 71 792 104194 74 220 332 853 69 821 722 [1000] 94  
 910 105142 261 95 465 309 744 97 876 991 106009  
 [5000] 18 31 82 220 224 33 99 417 44 508 891 47 [5000] 768  
 992 107216 29 324 410 [3000] 545 894 786 67 86 92  
 891 108041 128 53 73 209 481 556 886 799 329 37 69  
 109024 47 247 338 451 79 784 876 81 953 63  
 110156 81 299 332 [3000] 534 85 959 111:37 211  
 [500] 620 43 749 888 96 919 [3000] 112076 143 331 456

### 5. Ziehung 5. Klasse 210. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. Mai 1904, nachmittags.  
 Nur die Gewinne über 240 M. sind den betreffenden Nummern in Blauem beigefügt.  
 (Die 5 Gewinne.)

- 22 [700] 378 572 [1000] 792 863 73 903 74 1401  
 308 [5000] 78 785 69 800 [3000] 3 966 [5000] 97 2915  
 41 87 157 99 270 353 668 618 776 3115 219 51 248 411  
 16 807 603 97 899 922 4082 108 359 589 711 897  
 5199 224 96 [5000] 98 341 403 829 45 51 6017 79 4 5  
 548 [1000] 95 750 54 835 7038 283 426 [5000] 512  
 [5000] 45 793 [3000] 45 92 [1000] 97 979 [1000] 8028  
 87 292 514 79 711 35 999 9279 343 454 712
- 10002 13 43 [5000] 122 315 28 478 555 745 64  
 835 68 94 11006 48 [5000] 64 196 585 [1000] 86 605  
 30 48 [1000] 959 [1000] 12024 212 465 [5000] 75  
 [3000] 511 [1000] 38 902 13032 69 169 533 89 688  
 732 964 65 79 [1000] 84 14094 [5000] 137 247 99 658  
 60 [5000] 67 78 699 635 99 59 745 75 906 [3000] 94 97  
 15126 40 241 62 333 432 647 [5000] 51 710 53 929 91  
 16267 338 574 829 966 92 [5000] 17098 218 87 397  
 446 761 844 [3000] 99 977 18203 392 473 501 34  
 38 812 48 73 919 81 19067 156 212 93 833 777  
 815 [1000]
- 20495 33 540 60 722 849 61 839 [5000] 45 21037  
 223 [5000] 480 653 811 946 22105 3 90 267 69 368  
 488 700 [5000] 23020 80 191 201 899 756 81 [5000]  
 876 88 990 24048 [1000] 297 381 471 [5000] 487 964  
 25012 38 104 40 364 98 307 25 415 42 69 584 [5000]  
 661 728 876 [3000] 79 [3000] 83 [3000] 26079 186  
 91 230 69 378 [3000] 547 893 756 828 29 69 999  
 27091 49 124 32 [3000] 248 61 86 309 430 515 [5000]  
 66 669 78 998 28018 [3000] 51 75 677 888 29189  
 300 3 597 688 734 40 841
- 30091 124 330 663 90 787 89 848 89 87 31110  
 238 753 [5000] 924 63 32005 80 239 421 [1000] 546  
 97 [1000] 852 75 33103 [1000] 10 30 70 77 379  
 427 920 85 620 830 34067 80 [5000] 654 833 35083  
 41 [3000] 95 121 89 339 62 822 728 901 36029 38  
 47 123 241 385 400 34 45 48 525 34 69 616 735 61 99  
 806 63 930 69 37081 [5000] 217 [1000] 22 [5000]  
 84 91 38106 37 84 305 15 39 47 426 517 32 75 88  
 650 706 18 812 911 39005 69 73 329 [3000] 87 [5000]  
 988 621 28 39 788 946 96
- 40033 241 49 71 [3000] 305 492 63 41027 36  
 115 [3000] 246 365 486 507 708 [1000] 802 50 42334  
 428 681 681 784 43299 436 804 66 069 44024 148  
 220 59 298 324 96 700 889 928 45003 43 147 [3000]  
 56 69 214 925 46003 97 162 63 306 82 431 615 19  
 46 44 [5000] 847 47183 217 419 591 929 48951  
 105 627 35 828 [1000] 72 [1000] 730 849 49025  
 [5000] 326 404 534 771 802 50 62 86
- 50098 [5000] 515 69 638 88 889 51518 705 [1000]  
 10 [3000] 40 803 52003 34 142 202 42 533 55 688  
 708 23 96 805 11 [1000] 45 955 53108 23 [1000]  
 326 428 538 674 738 884 54004 73 353 633 [5000]  
 800 901 55606 90 238 340 92 [1000] 466 627 34 739  
 86 900 56679 765 [3000] 57149 232 626 59888  
 215 87 89 094 11 62 [1000] 708 43 809 [1000] 69  
 59143 46 289 417 634 82 665 801 [1000] 74 80 [5000]  
 60074 34 [5000] 52 56 [3000] 85 313 569 57 639  
 [5000] 939 61115 239 42 55 78 380 [1000] 70 563 97  
 764 855 922 50 [1000] 62029 33 112 200 39 349 440 632  
 13001 69332 601 16 831 [5000] 46 969 64101 12 14  
 24 75 485 612 [1000] 52 732 991 65018 93 169 279  
 88 [1000] 417 610 46 81 894 66046 [1000] 69 367  
 561 671 67084 119 90 262 97 386 441 525 73 706 [1000]  
 34 868 [1000] 919 25 74 68048 272 306 40 624 66 65  
 896 890 97 69023 124 99 234 316 309 32 831 830
- 70096 12 369 [1000] 538 811 14 909 [3000] 57 67 96  
 71091 103 451 [5000] 94 321 67 640 82 723 72105 25  
 97 257 564 90 644 822 66 905 73000 41 342 43 57 462  
 672 776 81 968 74029 253 56 629 80 [3000] 787 75001  
 87 166 292 498 54 714 724 32 55 823 40 44 997 76124  
 68 265 622 639 79 708 810 80 99 77056 [1000] 329 662  
 774 78942 76 123 25 69 283 517 685 96 723 26 59 88  
 882 906 [5000] 79003 68 223 35 778 820 21 86
- 80118 225 34 802 24 468 83 [1000] 542 85 829 31 32  
 983 51134 307 73 514 623 67 924 39 82055 320 35  
 [5000] 500 40 699 759 83238 99 451 90 [5000] 967 011 67  
 97 84043 115 [5000] 224 37 29 78 491 97 682 799 953  
 95094 79 79 [1000] 1294 407 [5000] 29 773 88 96 849  
 [3000] 86031 190 371 31 82 10 506 63 614 [3000] 797  
 87068 115 394 99 [3000] 342 794 822 88437 [1000] 82  
 570 [1000] 688 775 848 89126 93 276 375 486 592 715  
 801 42 56
- 90188 348 330 [5000] 47 52 678 738 [3000] 66 920  
 91025 41 141 [3000] 76 232 [3000] 64 616 53 953 92163  
 296 66 516 21 62 671 725 61 87 96 882 62 935 93143  
 70 360 589 97 677 803 23 069 94098 359 99 829 35  
 996 95032 71 105 53 236 4120 20 317 677 96 99 96049  
 182 [5000] 251 [3000] 385 440 [1000] 678 715 97031 122  
 85 214 506 73 665 715 43 804 98051 108 273 [3000]  
 244 589 92 [1000] 741 83 99042 96 162 [3000] 217  
 31 51 56 71 301 12 [5000] 678 712 [1000] 42 923
- 100028 [1000] 82 118 [5000] 45 218 30 41 76 99  
 489 610 20 727 101293 359 [3000] 495 789 886 905  
 102194 72 856 324 47 966 38 [5000] 59 83 [1000] 103294  
 413 51 512 922 737 831 56 104981 169 224 [5000] 387  
 [1000] 499 517 600 54 [3000] 91 105127 267 341 [5000]  
 69 84 483 10732 108142 95 223 534 854 109057  
 441 553 783 109000 491 917 95
- 110139 206 402 374 90 690 715 [1000] 35 111063  
 300 70 83 442 567 89 791 946 83 112185 [5000] 49 383  
 [3000] 87 81 494 511 88 717 990 119129 241 46 49

### 5. Ziehung 5. Klasse 210. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. Mai 1904, nachmittags.  
 Nur die Gewinne über 240 M. sind den betreffenden Nummern in Blauem beigefügt.  
 (Die

Verfammlungen.

Unser Kommunal-Wahlkreis.

Für den 32. Kommunal-Wahlbezirk war am Dienstag eine öffentliche Kommunalwähler-Verammlung nach dem Lokal von Hensel, Invalidenstraße, einberufen worden...

40. Kommunal-Wahlbezirk. In der gut besuchten öffentlichen Versammlung, die am Dienstag bei Meyer, Vopenstraße, abgehalten wurde, sprach Stadtverordneter Genosse Heimann über: „Die Sünden des Preßrechts in der Stadtverwaltung.“

In der Diskussion wurde zunächst eine Anfrage an den Referenten gerichtet, ob es der Fraktion nicht möglich sei, auf eine Vereinheitlichung der Lehrmittel in den Gemeindeschulen hinzuwirken.

Feuerleute zu kommen, um mit diesen zusammen auf etwa ein Stündchen die „angenehme Temperatur“ zu genießen. Dann würde er auch vielleicht einen Begriff von der anstrengenden Tätigkeit der Gasanstaltsarbeiter bekommen...

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis (Osten) hielt am 10. Mai im Etablissement Königsbäum, Frankfurterstraße 117, eine Versammlung ab. Nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Grenz über: „Socialpolitik im Reichstag“, der diesen Beifall fand, brachte der Vorsitzende, Genosse Litzin, die Stellungnahme des Vorstandes und der übrigen Parteifunktionäre von Berlin IV (Osten) zu Bernsteins „Neuem Montagblatt“ zur Sprache.

siehe der Raum des „Vorwärts“ Bernsteins Gründung zur Verfügung? — Man müsse auf solche Privatgründungen ein nachsames Auge haben und sie im Keime erlöchen. — Redner verteilte auf Veranlassung der Brandenburgischen Provinzialkonferenz, wonach in der Provinz Brandenburg Zeitungsgründungen nicht ohne Zustimmung der Provinzialkonferenz ins Leben gerufen werden sollten.

Die Versammlung erklärte sich mit der Stellungnahme des Wahlvereinsvorstandes, der Bezirksleiter und Gruppenführer der Zeitungsgründung des Genossen Bernstein gegenüber vollständig einverstanden. Sie hält die Gründung von Zeitungen als Privatunternehmen seitens Parteigenossen für die Partei schädlich...

Aus der Frauenbewegung.

Ueber „Gemütsleben und Berufsleben“ sprach am Montag, den 9. Mai, Herr Gerhart Hildebrand im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Der Druckfehlerfehler hatte in der Voranzeige der Versammlung Gerhart Hauptmann zum Referenten des Abends ernannt und die Folge war, daß Hunderte von Männern und Frauen von nah und fern herbeiströmten...

Witterungsübersicht vom 11. Mai 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 6 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Regen, Temperatur. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien, Caparanda, Peteraburg, Gort, Aberdem, Paris.

Weiter-Propgnose für Donnerstag, den 12. Mai 1904. Nachts sehr kühl, am Tage wärmer, viel Wind heiter, aber noch veränderlich bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Verkauf zu mässigen streng festen Preisen.

# Max Kaplan,

Friedrichstrasse I am Belle-Allianceplatz.

## Herren-Moden.

## Jünglings-Bekleidung.

## Knaben-Garderobe.

feste Preise.

Sämtliche Gegenstände sind **Selbstkonfektion**, in vorzüglichster Qualität und hervorragender Ausstattung.  
Jackett-Anzüge M. 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32 usw.  
Sommer-Paletots M. 15, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30 usw.  
**Specialität:** Paletot auf pr. Seidenfutter, vorzügl. moderner Stoff M. 42.  
Jünglings-Anzüge M. 8, 9, 10, 11, 12, 14, 16 usw.  
Knaben-Anzüge M. 3, 3.50, 4, 4.50, 5, 5.50, 6 usw.

**100 Stück 7 zöller**  
**Thielitz-Briketts**  
kosten jetzt ab meinen Filialen 70 Pfg., für 10 Pfg. 14 Stück. 5157L\*

**100 Stück 7 zöller Anna-Briketts**  
(gleiche Heizkraft wie Ilsa, Monopol, Henkels Werke etc. etc.)  
**65 Pfg., für 10 Pfg. 15 Stück.**  
Edmund Beese, Komtor: Schwedterstr. 48.

**Fortuna lächelt noch!!!**  
**Mariendorfer Hochbauterrain!**  
200 Baustellen von Nr. 3000.- an, prachtvoll geschnitten M. 3.- u. 4.- pro Quadratmeter netto Baugrund, zur Straße nichts mehr abzutreten.  
Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, 3 Minuten vom Endpunkt der elektrischen Bahn (Sprengelstraße-Mariendorf).  
Verkäufer, auch Sonntags, von 3-8 Uhr auf dem Terrain.  
Eigentümer **A. Lowek, Berlin, Gneisenaustr. 52.**  
3475

**Cigarren-Haus**  
**Engros. Louis Pincus Export.**  
Berlin G., An der Spandauer Brücke No. 10, 1 Trepp.  
Telephon Amt III, Nr. 3101.  
Ich offeriere zu sehr billigen **Engros-Preisen**: Cigarren, per 1/10 Mille-Röste gleich 100 Stück von 2.25 Mark an bis 12 Mark gegen Kassa. (Gabe jedoch unter 1/10 Mille-Röste gleich 100 Stück nicht ab.)  
Nichtkonvenientes wird bereitwillig umgetauscht. [29515\*]  
Verland geschieht auch gegen Nachnahme per Post.

**Personen-Dampfer**  
jeder Größe für Vereine und Gesellschaften etc., auch Sonntags, empfiehlt billigst 50725\*  
**Keddig, Seebad Müggelwerder, Rahnsdorf, Mühl.**  
Abfahrt, neu: Michaelstraße, Michaelstr. 48.

**NESTLE'S Kinder-mehl**  
Unübertroffen bei:  
**Brechdurchfall Diarrhoe Darmkatarrh**  
Vorrätig in Apotheken, Drogerien, Colonialw.

**Herm. Ramlows Weiss- u. Bayrischbier-Lokal**  
Schönhauser-Allee 135.  
Empfehle mein großes Vereinszimmer für Jubiläen, Geburtstags- und Werkstätten.  
**Zwei neu renovierte Kegelbahnen.**  
Großer Mittagstisch sowie gut gepflegtes Weiß- und Bayrisch Bier.  
H. Ramlow.

Jedes **5 Pfennig.**  
Wort: **5** Das erste  
Wort 10 Pfg. Worte mit mehr  
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 8 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Betten, Bettstühle, Steppdecken, Tischdecken, Teppiche** staunenerregend. **Handelshaus Weidenweg 19.** 431\*

**Spottblitz Bettinette, Bettzüge, Bettlatten, Aussteuerwäse, Brautleuten empfehlenswert, Handelshaus Weidenweg 19.** 431\*

**Herrenuhren, Damenuhren, Ketten, Regulatoren, Freiwinger, Schmutzlappen, Trauringe, Spiegel, anerkannt spottblitz Handelshaus Weidenweg 19.** 431\*

**Bekanntmachung.** Sommerpaletots, Jackettanzüge, Gebrochene, empfehlenswerte Einkaufsquelle, nur **Central-Handelshaus Weidenweg 19.** Verkaufzeit bis neun abends. 431\*

**Bettwäsche, Betten, Steppdecken, Tischdecken, spottblitz, Handelshaus, Rührerplatz 7.** 22748\*

**Gardinen, Teppiche, Uhren, Gold- und Silberwaren, spottblitz, Handelshaus, Rührerplatz 7.** 22748\*

**Spottblitz Teppiche, Betten, Gardinen, Vorhänge, Steppdecken, Wäse, Tischdecken, Regulatoren, Anzüge, Sommerpaletots, Renommirte Uhren, Uhrenten, Spiegel, Silber, Möbel, Leihhaus, Neanderstraße 6.** Teilzahlungen gestattet. 410\*

**Geschenksstücke: Paletots, Anzüge, Hosen, Kessel, Betten, Teppiche, Schirme spottblitz, Rude, Dranienstraße 131.** 11915\*

**Reisegläser, Operngläser, Koffer, Revolver, Leihwäse, Reisezüge, Hüte, Harmonikas, Geigen spottblitz, Rude, Dranienstr. 131.** 11915\*

**Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten, Goldschmuck, Regulatoren, spottblitz, Rude, Dranienstraße 131.** 11915\*

**Steppdecken, Teppiche, Gardinen, Anodenanzüge spottblitz, Rude, Dranienstraße 131.** 11915\*

**Göckelmanns Leihhaus, Köpfigerstraße 20, genau gegenüber der Mariendorferstraße, verkauft billigst verfallene und neue Anzüge 10 Mark, Sommerpaletots 7 Mark, Teppiche 7 Mark, prächtige Betten, Stand 22 Mark, Steppdecken, Goldschmuck, Regulatoren etc. 1113\***

**Cigarren, Cigaretten, verpackt gewaschen! Spottblitzger Detail- und Engrosverkauf.** **Meiers Leihhaus, Friedrichstraße 55.** Höchste Bekleidung von Fahrern, Gold, Silber, Wäse, Handtaschen, Möbel, Warenposten jeder Art. Diskretion. 22658\*

**Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Dimanddecken, Stores, Steppdecken, Tischdecken, Kofferstoffe wegen Umbau spottblitz Goldschmuck, Köpfigerstraße 100, Conrad Köpfiger.** 22658\*

**Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Datscher Markt 4, Bahnhofs Börse.** 93/92\*

**Hochverehrte Herren-Anzüge, Sommerpaletots, vorjährig, aus feinsten Rohstoffen, 18-38.00.** **Beinfelder 7-11.** Täglich, auch Sonntag-Verkauf. **Deutsches Verbandshaus, Jägerstraße 63, I.** 22548\*

**Reparatur.** 30 Jahre bestehend, will jeglicher Anhaber verkaufen. Näheres bei Postan. **Neue Hochstraße 13.** 3296\*

**Kanarienhähne und Wellen,** dieselbe prämiert mit Ehren diplom und Ehrenpreis, vielen Medaillen, zur Ansicht. **Krebs, Köpenickerstraße 134a.** 1144\*

**Ringelstücken, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1.00, gebrauchte 12.00.** Köpenickerstraße 60/61, Grenzplanerstraße 50/60 und Große Frankfurterstraße 7. 198\*

**Steppdecken billigt Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.** 437\*

**Wollgeschäfte verlässlich, 15 Jahre bestehend, Rheinsbergerstraße 72.** 198\*

**Todesfälle halber verläufe gutgehendes Barbiergeschäft Schönhauser-Allee 50a.** 12155\*

**Kanarienhähne (preisgekrönt) verkauft Köpfiger, Schönberger, Bahnhofsstraße 43.** 1114\*

**Schneidern verkaufen vier Stufen Möbel, Polsterarbeiten, noch neu, auch einzeln, für Brautleute, Paneele 50.00, Trumeau, geschliffen 33.00, Stores, Gardinen, Steppdecken, Teppich, Piano, verschiedenes jeden Preis.** Köpenickerstraße 126a, I. 12408

**Wirtschaft, rotbraune Blüschgarntur, erhalten, Weidenweg 4, vorn II.** 11748\*

**Wiesenhäuser Herrenanzüge, Prachtmöbel, Herrenhemden 3.00, große Bettlatten 1.30, Handtücher, Tischtücher, Servietten, Normalwäse, spottblitz, Wäseausstattungs-Fabrik Adolph Salomonsh, Dirschenstraße 21 (Alexanderplatz). 110/14**

**Neues Piano, Todesfälle zu verkaufen.** Hengelmann, Beustelstraße 11, vorn II. 781

**Schuhwaren, Fabrikauflösung, nachmittags Einzelverkauf, spottblitz, Goergenstraße 62, Comptoir.** 110/17

**Blüschsofa, Kleiderkranz, Verklow, Bettstellen mit Matrassen 15.00, Trumeau dringend verkauft Dräger, Weberstraße 24.** 110/17

**Herrenanzüge, modernste, sehr gut erhalten, Umstände wegen mit vollständigem Zubehör für 45.00 verlässlich. Große Frankfurterstraße 14, Hof geradezu.** 433

**Wachwaren-Geschäft, gutgehend, altershalber spottblitz verlässlich, Friedenstraße 52, Keller.** 733

**Brennabor-Halbrenner verkauft billig Weidner, Rühlhofenstraße 2, parterre.** 733

**Kinderwagen, fast neu, verkauft Köpfiger, Köpfigerstraße 34.** 1100

**Drechselerei, elektrischer Betrieb, günstige Zahlungsbedingungen, verkauft Hammer, Bruchstraße 32.** 433

**Bilder, Schlus des Ausverkaufes am 31. Mai. "Fortuna", Franzstraße 1, Ecke Schönhauser Allee. [12555\*]**

**Brennholzverkauf jeden Mittwoch und Samstag von 3 bis 4 Uhr Hertenstraße 4.** 12455

**Damenrad, wenig benutzt, 40.00, dringend verlässlich Horn, Große Frankfurterstraße 124.** 12465

**Halbrenner, tadello, verkauft Klein, Ramlersstraße 33.** 12485

**Berücken, Damenscheitel, Haarzöpfe 2.50, Haarsträhnen, Haarwäse (Damen) 1.00, Tragenapparate, unübertroffene Haarfärbemittel, Probefläsche 0.40. Winterfeldt, Karlsruherstraße 27.** 12496

**Wider-Einrichtungen** bekannt. **Bücherei** 1. Franzstraße 1, Ecke Schönhauser Allee, "Fortuna". 755\*

**Kaufpolierung!** Sofa 5.00, Matratze 4.00, auch auferm Hause. **Bachmann, Blumenstraße 35b.** 21738\*

**Darlehens vergibt Selbstgeber, bioret. Liege, Polsterstraße 23, Köpfigerstraße 85.** 312\*

**Rechtsbureau.** Vorsteher, früherer. **Güldenstraße 15, Sonntagsdienst.** 42

**Rechtsbureau, Gerichtssekretär, früherer, Andreasstraße 38.** **Sonntagsdienst.** 12365\*

**Fahrrad, billiges, gebrauchtes, lauft wie neu, Landwehrstraße 50.** **Dreißigjährige und Bekleidungszeit (Schulisch).** 432

**Wäse wird sauber gewaschen, im Freien getrocknet.** Großer Bezug 0.15, Laten, Leibwäse 0.10. **Abholung Sonntagabend, Emil Baufrank, Köpenick, Müggelwerderstraße 40.** 275\*

**Handliche Markusstraße 27.** \*

**Bereinigt Saal (Bühne) Weidenweg 6 bis 700 Personen, feiner Gartenlokal zum Sommerfest (Bühne), Schneider, Dranienstraße 168.** 12395

**Rechtsbureau! Interaktionen, Klagen, Eingaben, Deutsch, Fortstraße 10, III.** [12665]

**Rechtsbureau, früherer Gerichtsbeamter, Schulstraße 2.** 487\*

**Kaufpolierung! Matrassen, Sofa billig, Baar, Tapeteier, Ritterstraße 14.** 72

### Vermietungen.

**Schlafstellen.**  
Kronenstraße 33, Hof rechts, Schlafstelle. **Beder.** 12565

### Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**  
**Glücklicher, spottblitz, Gutstehend, schnell, Reparaturen, Garderobenreinigung, sucht Rumbsthaft, Ebert, Jungstraße 46.** 12906

### Stellenangebote.

**Dirigenten mit Geige** sucht Arbeiter-Orchester. **Schlemmerstraße 23, Restaurant.** **Meldungen Freitagabend 9-11 Uhr.** 456\*

**Stattler auf Damengürtel** finden dauernde Arbeit. **Heinrich Beyer, Ritterstraße 45.** 12136\*

**Beschäftigung.** Zuverlässiger gewöhnlicher Mann, Schreibkundig, gute Zeugnisse. **Beher, Waldemarstraße 60, Duergebäude.** 12506

**Jungbierfahrer, mehrere,** stellt ein Brauerei, Uferomstraße 31. **Ringstr.** 12515\*

**Alte Feuerlöscher-Gesellschaft** sucht bei höchsten Bezügen, event. bei Leistungen zum, tüchtige Vertreter, denen auch Gelegenheit gegeben ist, in der Einbruchdiebstahl-Branchen zu arbeiten. **Geschäftliche Offerten unter K 6 an die Expedition d. Blattes.** 12375

**Tüchtige Aufsteiger** von Gipsschleifmaschinen sofort verlangt. **Danz Fischer u. Co., Groß-Lichterfelde-Bezirk, am Baumteichweg.** 12626

**Reinmädchen** des Sonntags verlangt **Alex. Adolphstraße 9.**

**Junges Mädchen** für nachmittags zu Kindern, Dranienstraße 45 IV, rechts. 470

### Zusatzarbeiten

**Zusatzarbeiten** sofort dauernde Beschäftigung, hoher Verdienst in, auch auferm Hause, **Köpenick, Dranienstraße 101.** 12595

**Lehrmädchen** bei solistischem Gehalt, sechs Monate Lehrzeit, sofort, **Köpenick, Dranienstraße 101.** 12536

**Tailen-Arbeiterinnen** aus erster Meister verlangen Berliner Betriebswerkstätten, Leipzigstraße 128, Lieferant des Hauses **A. Wertheim.** 12926

**Tailen-Arbeiterinnen** verlangen bei hohem Lohn, Berliner Betriebswerkstätten, Leipzigstraße 128, Lieferant des Hauses **A. Wertheim.** 12415

**Kocharbeiterinnen, selbständig,** verlangen im Hause Berliner Betriebswerkstätten, Leipzigstraße 128, Lieferant des Hauses **A. Wertheim.** 12435

### Zm Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pfg. pro Zeile.

### Achtung! Achtung! Holzarbeiter!

Zuzug ist streng fernzuhalten nach der Bauwerkerei **Herrmann, Stallstraße 100; Vangeschäft von Gutachow, Zetlinstraße 42; Möbel-Fabrik Zeiss & Co., Wilhelmstr. 130 bis 132, u. Stofabrik Schälke Nachf., Ritterstr. 59.** 83/14\*

**Die Ortsverwaltung.**

### Achtung, Holzarbeiter!

Zuzug ist streng fern zu halten von **Gautschler, Einsehn nach Steglitz, Groß-Lichterfelde, Lankwitz und Friedenau, Bau Gorkig, Schmargendorf, Zoppotterstr. 15. Bau Kühne, Straße 20, an d. Rotenburgerstraße, Zell u. Hanke, Steglitz, Forst- u. Arndtstraßen-Ecke, Fiedler, Steglitz, Linden- u. Berlinikerstraßen-Ecke.**

### Achtung! Achtung! Leitergerüstbauer!

Wegen vorliegender Differenzen bei der Firma **Hunt u. Co. (Hilman), Charlottenburg,** ist laut Veranlassungsbefehl Zuzug nach dort strengstens fern zu halten. 67/20\* **Die Sektionsleitung.**

### Vergolder und Berufsgenossen!

Der Streit bei den Ring-Fabrikanten und deren Zwischenmeister dauert ununterbrochen fort. Bei den Zwischenmeistern ist neu gebildet: **Worm & Co., Stallischerstraße 47.**

**Jung streng fernzuhalten!**  
**Die Ortsverwaltung.**  
**H. A. Emil Oehlert, Langestr. 38 II.**